

Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

3 2010

- 1990 – 2010
Berlin und Brandenburg

Bevölkerung

Umwelt und Umweltökonomische
Gesamtrechnungen

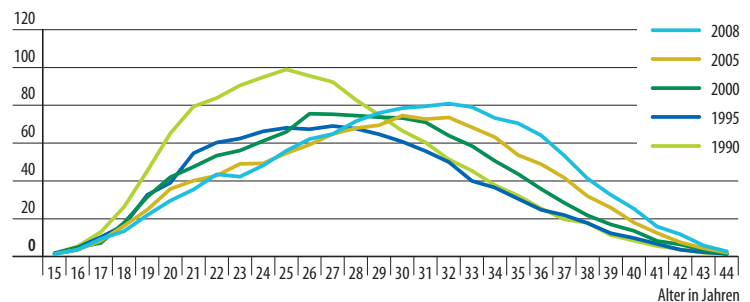
- In welchen Wohnlagen leben
Einwohner mit
Migrationshintergrund in Berlin?

- Raumbezogene Analyse und
Visualisierung des nachhaltigen
Konsums in Berlin

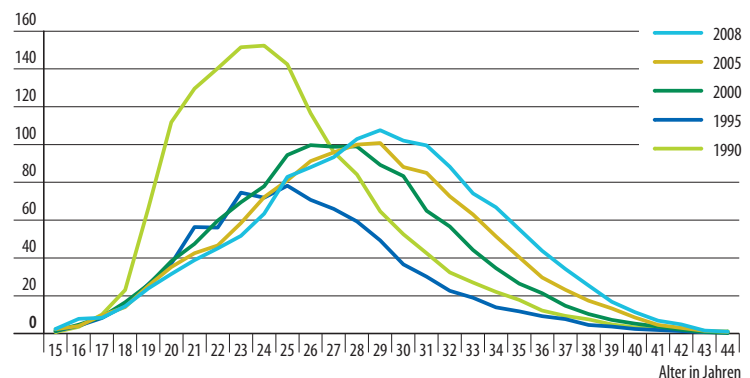
- Ergebnisse der repräsentativen
Wahlstatistik der Landtagswahl
2009 in Brandenburg

- Modernisierung der Produktpalette
in der Berliner Industrie

Lebendgeborene je 1 000 Frauen ...
... in Berlin nach Altersjahren
(Altersspezifische Geburtenziffer)



... im Land Brandenburg nach Altersjahren
(Altersspezifische Geburtenziffer)



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Ausagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
4. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444

Preis

Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2010
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▮ 2

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Verarbeitendes Gewerbe

Erwerbstätigkeit

Baugewerbe

Außenhandel

Tourismus

Einzelhandel

Gastgewerbe

aus Deutschland ▮ 11

Verbraucherpreise

Gastgewerbe

Verdienste

Verarbeitendes Gewerbe

aus Europa ▮ 13

Preise

Wirtschaft im Überblick

Berlin Februar 2010 ▮ 14

Brandenburg Februar 2010 ▮ 18

Historisches

Dampfmaschinen ▮ 24

Veröffentlichungen

Berlin ▮ 63

Brandenburg ▮ 64

Grafiken

Biofachgeschäfte in Berlin

▮ 3. Umschlagseite

Bevölkerung in Berlin
1990 und 2008 nach Altersjahren
und GeschlechtBevölkerung im Land Brandenburg
1990 und 2008 nach Altersjahren
und Geschlecht

▮ 4. Umschlagseite

1990 – 2010

Berlin und Brandenburg

Vorwort

Bevölkerung ▮ 26

Umwelt und Umweltökonomische
Gesamtrechnungen ▮ 36

Aufsätze

In welchen Wohnlagen
leben Einwohner mit Migrations-
hintergrund in Berlin? ▮ 42Raumbezogene Analyse und
Visualisierung des nachhaltigen
Konsums in Berlin ▮ 48Ergebnisse der repräsentativen
Wahlstatistik der Landtagswahl 2009
in Brandenburg ▮ 54Modernisierung der Produktpalette
in der Berliner IndustrieBerlin im Vergleich mit anderen
Agglomerationsräumen ▮ 58

Kurz gefasst aus Berlin und Brandenburg

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2008

Bruttonationaleinkommen in Berlin und Brandenburg gestiegen

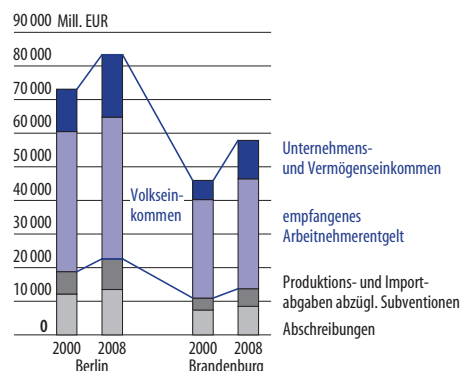
Das Bruttonationaleinkommen ist im Jahr 2008 in Berlin um 2,3 % und in Brandenburg um 2,5 % gestiegen. Damit wuchs dieser umfassendste Einkommensindikator im Einklang mit dem Durchschnitt aller Länder (+2,4 %). Das zeigen die aktuellen Berechnungen, (...).

Das Bruttonationaleinkommen umfasst die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der Einwohner eines Bundeslandes (das Volkseinkommen), die Produktions- und Importabgaben abzüglich der Subventionen sowie die gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen. Es betrug im Jahr 2008 in Berlin 83 318 Mill. EUR und in Brandenburg 57 801 Mill. EUR.

Etwa drei Viertel des Bruttonationaleinkommens entfallen auf das Volkseinkommen. Das stieg im Jahr 2008 in Berlin um 2,7 % auf 60 762 Mill. EUR und in Brandenburg um 2,8 % auf 44 126 Mill. EUR. Diese Entwicklung resultiert überwiegend aus der Zunahme der empfangenen Arbeitnehmerentgelte um 1 538 Mill. EUR bzw. 3,8 % in Berlin und 1 247 Mill. EUR bzw. 4,0 % in Brandenburg. Dagegen sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Berlin nur geringfügig um 0,2 % gewachsen und in Brandenburg sogar um 0,4 % zurückgegangen.

Längerfristig wurde die Entwicklung des Volkseinkommens aber durch ein stärkeres Wachstum der Unternehmens- und Vermögenseinkommen geprägt. Diese haben sich gegenüber dem Jahr 2000 in Brandenburg verdoppelt, in Berlin sind sie um knapp 47 % gestiegen. Die empfangenen Arbeitnehmerentgelte lagen in Berlin infolge ihrer Verringerung über mehrere Jahre nur um 1,3 % über dem Niveau von 2000. In Brandenburg betrug der Anstieg in diesem Zeitraum 11,8 %. Durch diese Entwicklung nahmen die Anteile des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen zugunsten der Anteile der Unternehmens- und Vermögenseinkommen ab. Der Anteil des gesamten Volkseinkommens am Bruttonationaleinkommen war aber nur geringfügigen Änderungen unterworfen. Gemessen am Volkseinkommen erreichten

Bruttonationaleinkommen in Berlin und Brandenburg

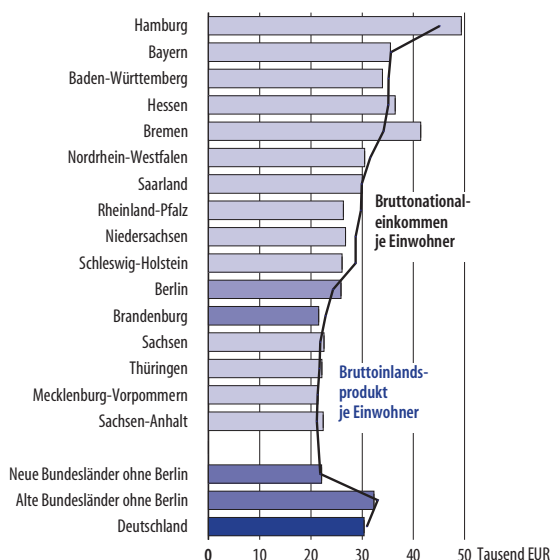


die Unternehmens- und Vermögenseinkommen einen Anteil von 30,5 % in Berlin und 25,8 % in Brandenburg, gegenüber 23,3 % und 16,2 % im Jahr 2000. Entsprechend rückläufig entwickelten sich der Anteil der Arbeitnehmerentgelte (die Lohnquote) auf 69,5 % in Berlin und 74,2 % in Brandenburg. Diese Lohnquote hatte im Jahr 2000 noch 76,7 % in Berlin und 83,8 % in Brandenburg betragen.

Das Bruttonationaleinkommen eines Landes unterscheidet sich vom Bruttoinlandsprodukt durch den Einkommenssaldo gegenüber dem Ausland und den anderen Bundesländern. In Berlin wurde – auch infolge eines hohen Einpendlerüberschusses – in den vergangenen Jahren regelmäßig mehr Einkommen erwirtschaftet als hier verblieb. Im Jahr 2008 lag das Berliner Bruttonationaleinkommen um 5,9 % unter dem Wert des Bruttoinlandsprodukts. Dagegen verzeichnete Brandenburg stets einen positiven Einkommenssaldo, was für das Jahr 2008 an einem gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt um 6,3 % höheren Bruttonationaleinkommen sichtbar wurde.

Das Bruttonationaleinkommen je Einwohner lag sowohl in Berlin mit 24 329 EUR als auch in Brandenburg mit 22 852 EUR deutlich unter dem Länderdurchschnitt von 30 894 EUR. Dieser Wert stieg in Berlin im Jahr 2008 um 1,8 % und in Brandenburg um 3,0 % (Deutschland +2,6 %). Der geringere Anstieg im Vergleich zum Bruttonationaleinkommen resultiert in Berlin aus der positiven Bevölkerungsentwicklung (+0,5 %), der höhere in Brandenburg dagegen aus der rückläufigen Einwohnerzahl (-0,5 %). (...)

Bruttonationaleinkommen und Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008 nach Ländern



■ Beschäftigungsaufbau in den meisten Kreisen Brandenburgs abgeschwächt

Der im Jahr 2007 begonnene kräftige Aufschwung am brandenburgischen Arbeitsmarkt hat sich im Folgejahr unter dem Einfluss der einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich abgeschwächt. Landesweit war im Jahr 2008 nur noch ein Anstieg der Erwerbstätigkeit um 1,3 % bzw. 13 800 Personen zu verzeichnen. Im Jahr 2007 betrug der Zuwachs der Zahl der Erwerbstätigen in Brandenburg noch 20 700 Personen bzw. 2,0 %. Unter dem Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise nahm die Erwerbstätigenzahl im Jahr 2009 nur noch um 0,8 % bzw. 8 600 Personen zu.

Nach den nun erstmals durch den Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ veröffentlichten Erwerbstätigenzahlen für die kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland im Jahr 2008 haben in Brandenburg noch fast alle Kreise einen Beschäftigtenanstieg erreicht. Die meisten Arbeitsplätze gewann auch im Jahr 2008 die Landeshauptstadt Potsdam mit 4 000 Personen bzw. +3,9 %. Der Beschäftigungsaufbau konnte gegenüber dem Jahr zuvor noch weiter verstärkt werden (2007: +3,6 %). Damit arbeiteten in Potsdam insgesamt 107 600 Personen, das waren 10,3 % der Erwerbstätigen im Land Brandenburg.

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit verlief in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2008 regional unterschiedlich. Während sich in den kreisfreien Städten der Beschäftigungsaufbau mit 2,0 % weiter beschleunigte (2007: +1,7 %), erhöhte sich die Erwerbstätigkeit mit 1,1 % in den 14 Landkreisen jedoch wesentlich langsamer als noch im Jahr 2007, wo der Zuwachs 2,1 % betrug.

Unter den 4 kreisfreien Städten im Lande war die Beschäftigungsentwicklung in Potsdam mit 3,9 % am dynamischsten. Auch Brandenburg a. d. Havel konnte mit 1,9 % fast an den Beschäftigungszuwachs des Vorjahres (2007: +2,1 %) anknüpfen. In Frankfurt (Oder) nahm die Erwerbstätigkeit mit 0,9 % zwar weiter zu, jedoch wesentlich weniger als noch im Jahr 2007 (+1,7 %). In Cottbus wurde erstmals der seit 2005 jährliche Beschäftigungsrückgang gestoppt.

Von den 14 Landkreisen konnten fünf Kreise den Beschäftigungsaufbau des vorangegangenen Jahres weiter ausbauen. Dies betraf die Kreise Elbe-Elster, Havelland,

Märkisch-Oderland, Ostprignitz-Ruppin und Prignitz. In allen anderen Landkreisen stieg die Erwerbstätigkeit im Jahr 2008 aber wesentlich abgeschwächer als noch ein Jahr zuvor.

Der in 2008 in Brandenburg zu verzeichnende Anstieg der Erwerbstätigkeit wurde zu über 85 % von den Arbeitnehmern getragen. Er gründete sich auf den Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der marginalen Beschäftigungsverhältnisse. Zu den Personen in marginalen Beschäftigungsverhältnissen zählen Arbeiter und Angestellte, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als Erwerbstätige gelten, d. h. in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Das betrifft in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sogenannte „Ein Euro-Jobs“).

Die Gruppe marginal Beschäftigter ist im Jahr 2008 im Land Brandenburg um 1,0 % gestiegen, nachdem im Jahr 2007 ein Rückgang von 0,9 % registriert wurde.

Die Entwicklung der marginalen Beschäftigung fiel regional sehr unterschiedlich aus. Die Spannweite der Entwicklung reichte von –6,5 % im Kreis Teltow-Fläming bis +9,8 % in Potsdam. Im Kreis Havelland waren mit 16,7 % anteilmäßig die meisten Erwerbstätigen nur marginal beschäftigt, mit 9,8 % dagegen die wenigsten im Kreis Teltow-Fläming.

Erwerbstätige in den Verwaltungsbezirken Brandenburgs im Jahr 2008

Verwaltungsbezirke	Erwerbs- tätige	Darunter		Erwerbs- tätige	Darunter		Veränderung zum Vorjahr in %
		Arbeit- nehmer	darunter		Arbeit- nehmer	darunter	
			Marginal Beschäftigte			Marginal Beschäf- tigte	
		in 1 000 Personen	Anteil an den Erwerbs- tätigen in %				
Brandenburg a.d. Havel	36,9	33,3	4,8	12,9	1,9	1,7	- 1,4
Cottbus	65,5	59,7	8,3	12,7	- 0,1	- 0,3	0,4
Frankfurt (Oder)	41,5	38,1	5,2	12,6	0,9	0,8	- 1,9
Potsdam	107,6	98,5	14,3	13,3	3,9	3,9	9,8
Barnim	62,3	53,6	8,2	13,1	0,8	0,5	- 1,1
Dahme-Spreewald	67,9	59,5	7,8	11,5	1,7	1,8	- 0,7
Elbe-Elster	42,7	36,9	5,0	11,6	1,2	1,2	2,1
Havelland	51,5	44,2	8,6	16,7	3,5	4,0	8,4
Märkisch-Oderland	64,3	54,9	8,8	13,7	1,5	1,5	- 1,9
Oberhavel	68,2	58,6	9,1	13,3	0,1	0,1	- 1,7
Oberspreewald-Lausitz	47,8	42,2	6,5	13,7	1,3	1,4	0,3
Oder-Spree	70,4	61,4	8,9	12,6	0,2	0,0	2,6
Ostprignitz-Ruppin	43,9	38,3	5,3	12,1	1,0	1,0	2,4
Potsdam-Mittelmark	75,5	64,8	9,4	12,4	0,7	0,7	- 2,0
Prignitz	34,7	30,1	4,4	12,8	2,3	2,6	4,3
Spree-Neiße	46,6	40,7	5,7	12,2	0,5	0,3	2,4
Teltow-Fläming	70,1	62,1	6,9	9,8	1,5	1,4	- 6,5
Uckermark	50,8	44,9	7,4	14,6	0,2	0,1	- 1,0
Brandenburg	1 048,3	921,9	134,7	12,8	1,3	1,3	1,0
davon							
kreisfreie Städte	251,5	229,6	32,7	13,0	2,0	2,0	3,6
Landkreise	796,8	692,2	102,0	12,8	1,1	1,1	0,2

Erwerbstätigkeit 1. Quartal 2010

Beschäftigungszuwachs in Berlin und Brandenburg am höchsten

In der Region Berlin-Brandenburg nahm die Zahl erwerbstätiger Personen im 1. Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 0,9 % oder 24 100 Personen zu. Damit zählte die Region insgesamt 2 702 500 Erwerbstätige. Der hier erreichte Beschäftigungsaufbau war der höchste von allen Bundesländern. Dennoch bedeutet das Ergebnis eine weitere Einschränkung des Personalaufbaus, denn die Wirtschaftskrise hinterließ auch in der Region ihre Spuren auf dem Arbeitsmarkt.

Nach den neuesten Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ waren in Berlin im ersten Quartal 2010 insgesamt 1 659 100 Personen erwerbstätig, 15 800 Personen oder 1,0 % mehr als vor einem Jahr. In Brandenburg lag die Erwerbstätigenzahl um 0,8 % über dem Niveau des Vorjahresquartals. Somit waren 8 300 Personen mehr, insgesamt 1 043 500 Personen an einem Arbeitsplatz in Brandenburg erwerbstätig.

In Berlin hat sich die im Verlauf des letzten Jahres zunehmende Abkehr von dem vorherigen Beschäftigungsboom in diesem Jahr weiter fortgesetzt. Im Jahr 2009 schrumpfte der Beschäftigungsanstieg im Vorjahresvergleich im 1. Quartal von 2,0 % auf 1,8 % im 2. Quartal, 1,5 % im 3. und 1,4 % im Schlussquartal. In Brandenburg dagegen setzte sich kontinuierlich der fast durchgängig im Laufe von 2009 zu verzeichnende Anstieg von rund 0,8 % auch im Anfangsquartal dieses Jahres fort.

In Deutschland war im ersten Quartal 2010 ein Rückgang der Erwerbstätigkeit um 107 000 Personen oder 0,3 % zu verzeichnen. Der Personalabbau hat sich im Durchschnitt aller Bundesländer damit verlangsamt, in den neuen Ländern ohne Berlin deutlich stärker als in den alten Ländern ohne Berlin.

Die Beschäftigungssituation der Region Berlin-Brandenburg konnte sich bisher trotz der Wirtschaftskrise überdurchschnittlich gut in Deutschland behaupten, weil die Krise vor allem das Produzierende Gewerbe erfasste, die Region aber über eine stark dienstleistungsorientierte Wirtschaftsstruktur verfügt. Dieser Struktureffekt wurde noch dadurch verstärkt, dass der Beschäftigungsabbau im Produzierenden Gewerbe geringer und der Aufbau in den Dienstleistungen stärker ausgeprägt war.

Der Abbau von Arbeitsplätzen im Produzierenden Gewerbe fiel im 1. Quartal 2010 in Berlin (–1,5 %) und Brandenburg (–0,8 %) deutlich gemäßigter als im Durchschnitt Deutschlands (–3,1 %) aus. In den Dienstleistungsbereichen weitete Berlin und Brandenburg die Beschäftigung jeweils um 1,3 % aus (Deutschland: +0,7 %).

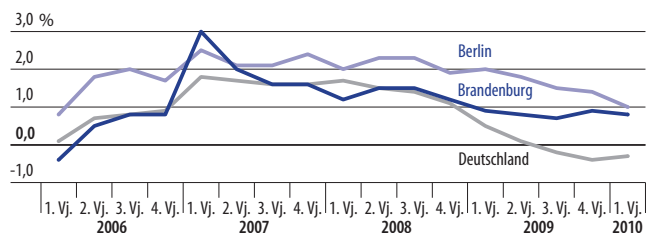
In Berlin wurde der Beschäftigungsaufschwung im Dienstleistungsbereich fast nahezu durch die öffentlichen und privaten Dienstleister mit +3,1 % oder 20 600 Personen erreicht.

In Brandenburg waren die öffentlichen und privaten Dienstleister am Beschäftigungszuwachs in den Dienstleistungsbereichen mit fast 50 % (4 800 Personen) und der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 30 % (3 000 Personen) beteiligt.

Der sich in der Region Berlin-Brandenburg vom Durchschnitt der Länder abhebende Beschäftigungsanstieg im 1. Quartal dieses Jahres geht vor allem auf die Ausweitung der größten Beschäftigtengruppe zurück, der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Während deren Zahl bundesweit im 1. Quartal 2010 um 0,4 % sank, lag sie in Berlin um 1,0 % und in Brandenburg um 0,8 % höher als im Vorjahresquartal. Auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten einschließlich der Zusatzjobs (1-Euro-Jobs) stieg in Berlin und Brandenburg im 1. Quartal an, während sich deren Zahl im Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes verminderte.

Erwerbstätige 2006 bis 2010

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %



Erwerbstätige im 1. Vierteljahr 2010 in Berlin und Brandenburg nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige		Veränderung zum Vorjahreszeitraum		
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	nachrichtlich: Deutschland
	Personen in 1 000		in %		
Land- und Forstwirtschaft;					
Fischerei	5,0	34,7	17,3	0,3	0,2
Produzierendes Gewerbe	211,0	234,4	- 1,5	- 0,8	- 3,1
darunter					
Verarbeitendes Gewerbe	126,9	130,6	- 2,9	- 1,0	- 4,2
Baugewerbe	72,3	89,9	0,6	- 0,2	0,2
Dienstleistungsbereiche	1 443,0	774,4	1,3	1,3	0,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	380,7	257,6	0,4	1,2	- 0,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	384,0	149,3	- 1,0	1,5	0,2
Öffentliche und private Dienstleister	678,4	367,5	3,1	1,3	1,9
Insgesamt	1 659,1	1 043,5	1,0	0,8	- 0,3

Quelle: vorläufige Ergebnisse des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ und des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnungsstand: Mai 2010

Verarbeitendes Gewerbe April 2010

Steigerung des Berliner Industrieumsatzes

Nach einer langsamen Erholung der Umsatzzahlen im ersten Quartal meldete das Verarbeitende Gewerbe in Berlin auch im April ein weiteres Umsatzwachstum. Die Umsätze der 326 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten nahmen um 5,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat zu und liegen im März bei 1,8 Mrd. EUR. Dabei stiegen die Inlandsumsätze um 4,3 % auf 0,9 Mrd. EUR, die Geschäfte mit dem Ausland nahmen um 6,6 % auf 0,8 Mrd. EUR zu. Die Beschäftigtenzahlen im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin gingen innerhalb eines Jahres um 1,1 % auf 76 442 Personen zurück.

Unter den umsatzstärksten Industriebranchen in Berlin verzeichnete der Maschinenbau den größten Zuwachs. Im Vergleich zum Vorjahresmonat konnten hier 15,9 % mehr Umsätze erzielt werden. Die Auslandsumsätze stiegen um 22,4 %. Mit einem Minus von 36,0 % meldeten vor allem die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln deutliche Einbußen, wobei sich der Inlandsumsatz um 38,0 % und der Auslandsumsatz um 28,3 % verminderten.

Trotz der positiven Entwicklung im April liegen die Umsätze in den ersten vier Monaten des Jahres 2010 insgesamt 0,6 % unterhalb des Ergebnisses im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Die Auslandsumsätze machten dabei 47,7 % vom Gesamtumsatz aus.

Mehr Aufträge für die Berliner Industrie

Erstmals in diesem Jahr erhielten die Berliner Industriebetriebe im April sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland mehr Aufträge als noch ein Jahr zuvor. Im April 2010 nahm das preisbereinigte Auftragsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin um 4,7 % im Vergleich zum Vorjahresmonat zu. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Inland im Vergleich zum Vorjahr um 9,4 % zu. Aus dem Ausland wurden 1,8 % mehr Erzeugnisse und Leistungen geordert als ein Jahr zuvor.

Die deutlichsten Zugänge bei den Auftrags-eingängen meldeten der Fahrzeugbau (24,1 %) und die Hersteller von Metallerzeugnissen (13,6 %). Im Maschinenbau dagegen ging die Nachfrage im April 2010 insgesamt um 18,0 % im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Betrachtet man die ersten vier Monate des Jahres 2010, so ergibt sich in Berlin ein leichtes Auftragsplus von 0,9 % im Vergleich zur Vorjahresperiode. Dabei gingen jedoch die Bestellungen aus dem Ausland um 0,8 % zurück, bei einem Anstieg der Inlandsnachfrage um 3,8 %.

Zweistelliges Umsatzplus der Brandenburger Industrie

Das Verarbeitende Gewerbe im Land Brandenburg meldete, nach deutlich gestiegenen Umsätzen im ersten Quartal, wie bereits ein Monat zuvor auch für den April zweistellige Zuwachsraten. Dabei erreichte der Umsatz in den 416 Brandenburger Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten ein Volumen von 1,6 Mrd. EUR und fiel damit um 16,9 % höher aus als vor Jahresfrist. Der Auslandsumsatz nahm sogar um 27,7 % auf 0,4 Mrd. EUR zu. Zugleich verringerte sich die Zahl der Beschäftigten um 1 % auf 72 611.

Besonders kräftige Umsatzsteigerungen im Vergleich zum Vorjahr erzielten die metallerzeugenden/- bearbeitenden Betriebe (53,7 %), die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (46,5 %), der sonstige Fahrzeugbau (37,5 %) und die Hersteller von chemischen Erzeugnissen (28,8 %). Als umsatzstärkste Branche meldeten die Hersteller von Nahrungsmitteln ein Umsatzplus von 4,4 %, bei Einbußen im Inlandsgeschäft in Höhe von 6,2 % und einem gestiegenen Auslandsumsatz in Höhe 57,3 % im Vergleich zum Vorjahr.

In den vier Monaten des laufenden Jahres erwirtschaftete die Brandenburger Industrie insgesamt einen Umsatz von 6,1 Mrd. EUR und damit insgesamt 12,3 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Auslandsumsätze machten 26 % vom Gesamtumsatz aus.

Deutlich mehr Aufträge für die Brandenburger Industrie

Die positive Auftragsentwicklung in den letzten Monaten setzte sich für die Industriebetriebe in Brandenburg auch im April weiter fort. Im April 2010 nahm das preisbereinigte Auftragsvolumen von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Brandenburg um 17,4 % im Vergleich zum Vorjahresmonat zu. Dabei stieg die Nachfrage aus dem Inland um 13,0 % an, während die Bestellungen aus dem Ausland um 32,1 % zunahmen.

Die größten Zuwachsraten im Vergleich zum Vorjahr erzielten dabei die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (52,7 %), die Betriebe der Metallerzeugung und -bearbeitung (51,6 %) und die Hersteller von Metallerzeugnissen (36,4 %). Als einzige Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Brandenburg meldeten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen und der Fahrzeugbau Auftragsrückgänge von 35,2 % bzw. 38,1 % im Vergleich zum Vorjahr.

In den ersten vier Monaten des Jahres 2010 erhielten die Brandenburger Industriebetriebe insgesamt 24,9 % mehr Aufträge als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Ausland um 17,9 % zu, bei einem Anstieg der Inlandsnachfrage um 27,6 %.

Baugewerbe April 2010

■ Mehr Umsatz und Aufträge für Berliner Baubetriebe

In den Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten stieg im April 2010 der baugewerbliche Umsatz um 7,2 % auf 127,8 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat. Im Hochbau wurde im betrachteten Monat ein Umsatzplus von insgesamt 20,6 % erwirtschaftet; hier entwickelte sich nur die Sparte gewerblicher und industrieller Hochbau gegenüber dem Vorjahresmonat rückläufig (–25,7 %). Die Umsätze im Tiefbau sanken im April 2010 gegenüber April 2009 insgesamt um 7,0 %. Dabei gingen sowohl im Straßenbau (–11,1 %) als auch im sonstigen Tiefbau (–29,4 %) die Umsätze im betrachteten Zeitraum zurück, nur der gewerbliche und industrielle Tiefbau erwirtschafteten ein Umsatzplus (+12,0 %).

Die Auftragseingänge als Indikator für zukünftig zu erwartende Umsätze stiegen im April 2010 gegenüber April 2009 bei den befragten Betrieben stark um gut die Hälfte auf ein Volumen in Höhe von 139,9 Mill. EUR an. Im Tiefbau wurden im betrachteten Zeitraum insgesamt 10,1 % mehr Auftragseingänge verzeichnet, wobei nur die Sparte gewerblicher und industrieller Tiefbau 85,3 % mehr Aufträge erhielt. Im Straßenbau (–11,1 %) und sonstigen Tiefbau (–50,1 %) wurden im April 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat dagegen weniger Aufträge gemeldet.

In den auskunftspflichtigen Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes wurde im April 2010 mit 9 954 tätigen Personen gegenüber April 2009 mit 8 681 eine Zunahme um 14,7 % verzeichnet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im April dieses Jahres 191 Betriebe befragt wurden gegenüber 179 im Vorjahresmonat. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten betrug 12 841 EUR und verringerte sich damit um 6,5 % gegenüber April 2009. Die Bruttoentgeltsumme wuchs um 17,9 % auf 28,7 Mill. EUR. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (1,0 Mill.) stieg im April 2010 gegenüber April 2009 stark um 24,6 % an.

■ Mehr Umsatz und Aufträge für Brandenburger Baubetriebe

In den Betrieben des Brandenburger Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen stieg der baugewerbliche Umsatz im April 2010 um 1,9 % auf 164,9 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat – mithin der erste Umsatzzanstieg in diesem Jahr. Im Tiefbau wurde im betrachteten Monat insgesamt ein Umsatzplus in Höhe von 6,0 % gegenüber April 2009 erwirtschaftet. Sowohl der Straßenbau (+7,3 %) als auch der gewerbliche und industrielle Tiefbau entwickelten sich erstmals seit Dezember 2009 wieder positiv. Die Umsatzentwicklung im gesamten Hochbau lag im April 2010 um 3,1 % unter dem Vorjahresniveau. Hier konnten die Umsatzsteigerungen im gewerblichen und industriellen Hochbau (+4,9 %) sowie im öffentlichen Hochbau (+54,3 %) den Rückgang im Wohnungsbau in Höhe von 19,4 % nicht gänzlich kompensieren. Wie schon im Vormonat waren die Auftragseingänge im April 2010 bei den befragten Betrieben des Brandenburger Bauhauptgewerbes gegenüber April 2009 leicht rückläufig (–3,3 %) und betrugen 147,3 Mill. EUR. Im Tiefbau sanken sie um 18,6 %, im Hochbau gingen gut ein Viertel mehr Aufträge ein (+27,1 %).

In den befragten Betrieben des Brandenburger Bauhauptgewerbes blieb im April 2010 mit 15 694 die Zahl der tätigen Personen gegenüber dem Vorjahresmonat annähernd konstant. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten betrug im betrachteten Monat 10 509 EUR und stieg damit, erstmals in diesem Jahr, um 1,8 %. Auch die Bruttoentgeltsumme entwickelte sich im April 2010 zum ersten Mal in diesem Jahr positiv und wuchs um 1,7 % auf 36,4 Mill. EUR. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (1,8 Mill.) erhöhte sich um 2,0 %.

Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2010

Zeitraum	Im Baugewerbe					
	tätige Personen	Umsatz	Auftrags-eingang	tätige Personen	Umsatz	Auftrags-eingang
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Berlin						
März	10 023	141,3	311,9	16,9	21,4	263,1
April	9 954	127,8	139,9	14,7	7,2	53,8
Januar bis April ...	10 056	423,3	639,8	15,6	36,1	20,8
Brandenburg						
März	15 135	121,7	140,8	– 1,8	– 14,2	– 2,1
April	15 694	164,9	147,3	0,1	1,9	– 3,3
Januar bis April ...	15 131	415,0	456,3	– 1,0	– 10,8	– 13,3

Außenhandel 1. Halbjahr 2009

Berliner Ausfuhren niedriger

Die Berliner Wirtschaft exportierte im ersten Halbjahr 2009 Waren im Wert von 5,1 Mrd. EUR. Damit wurde das vergleichbare Vorjahresergebnis um 721 Mill. EUR oder 12,4 % verfehlt. Von diesem Rückgang war die Ernährungswirtschaft (–2,7 %) nicht so sehr betroffen wie die gewerbliche Wirtschaft (–14,1 %).

Mit einem Anteil von 14,5 % führten pharmazeutische Erzeugnisse die Liste der Exportgüter an, gefolgt von Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Roh-tabak und Tabakerzeugnissen, medizinischen Geräten und orthopädischen Vorrichtungen sowie Fahrgestellen, Motoren und anderen Teilen für Kraftfahrzeuge. Bei den Bestimmungsländern rangierten die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 9,8 % vor Frankreich, Italien, Japan, der Russischen Föderation und der Volksrepublik China.

Die Ausfuhren in die EU-Länder gingen um 20,4 % zurück.

Die Wareneinfuhr nach Berlin erreichte im Zeitraum Januar bis Juni 2009 mehr als 4,2 Mrd. EUR und lag damit um 83 Mill. EUR oder 2,0 % über dem Vorjahresergebnis.

Mit einem Wert von über 350 Mill. EUR und einem Anteil von 8,3 % standen pharmazeutische Erzeugnisse an der Spitze der Importgüter vor Luftfahrzeugen, Kraftmaschinen, nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen sowie Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung.

Bei den Lieferländern belegten die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 15,3 % den ersten Platz. Dahinter folgten Polen, Frankreich, die Niederlande und Italien.

Die Einfuhren aus den EU-Ländern verringerten sich um 4,2 %.

(...)

Brandenburger Exportrückgang

Die Brandenburger Wirtschaft führte im ersten Halbjahr 2009 Waren im Wert von über 5,2 Mrd. EUR aus. Damit wurde das Ergebnis vom ersten Halbjahr 2008 um 737 Mill. EUR oder 12,3 % verfehlt. Sowohl die Ernährungswirtschaft (–10,1 %) als auch die gewerbliche Wirtschaft (–10,2 %) waren davon betroffen.

Mit einem Anteil von 19,6 % führten pharmazeutische Erzeugnisse die Liste der Exportgüter an, gefolgt von Luftfahrzeugen, Blech aus Eisen oder Stahl, Papier und Pappe sowie pharmazeutischen Grundstoffen.

Bei den Bestimmungsländern rangierten die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 17,6 % vor Frankreich, Polen, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Italien.

Die Ausfuhren in die EU-Länder lagen um 22,6 % unter dem Vorjahresniveau.

Die Wareneinfuhr nach Brandenburg erreichte im ersten Halbjahr 2009 nur noch 5,2 Mrd. EUR und verfehlt damit das vergleichbare Vorjahresergebnis um 1,6 Mrd. EUR oder 23,1 %.

Mit einem Wert von über 1,7 Mrd. EUR und einem Anteil von 33,8 % standen Erdöl und Erdgas mit großem Abstand an der Spitze der Importgüter vor Luftfahrzeugen, Personenkraftwagen und Wohnmobilen, elektrotechnischen Erzeugnissen sowie Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung.

Bei den Lieferländern belegte die Russische Föderation mit einem Anteil von 33,9 % den ersten Platz. Dahinter folgten Polen, die Vereinigten Staaten, Frankreich, die Niederlande und das Vereinigte Königreich.

Die Einfuhren aus den EU-Ländern verringerten sich um 9,4 %.

(...)

Außenhandel der Länder Berlin und Brandenburg im 1. Halbjahr 2009

Erteile — Ländergruppen	Berlin				Brandenburg			
	Ausfuhr (Spezialhandel)		Einfuhr (Generalhandel)		Ausfuhr (Spezialhandel)		Einfuhr (Generalhandel)	
	1 000 EUR	Veränderung in % ¹	1 000 EUR	Veränderung in % ¹	1 000 EUR	Veränderung in % ¹	1 000 EUR	Veränderung in % ¹
Europa.....	3 101 968	–19,1	2 866 178	–4,2	3 777 681	–21,3	4 408 085	–24,2
darunter								
EU-Länder	2 460 905	–20,4	2 612 440	–4,2	3 340 118	–22,6	2 490 874	–9,4
darunter								
EURO-Zone	1 651 765	–22,2	1 614 831	–1,2	1 952 033	–15,4	1 361 906	–1,0
EFTA-Länder.....	174 553	–8,0	167 862	0,5	144 684	–0,2	63 720	–40,3
Afrika	169 644	24,2	31 823	–68,5	75 533	–6,3	7 706	–61,8
Amerika	695 363	–12,0	829 950	30,9	1 065 689	52,8	494 589	–12,5
darunter								
NAFTA-Länder.....	563 710	–13,1	775 956	32,7	993 061	52,1	459 656	–1,7
Asien	1 091 625	9,3	491 295	19,0	257 209	–20,8	322 165	–19,6
darunter								
ASEAN-Länder	115 105	36,5	68 669	–1,9	46 021	12,3	21 014	–19,9
Australien, Ozeanien	42 386	–32,6	13 673	20,2	60 416	–14,0	3 084	–76,7
Verschiedene	40	x	–	–	2	–83,3	44	x
Insgesamt	5 101 026	–12,4	232 919	2,0	5 236 530	–12,3	5 235 673	–23,1

¹ Veränderung zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum

Tourismus April 2010

■ Berlin-Tourismus mit stabilen Zuwachsraten

Auch im April 2010 wurde wieder ein Zuwachs an Gästen und Übernachtungen in den Berliner Beherbergungsstätten und den Campingplätzen für Urlaubscamping registriert. Insgesamt waren es rund 722 900 Touristen und damit 5,3 % mehr als ein Jahr zuvor, die sich für einen Aufenthalt in der Hauptstadt entschieden hatten. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 6,2 % auf fast 1,7 Millionen. Unverändert lag die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei 2,3 Tagen.

Zum Monatsende waren in der Stadt 738 Beherbergungsstätten geöffnet, 60 mehr als im April 2009. Zusammen boten sie etwa 110 700 Betten an (+9 %). Hinzu kamen 8 geöffnete Campingplätze für Urlaubscamping.

Die durchschnittliche Bettenauslastung im April 2010 verringerte sich mit 50,7 % leicht gegenüber dem Vorjahreswert von 51,9 %. Für die Gruppe der Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen betrug sie 50,4 % gegenüber 51,5 % ein Jahr zuvor.

■ Brandenburg-Tourismus weiter auf Wachstumskurs

Im Land Brandenburg wurden im April 2010 insgesamt 299 000 neu angekommene Gäste aus dem In- und Ausland begrüßt. Das waren 7,6 % mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 7 % auf 811 600. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste blieb mit 2,7 Tagen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Den Gästen standen für ihren Aufenthalt 1 346 geöffnete Beherbergungsstätten mit mehr als acht Betten und 150 geöffnete Campingplätze für Urlaubscamping zur Verfügung.

Das Bettenangebot der Beherbergungsstätten erhöhte sich landesweit gegenüber April 2009 um über 1 100 (+1,6 %) auf insgesamt 75 900. Die durchschnittliche Bettenauslastung wurde mit 34,6 % berechnet und fiel damit höher aus als ein Jahr zuvor (32,1 %).

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben Berlins und des Landes Brandenburg im April 2010 nach Herkunft bzw. nach Reisegebiet

Herkunft — Reisegebiet	April 2010				Januar bis April 2010			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Berlin								
Inland	464 000	4,9	1 002 600	4,4	1 662 700	10,7	3 445 900	12,4
Ausland	258 800	6,0	681 700	9,0	862 600	12,9	2 258 300	15,9
darunter								
Italien	26 800	17,4	81 100	22,7	93 500	24,2	286 000	28,5
Großbritannien	24 900	15,1	61 800	15,6	94 400	15,6	235 700	18,9
Niederlande	22 900	-9,6	60 500	-6,3	61 800	0,6	159 900	4,6
Dänemark	21 600	3,8	58 900	1,2	51 200	13,9	134 500	11,4
Frankreich	17 500	18,1	49 600	26,5	52 900	18,5	136 700	24,0
Spanien	15 900	-16,1	50 600	-7,0	56 100	9,5	164 700	12,5
USA	15 700	-5,2	37 700	-0,4	55 400	8,2	134 000	7,4
Schweiz	14 100	-0,8	37 200	5,4	39 700	5,4	100 500	12,7
Schweden	12 200	18,2	30 500	21,5	27 800	8,8	68 300	12,8
Österreich	8 100	1,8	19 800	8,8	28 600	8,7	69 100	14,3
Insgesamt	722 900	5,3	1 684 300	6,2	2 525 300	11,5	5 704 100	13,8
Brandenburg								
Prignitz	8 300	16,7	20 300	1,6	25 700	0,9	60 400	-0,6
Ruppiner Land	32 900	6,7	92 000	3,0	97 500	6,8	274 800	7,0
Uckermark	20 400	4,6	64 700	5,8	55 300	9,9	161 400	12,0
Barnimer Land	16 900	13,5	63 100	17,4	43 900	9,0	179 900	11,8
Märkisch-Oderland	16 500	0,7	61 400	3,2	47 100	-4,9	194 800	-1,8
Oder-Spree- Seengebiet	35 100	13,3	91 100	3,4	99 300	6,9	268 200	6,4
Dahme-Seengebiet	28 200	8,6	59 300	9,2	87 100	10,1	171 300	15,4
Spreewald	40 900	5,2	110 800	12,5	109 700	2,7	287 700	7,7
Niederlausitz	10 100	-5,3	24 000	-7,4	25 400	-2,6	58 500	-4,1
Elbe-Elster-Land	3 600	10,3	16 600	5,0	10 400	1,8	56 700	2,4
Fläming	32 300	0,8	79 800	3,0	99 300	1,2	242 200	-1,1
Havelland	23 400	12,7	58 700	11,8	62 600	10,2	155 100	10,8
Potsdam	30 300	14,6	69 900	12,9	91 300	7,6	212 200	6,3
Land Brandenburg	299 000	7,6	811 600	7,0	854 500	5,3	2 323 200	6,1

Einzelhandel 1. Quartal 2010**Umsatz auf Vorjahresniveau im Land Brandenburg**

Für den Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Land Brandenburg ergab sich im 1. Quartal 2010 nominal keine Veränderung gegenüber dem 1. Quartal 2009. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, wurde der Vorjahresumsatz um 0,1 % verfehlt.

Der Einzelhandel insgesamt hatte im 1. Quartal sowohl in diesem als auch im vergangenen Jahr 76 Verkaufstage.

Umsatzsteigerungen im 1. Quartal 2010 waren nur im Einzelhandel mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (nominal 4,7 %) sowie im Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern (nominal 4,2 %) zu verzeichnen. Alle anderen Branchen konnten die Umsätze des 1. Quartals 2009 nicht erreichen.

Für den Monat März 2010 ergab sich für den Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Land Brandenburg eine Umsatzsteigerung von nominal 4,4 % (real 3,7 %). Umsatzeinbußen verzeichnete weiterhin der Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen (nominal -5,9 %).

Die Zahl der Beschäftigten im Brandenburger Einzelhandel nahm im 1. Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahreswert um 3,7 % ab. Bei den Vollbeschäftigten wurde gegenüber dem 1. Quartal 2009 ein Rückgang um 4,6 % ermittelt, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sank um 3,1 %.

Leichter Umsatzzuwachs in Berlin

Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) setzte im 1. Quartal 2010 nominal 0,6 % mehr um als im Vorjahreszeitraum. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisveränderungen, ergab das ein Umsatzplus von 0,5 %. Die Anzahl der Verkaufstage war unverändert. Am umsatzstärksten zeigte sich der Einzelhandel mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf mit nominal 3,0 % Zuwachs. Den Monat März schloss der Berliner Einzelhandel mit einem positiven Ergebnis ab (nominal 4,3 %, real 3,7 %).

Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel lag im 1. Quartal 2010 um 2,2 % unter dem Vorjahresniveau. Darunter war ausschließlich die Vollbeschäftigtenzahl rückläufig (-5,0 %), die der Teilzeitbeschäftigten stagnierte (+0,0 %).

Umsatz und Beschäftigte des Berliner und Brandenburger Einzelhandels im März 2010 und 1. Quartal 2010 – vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	März 2010			Januar bis März 2010		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Berlin						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	4,3	3,7	-2,0	0,6	0,5	-2,2
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	4,3	3,6	-1,4	0,0	-0,2	-2,3
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	-3,2	-5,0	-9,1	-7,9	-9,4	-9,0
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf.....	5,6	7,1	-2,9	3,0	4,8	-3,1
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	5,7	4,7	-0,5	1,7	0,7	-0,3
außerhalb von Verkaufsräumen¹.....	-6,2	-10,6	-9,5	-0,5	-3,5	-0,6
Brandenburg						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	4,4	3,7	-3,3	0	-0,1	-3,7
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	2,0	1,3	-4,0	-2,1	-2,2	-5,0
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	1,3	-0,5	-7,1	-4,9	-6,5	-8,3
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf.....	8,0	9,8	-0,7	4,7	6,9	-0,1
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	8,9	7,7	-3,1	4,2	3,1	-3,2
außerhalb von Verkaufsräumen¹.....	-5,9	-17,0	-2,8	-11,4	-18,0	-3,2

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internethandel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Gastgewerbe 1. Quartal 2010

Umsatzzuwachs in Berlin

Das Berliner Gastgewerbe verzeichnete im 1. Quartal 2010 Mehreinnahmen von 5,6 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Der reale Umsatz, der unter Ausschaltung der Preisentwicklung berechnet wird, machte ein Umsatzplus von 2,4 % aus.

Insbesondere der Bereich Beherbergung konnte seine nominalen Umsätze in den ersten drei Monaten gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhen (10,2 %). Caterer und sonstige Verpflegungsdienstleister erzielten sogar noch größere Umsatzzuwächse (15,5 %). Dagegen blieben Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés und Eis-salons u. Ä. unter den Vorjahreseinnahmen (–1,2 %).

Die Beschäftigung im Berliner Gastgewerbe war im Unterschied zur Umsatzentwicklung rückläufig (–1,9 %). In der Vollbeschäftigung war die Zahl noch weiter zurückgegangen (–3,1 %) als in der Teilzeitbeschäftigung (–0,8 %).

Mehr Beschäftigte in Brandenburg

Das Brandenburger Gastgewerbe verbuchte im 1. Quartal 2010 nominale Umsatzverluste von 0,3 %. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, lag der Umsatz um 2,7 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

In den Bereichen des Beherbergungsgewerbes (+4,3 %) sowie in Unternehmen des Caterings und sonstigen Verpflegungsdienstleistungen (+1,0 %) wurden allerdings die nominalen Umsätze des Vorjahresquartals übertroffen.

Die Zahl der Beschäftigten im Brandenburger Gastgewerbe stieg in den ersten drei Monaten 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,6 %. Dabei lag der Zuwachs an Teilzeitbeschäftigten (2,4 %) höher als bei den Vollbeschäftigten (1,0 %). In der Gastronomie (3,2 %) sowie im Bereich der Caterer und sonstigen Verpflegungsdienstleister (3,4 %) wurden deutlich mehr Beschäftigte registriert als vor einem Jahr.

Umsatz und Beschäftigte des Berliner und Brandenburger Gastgewerbes im März und 1. Quartal 2010 – vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	März 2010			Januar bis März 2010		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Berlin						
Beherbergungsgewerbe	5,3	-0,1	-1,8	10,1	4,8	-0,8
Gastronomie	1,6	0,3	-3,2	1,7	0,3	-2,5
darunter						
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben u.ä.	-1,5	-2,8	-3,8	-1,2	-2,7	-3,0
Caterer, sonstige Verpflegungsdienstleistungen	13,7	12,3	4,4	15,5	14,1	4,2
Gastgewerbe insgesamt	3,4	0,1	-2,7	5,6	2,4	-1,9
Brandenburg						
Beherbergungsgewerbe	0,6	-4,8	-5,9	4,3	-1,0	-2,4
Gastronomie.....	0,0	-1,2	1,3	-2,0	-3,4	3,2
darunter						
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben u.ä.	-0,9	-2,1	1,2	-2,7	-4,1	3,5
Caterer, sonstige Verpflegungsdienstleistungen	5,4	4,1	3,0	1,0	-0,3	3,4
Gastgewerbe insgesamt	0,2	-2,3	-0,7	-0,3	-2,7	1,6

Kurz gefasst **aus Deutschland****Verbraucherpreise** Mai 2010▮ **+ 1,2 % gegenüber Mai 2009**

(...) Im Mai 2010 gegenüber Mai 2009 ist der Verbraucherpreisindex für Deutschland um 1,2 % gestiegen. Im März 2010 hatte die Inflationsrate gemessen am Verbraucherpreisindex bei +1,1 % und im April 2010 bei +1,0 % gelegen. Der für die Geldpolitik wichtige Schwellenwert von 2 % wird weiterhin deutlich unterschritten. Im Vergleich zum Vormonat April 2010 erhöhte sich der Verbraucherpreisindex um 0,1 %. (...)

Die Inflationsrate im Mai 2010 wird wesentlich durch die überdurchschnittliche Preisentwicklung bei Energie bestimmt (+4,9 % gegenüber dem Vorjahr). Bereits seit März 2010 müssen die Verbraucher wieder steigende Energiepreise hinnehmen. Besonders stark wirkte sich der Preisanstieg bei Mineralölprodukten (+17,9 %; davon leichtes Heizöl: +34,6 %; Kraftstoffe: +14,0 %) auf die Jahresteuerrate aus. Auch Strom verteuerte sich (+2,9 %). Die binnen Jahresfrist rückläufigen Preise für Gas (-9,3 %) sowie für Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (-12,0 %) konnten den Preisanstieg bei den anderen Energieprodukten nicht ausgleichen. Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung bei Energie hätte die Inflationsrate im Mai 2010 bei +0,8 % gelegen, ohne Mineralölprodukte betrug die Jahresteuerrate +0,5 %.

Die Preise für Nahrungsmittel lagen im Mai 2010 den dritten Monat in Folge über dem Vorjahresniveau (+1,3 %). Die Preisentwicklung war in den einzelnen Nahrungsmittelbereichen jedoch uneinheitlich. Teurer wurden binnen Jahresfrist vor allem Obst (+6,2 %) und Gemüse (+4,2 %). Der Preisanstieg bei Speisefetten und -ölen (+6,4 %) ist weiterhin von der Preisentwicklung bei Butter (+20,2 %) geprägt. Auch für Fisch und Fischwaren mussten die Verbraucher deutlich mehr als vor einem Jahr zahlen (+4,5 %). Etwas günstiger blieben im Jahresvergleich dagegen Süßwaren (-1,2 %) sowie Brot- und Getreideerzeugnisse (-0,6 %).

Die Preise für Waren erhöhten sich binnen Jahresfrist im Durchschnitt um 1,7 % (darunter Verbrauchsgüter: +2,6 %; langlebige Gebrauchsgüter: -0,5 %).

Für Dienstleistungen erhöhten sich im gleichen Zeitraum die Preise um 0,8 %. Auch hier fließen unterschiedliche Preisentwicklungen ein, zum Beispiel für Nettokaltmieten (+1,1 %) und Pauschalreisen (-2,7 %). (...)

Im Vergleich zum April 2010 blieb der Verbraucherpreisindex nahezu stabil (+0,1 %). Im Einzelnen waren jedoch gegenläufige Preisbewegungen zu beobachten: Im Vergleich zum Vormonat stiegen insbesondere die Preise für Pauschalreisen (+3,5 %) und Beherbergungsleistungen (+4,0 %). Aus Verbrauchersicht etwas günstiger entwickelten sich dagegen die Preise für Bekleidung (-0,8 %) und Nahrungsmittel (-0,7 %). Bei Nahrungsmitteln war der teilweise saisonbedingte und erhebliche Preisrückgang bei Gemüse auffällig (-7,0 %; darunter Kopf- und Eisbergsalat: -44,1 %; Tomaten: -18,5 %). Ein Preisanstieg binnen Monatsfrist war dagegen bei Obst (+1,6 %) zu beobachten.

Bei den Energieprodukten wurden gegenüber dem Vormonat nur geringfügige Preisbewegungen ermittelt (+0,2 %). Im Monatsvergleich verteuerte sich leichtes Heizöl (+1,6 %), aber auch Strom (+0,5 %). Die Kraftstoffpreise gaben dagegen insgesamt leicht nach (-0,1 %; darunter Dieseldieselkraftstoff: +0,4 %; Superbenzin: -0,2 %).

Der für europäische Zwecke berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland lag im Mai 2010 um 1,2 % höher als im Mai 2009. Im Vergleich zum Vormonat April 2010 stieg der Index um 0,1 %. Die Schätzung für den HVPI vom 27. Mai 2010 wurde damit bestätigt.

Quelle: DESTATIS

Gastgewerbe April 2010▮ **Umsatz real um 2,0 % gesunken**

Im April 2010 setzten die Unternehmen des Gastgewerbes in Deutschland nominal 1,0 % mehr und real 2,0 % weniger um als im April 2009. Der Umsatz im Gastgewerbe war im April nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 0,7 % und real 1,0 % niedriger als im Vormonat.

Der Umsatz im Beherbergungsgewerbe wuchs im April 2010 nominal um 7,9 % und real um 1,3 % gegenüber April 2009. In der Gastronomie wurden nominal 2,8 % und real 4,0 % weniger als im Vorjahresmonat umgesetzt. Innerhalb der Gastronomie stieg der Umsatz der Caterer nominal um 0,7 %, real gingen die Umsätze um 0,3 % zurück.

Von Januar bis April 2010 setzte das Gastgewerbe in Deutschland nominal genauso viel und real 2,8 % weniger um als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Quelle: DESTATIS

Verdienste 2009

┐ Tarifverdienste trotz Wirtschaftskrise gestiegen

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft stiegen im Jahr 2009 gegenüber 2008 in Deutschland durchschnittlich um 2,7 % und in Frankreich um 2,2 %. Damit lag der Anstieg der Tarifverdienste in Deutschland erstmals seit 2003 über dem in Frankreich. Die Ergebnisse resultieren aus Sonderberechnungen des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) und des Nationalen französischen Statistikamtes (INSEE). Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex blieb sowohl in Deutschland mit +0,2 % als auch in Frankreich mit +0,1 % stabil.

Der vergleichsweise hohe Anstieg der Tarifverdienste in Deutschland ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass viele der im Jahr 2009 in Kraft getretenen Tarifierhöhungen bereits 2008 vereinbart wurden. Dazu zählen unter anderem Tarifierhöhungen im Versicherungsgewerbe, im öffentlichen Dienst, in der Versorgungswirtschaft sowie in mehreren Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes, wie der Chemischen Industrie oder der Metallindustrie. In Frankreich wird die geringste durchschnittliche Tarifierhöhung seit neun Jahren auf die geringere Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgeführt.

Größere Unterschiede gibt es in den einzelnen Wirtschaftszweigen. So wiesen die tariflichen Monatsgehälter im Bereich „Energie-, Wasserversorgung und Versorgungswirtschaft“ in Deutschland mit +3,3 % die höchsten und in Frankreich mit +1,5 % die niedrigsten Steigerungen auf. In den Wirtschaftszweigen Verarbeitendes Gewerbe (Deutschland: +3,0 %; Frankreich: +2,2 %) sowie Verkehr und Lagerei (Deutschland: +2,8 %; Frankreich: +2,0 %) lag der Anstieg der Tarifverdienste in Deutschland über dem in Frankreich. Deutlich

geringer als in Frankreich stiegen die Tarifverdienste dagegen in Deutschland im Gastgewerbe (Deutschland: +1,3 %; Frankreich: +2,5 %) sowie im Bereich „Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (Deutschland: +1,0 %; Frankreich: +2,5 %), zu dem beispielsweise Reisebüros, der Garten- und Landschaftsbau, die Zeitarbeit oder das Wach- und Sicherheitsgewerbe zählen.

In Frankreich gibt es im Gegensatz zu Deutschland einen allgemein garantierten, gesetzlichen Mindestlohn (SMIC – salaire minimum interprofessionnel de croissance), der jährlich von der Regierung entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung angehoben wird. Er wurde zum 1. Januar 2010 auf 8,86 EUR festgesetzt. Bei der in Frankreich geltenden 35 Stunden Woche entspricht dies 1 343,77 EUR pro Monat. In Deutschland gibt es verbindliche Mindestlöhne nur für einzelne Branchen. Der Mindestlohn lag am 1. Juni 2010 zwischen 6,50 EUR (Wäschereidienstleistungen) und 12,90 EUR (Bauhauptgewerbe).

Quelle: DESTATIS

Entwicklung der tariflichen Monatsverdienste in Deutschland und in Frankreich¹

Jahr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
	Deutschland	Frankreich
2003 ...	2,6	2,5
2004 ...	2,0	2,6
2005 ...	1,2	2,8
2006 ...	1,5	2,8
2007 ...	2,4	2,7
2008 ...	3,0	3,0
2009 ...	2,7	2,2

¹ Bis 2005 Sonderberechnung für die Bereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Transport und Nachrichtenübermittlung sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe. Ab 2006 alle Bereiche der Privatwirtschaft.

Verarbeitendes Gewerbe April 2010

┐ Umsatz +1,2 % zum Vormonat

Der preisbereinigte Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe stieg nach vorläufigen Angaben im April 2010 saison- und arbeitstäglich bereinigt um 1,2 % gegenüber März 2010 (nach revidiert +3,1 % im März 2010 gegenüber Februar 2010). Während der Inlandsumsatz im April 2010 um 0,6 % gegenüber dem Vormonat abnahm, erhöhten sich die Erlöse im Geschäft mit ausländischen Abnehmern um 3,5 %. Der Absatz in die Eurozone stieg um 3,9 %, der Umsatz mit dem restlichen Ausland verzeichnete einen Zuwachs von 3,1 %.

Innerhalb der umsatzmäßig wichtigsten Wirtschaftszweige stieg der preisbereinigte Umsatz im April 2010 mit +6,4 % gegenüber März 2010 am stärksten bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen. Dabei erhöhten sich der Inlandsumsatz um 6,1 % und das Geschäft mit ausländischen Abnehmern um 6,8 %. Die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen erzielten einen Zuwachs von 4,5 % (Inland +0,4 %, Ausland +8,6 %). Auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen steigerten den Umsatz: Er lag im April 2010 um 2,2 % höher als im Vormonat (Inland –8,2 %, Ausland +9,1 %).

Im Vergleich zum April 2009 war der preis- und arbeitstäglich bereinigte Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes im April 2010 um 13,2 % höher (nach revidiert +8,8 % im März 2010 gegenüber März 2009). Das Geschäft mit inländischen Abnehmern nahm im April 2010 gegenüber April 2009 um 6,4 % zu; der Auslandsumsatz verzeichnete ein Plus von 22,2 %. Dabei erhöhten sich der Absatz in die Eurozone um 14,7 % und der Umsatz im Geschäft mit dem restlichen Ausland um 29,2 %.

Kumuliert von Januar bis April 2010 lag das (arbeitstäglich bereinigte) reale Umsatzvolumen im Verarbeitenden Gewerbe um 8,8 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums; dabei erhöhten sich das Inlandsgeschäft um 4,8 % und der Auslandsumsatz um insgesamt 14,0 %.

Quelle: DESTATIS

Umsatz-Volumenindex im Verarbeitenden Gewerbe 2005 = 100 Arbeitstäglich bereinigt nach Census X-12-ARIMA

Absatzrichtung	Veränderungen zum Vorjahresmonat in %		
	April	März	Februar
	2010		
Insgesamt	13,2	8,8	8,4
Inland	6,4	6,4	4,7
Ausland insgesamt	22,2	11,7	12,9
Eurozone	14,7	3,6	8,9
übriges Ausland ..	29,2	19,5	16,4

Kurz gefasst **aus Europa****Preise** 2. Halbjahr 2009▮ **Strompreise für private Haushalte fielen um 1,5 %**

In der EU27 fielen die Strompreise für private Haushalte zwischen dem zweiten Halbjahr 2008 und dem zweiten Halbjahr 2009 um 1,5 % und die Gaspreise fielen um 16,0 %. Im selben Zeitraum zwischen 2007 und 2008 stiegen die Strompreise für die privaten Haushalte in der EU27 um 6,8 % und die Gaspreise um 21,0 %. (...)

Zwischen dem 2. Halbjahr 2008 und dem 2. Halbjahr 2009 wurden die größten Rückgänge bei den Strompreisen für private Haushalte in Landeswährung in Zypern (–20 %), Italien (–10 %), Irland (–9 %) und Dänemark (–8 %) verzeichnet und die höchsten Anstiege in Polen (+18 %), Luxemburg (+17 %) und Slowenien (+16 %).

In Euro ausgedrückt waren die Strompreise im 2. Halbjahr 2009 in Bulgarien (8,2 EUR pro 100 kWh), Estland (9,2 EUR pro 100 kWh) und Litauen (9,3 EUR pro 100 kWh) am niedrigsten und in Dänemark (25,5 EUR pro 100 kWh), Deutschland (22,9 EUR pro 100 kWh) und Italien (20,0 EUR pro 100 kWh) am höchsten. Der durchschnittliche Strompreis in der EU27 betrug 16,5 EUR pro 100 kWh.

Nach Kaufkraftbereinigung wiesen Finnland (10,3 KKS pro 100 kWh), Frankreich (10,6 KKS pro 100 kWh) und Griechenland (11,2 KKS pro 100 kWh) die niedrigsten Strompreise für private Haushalte auf und Ungarn (24,3 KKS pro 100 kWh), Polen (22,0 KKS pro 100 kWh) und Deutschland (21,4 KKS pro 100 kWh) die höchsten.

Der Anteil der Steuern an den Strompreisen für private Haushalte betrug durchschnittlich 26 % in der EU27 und reichte von 5 % in Malta und dem Vereinigten Königreich bis zu 56 % in Dänemark und 41 % in Deutschland. (...)

Zwischen dem 2. Halbjahr 2008 und dem 2. Halbjahr 2009 wurden die größten Rückgänge bei den Gaspreisen für private Haushalte in Landeswährung in Belgien (–29 %), Italien (–26 %), Lettland und Slowenien (je –24 %) und Deutschland (–23 %) verzeichnet und die höchsten Anstiege in Ungarn (+11 %), Litauen und Polen (je +6 %).

In Euro ausgedrückt waren die durchschnittlichen Gaspreise für Haushalte im 2. Halbjahr 2009 in Rumänien (7,5 EUR pro GJ), Bulgarien (9,7 EUR pro GJ) und Estland (10,1 EUR pro GJ) am niedrigsten und in Schweden (26,9 EUR pro GJ), Dänemark (26,8 EUR pro GJ) und in den Niederlanden (18,7 EUR pro GJ) am höchsten. Der durchschnittliche Gaspreis in der EU27 betrug 14,7 EUR pro GJ.

Nach Kaufkraftbereinigung wiesen Luxemburg (10,7 KKS pro GJ), Belgien (12,7 KKS pro GJ) und das Vereinigte Königreich (12,9 KKS pro GJ) die niedrigsten Gaspreise für private Haushalte auf und Schweden (23,8 KKS pro GJ), Polen (21,8 KKS pro GJ) und Bulgarien (20,2 KKS pro GJ) die höchsten.

Der Anteil der Steuern an den Gaspreisen für private Haushalte betrug durchschnittlich 22 % in der EU27 und reichte von 5 % in Portugal und dem Vereinigten Königreich bis zu 50 % in Dänemark und 46 % in Rumänien.

Quelle: Eurostat

Preise Mai 2010▮ **Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 1,6 % gestiegen**

(...) Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Mai 2010 bei 1,6 %, gegenüber 1,5 % im April. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,0 % betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,1 % im Mai 2010.

Die jährliche Inflationsrate der EU lag im Mai 2010 bei 2,0 %, unverändert verglichen mit April. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,8 % betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,2 % im Mai 2010. (...)

Im Mai 2010 wurden die niedrigsten jährlichen Raten in Lettland (–2,4 %), Irland (–1,9 %) und den Niederlanden (0,4 %) gemessen und die höchsten in Griechenland (+5,3 %), Ungarn (+4,9 %) und Rumänien (+4,4 %). Im Vergleich zu April 2010 ging die jährliche Inflationsrate in zehn Mitgliedstaaten zurück, blieb in fünf unverändert und stieg in zwölf an.

Die niedrigsten Durchschnittswerte über zwölf Monate bis einschließlich Mai 2010 verzeichneten Irland (–2,5 %), Lettland (–1,2 %) und Portugal (–0,5 %), während die höchsten in Ungarn (+5,1 %), Rumänien (+4,7 %) und Polen (+3,6 %) gemeldet wurden. (...)

Die Hauptkomponenten mit den höchsten jährlichen Raten im Mai 2010 waren Verkehr (+5,5 %) sowie Alkohol und Tabak (+4,4 %). Die Hauptkomponenten mit den niedrigsten jährlichen Raten waren Nachrichtenübermittlung (–1,1 %), Freizeit und Kultur (–0,3 %) sowie Nahrungsmittel (–0,2 %). Bei den Teilindizes hatten Kraftstoffe für Verkehrsmittel (+0,71 Prozentpunkte), Flüssige Brennstoffe (+0,23 Prozentpunkte) und Tabak (+0,12 Prozentpunkte) die stärkste Steigerungswirkung auf die Gesamtinflation, während Gas (–0,12 Prozentpunkte), Kraftwagen (–0,10 Prozentpunkte) und Telekommunikation (–0,09 Prozentpunkte) am stärksten senkend wirkten.

Die Hauptkomponenten mit den höchsten monatlichen Raten waren Freizeit und Kultur sowie Alkohol und Tabak (je +0,4 %). Diejenigen mit den niedrigsten Raten waren Nahrungsmittel und Nachrichtenübermittlung (je –0,2 %) sowie Erziehung und Unterricht (0,0 %). Insbesondere Kraftstoffe für Verkehrsmittel (+0,04 Prozentpunkte), Obst (+0,03 Prozentpunkte), Pauschalreisen und Flüssige Brennstoffe (je +0,02 Prozentpunkte) hatten die stärkste Steigerungswirkung, während Gemüse (–0,06 Prozentpunkte) und Luftverkehr (–0,02 Prozentpunkte) am stärksten senkend wirkten.

Quelle: Eurostat

Wirtschaft im Überblick **Februar 2010****Berlin**

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen erhöhte sich beim Vergleich des Februar 2010 zum Vorjahresmonat um 1,2 %, das waren +2 871 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 14,5 %. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden fielen der Gesamtumsatz und die Beschäftigtenentwicklung, der Auftrags-eingangindex stieg. Im Bauhauptgewerbe stieg im Monat Februar der Trend des Auftrags-einganges und die Beschäftigtenzahl stark an, während der Umsatz nur leicht zulegte. Die erteilten Baugenehmigungen fielen. Beim Berliner Einzelhandel sind die nominale und die reale Umsatz-Messzahl gleichbleibend, während die Beschäftigten-Messzahl leicht gefallen war. Im Gastgewerbe stiegen die Trends der nominalen und

realen Umsatz-Messzahl leicht an; die Beschäftigten-Messzahl entwickelt sich kaum. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen blieb der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich-steigende Trend langfristig erhalten. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die gleiche Komponente aus den Betriebsgründungen und -aufgaben stiegen beide stark an. Alle zwei Kennziffern sind jedoch von großen Schwankungen geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen stiegen in letzter Zeit wieder stark an. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim Export und beim Import eine steigende Tendenz. Im Februar 2010 betrug die Inflationsrate +0,8 % – der Trend war gleich bleibend.

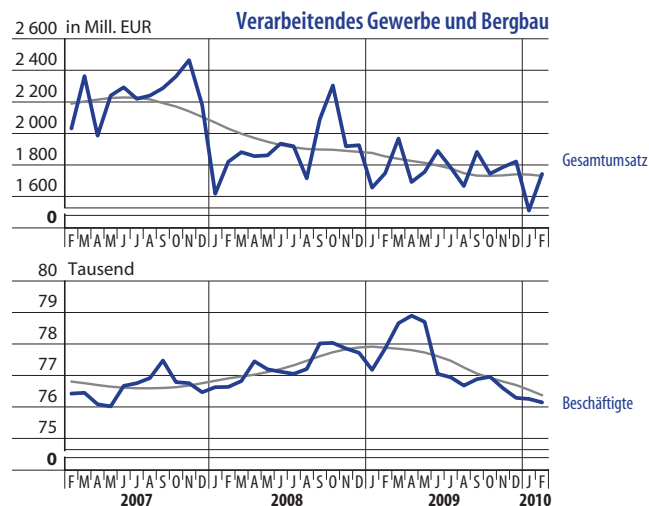
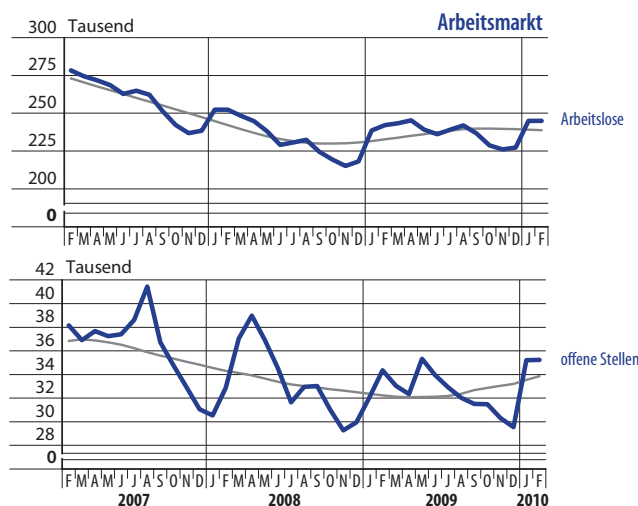
bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 0,8 Prozentpunkte bzw. 1,6 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr (2-Monats-Vergleich: Januar 2010 bis Februar 2010 zu Januar 2009 bis Februar 2009) lag bei +1,9 % und der entsprechende 12-Monats-Vergleich bei +2,6 %. Die seit Anfang des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder an, ohne das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise wieder zu erreichen. Die gemeldeten 35 237 offenen Stellen hatten sich seit dem Februar des vorigen Jahres um 875 Stellen oder um 2,5 % erhöht. Seit dem April 2007 fällt diese Trend-Konjunktur-Komponente, in letzter Zeit stieg sie allerdings wieder leicht an. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,0 – die langfristige Tendenz ist steigend.

Im Berliner **Arbeitsmarkt** wurden Ende Februar des Jahres 2010 mit 244 923 Arbeitslosen 0,01 % weniger als im Januar 2010 registriert, das waren –36 Personen. Im Vergleich zum Februar des Jahres 2009 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 1,2 % zu, das entsprach einem Plus von 2 871 Personen. Dieser Wert stimmt fast mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Stadt Putzitz oder Schlieben am Ende des Jahres 2008 überein. Die

Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 16,9 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 14,5 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,1 Prozentpunkte mehr. Die Berliner Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen lagen damit 5,8 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 7,2 Prozentpunkte über dem

Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** kam es im Januar 2008 zu einem methodischen Wechsel. Die gesamte Erhebung wurde auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ

Tabelle Seite 22



2008) umgestellt. Zwischenzeitlich ist die Rückrechnung aller Werte erfolgt, sodass die uneingeschränkte Vergleichbarkeit gegeben ist. Der Auftragseingangindex zeigte im Februar-Vergleich mit +0,6 % eine positive Veränderung, im 12-monatigen Vergleich sind es –9,3 % und im laufenden Jahr (Januar bis Februar 2010 zu Januar bis Februar 2009) –2,8 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Oktober/November 2007, steigt aber seit Mitte des Jahres 2009 wieder an. Die im Monat Februar dieses Jahres 328 berichtspflichtigen Betriebe – das sind drei Betriebe mehr gegenüber dem Februar 2009 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 742,2 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 5,1 Mill. EUR oder um 0,3 % unterboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2010 bis Februar 2010 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 3,3 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verminderung des Gesamtumsatzes um 4,4 %. Der langfristige Trend dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2007 fallend, in dem letzten halben Jahr dann jedoch eher gleichbleibend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Februar ein Niveau von 831,6 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug 47,7 %. Im Zeitraum der letzten zwölf Monate wurden Waren im Wert von 9,8 Mrd. EUR aus Berlin exportiert. Bei dem Umsatz gab es seit dem Beginn der Aufzeichnung im Januar 2004 einen Anstieg und seit dem Juni 2007 wieder einen fallenden Trend, während bei der Beschäftigtenzahl erst seit dem August 2007 eine leicht steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar war, die allerdings seit Januar 2009 wieder stärker fällt. Im

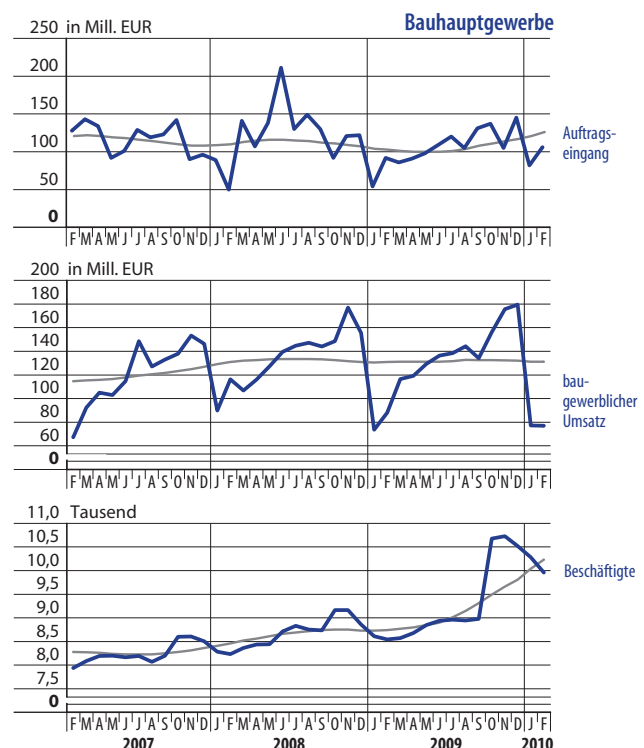
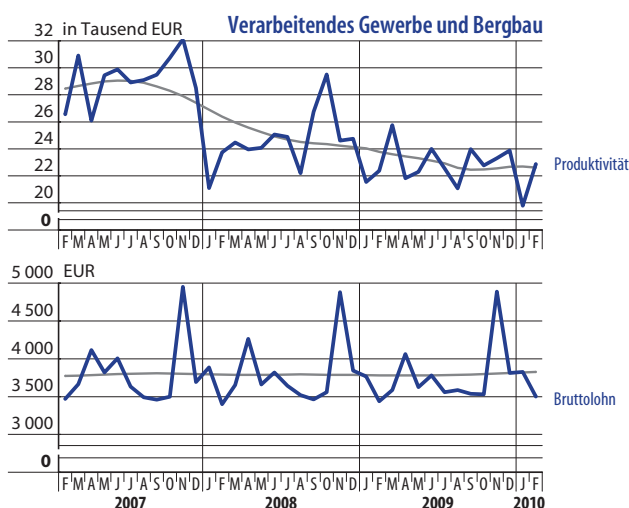
Februar des Jahres 2010 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 76 188 Personen tätig. Gegenüber dem Februar 2009 gab es mit –2,2 % eine stärkere Veränderung als im Zwei-Monats- und im Ein-Jahres-Vergleich mit –1,7 % bzw. –0,4 %. Die Tendenz war also fallend. Im Februar 2010 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 867 EUR, das waren +2,2 % gegenüber dem Februar 2009. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg leicht an, sie lag im gleichen Zeitraum um 1,9 % oder 64 EUR höher.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** kam es im Januar 2008 – wie im Produzierenden Gewerbe – zu einem methodischen Wechsel. Die Auswirkungen stellen sich jetzt als vernachlässigbar dar. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von rund 106,4 Mill. EUR. Die Entwicklung des Auftragseinganges zeigte im Februar 2010 mit +16,1 % zum Vorjahresmonat eine große Steigerung, wobei beachtet werden sollte, dass der Bezugswert im Februar 2009 sehr niedrig ausfiel. Im 2- und im 12-monatigen Vergleichszeitraum ergab sich eine Veränderung von +29,0 % bzw. –11,5 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Mai 2009 wieder leicht

an, es deutet sich ein Wechsel zu höherem Wachstum an. Die Entwicklung bei der Anzahl der Baugenehmigungen zeigt dagegen eine leicht fallende Tendenz. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im Februar den Wert von 76,9 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 77,4 Mill. EUR) bei –12,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen der zurückliegenden zwei und zwölf Monate mit –4,6 % bzw. +1,0 % durchgewachsen. Die Tendenz lag leicht im Positiven. Bei den Beschäftigten scheint der seit acht Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend gebrochen. Mit 9 962 Beschäftigten wurde im Februar 2010 zum Februar 2009 ein Zuwachs von beachtlichen 16,6 % erreicht. Im Zwei-Monats- und im Ein-Jahres-Zeitraum war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten, von +18,0 % bzw. 9,1 %, sodass die stark steigende Tendenz deutlich erkennbar wird.

Im Berliner **Einzelhandel** erfolgte mit dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 die Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008). Dieses wird durch eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 2- und des 12-Monats-Zeitraumes (Januar 2010 bis Februar 2010 und März 2009 bis Februar 2010 jeweils zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 0,8 % bzw. 1,2 %. Beim realen Umsatz waren

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



es in den gleichen Zeiträumen $-1,0\%$ bzw. $-1,3\%$. Die Beschäftigten-Kennziffer blieb in den gleichen Zeiträumen mit $-2,0\%$ bzw. $-0,5\%$ fallend. Besonders rückläufig war die Vollbeschäftigtenzahl ($-4,1\%$), die der Teilzeitbeschäftigten stieg demgegenüber um $0,1\%$ leicht an. Der Trend des nominalen und des realen Umsatzes war innerhalb des letzten Jahres fast konstant, der der Beschäftigten fallend.

Im **Großhandel** des Landes Berlin, bei dem der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel erfolgte, war die Entwicklung stärker rückläufig als im Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 2- und des 12-Monats-Zeitraumes (Januar 2010 bis Februar 2010 und März 2009 bis Februar 2010 jeweils zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von $17,6\%$ bzw. $18,1\%$, beim realen Umsatz waren es in den gleichen Zeiträumen $-21,9\%$ bzw. $-13,5\%$. Die Beschäftigten-Kennziffern fielen im gleichen Zeitraum „nur“ um $5,0\%$ bzw. $3,6\%$. Der Trend der beiden Umsatz-Merkmale war im letzten Jahr stark fallend, der der Beschäftigten fiel weniger stark.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim nominalen und realen Umsatz im 2-monatigen Vergleich positive Veränderungsrate von $+6,7\%$ und $+3,6\%$ auf, während es beim 12-monatigen Vergleich Veränderungen von $-2,4\%$ bzw. $-4,5\%$ waren. Bei der Beschäftigten-Messzahl waren es dann in den beiden Zeiträumen $-0,7\%$ bzw. $-0,9\%$. Die beiden Trend-Konjunktur-Komponenten der Umsatz-Messzahlen stiegen leicht an, während die der Beschäftigten-Messzahl konstant blieb.

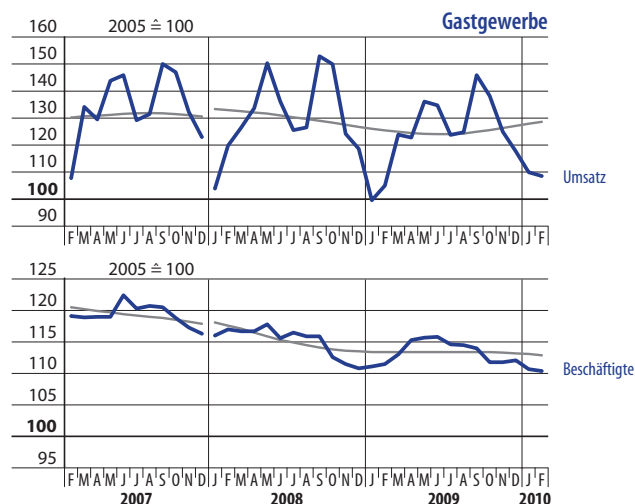
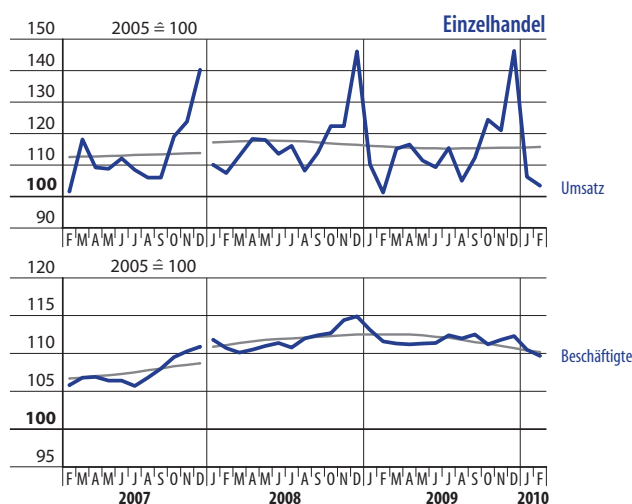
Die Erhebung zum **Berlin-Tourismus** wurde im Januar 2008 ebenfalls auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Im Februar 2009 erreichte die Zahl der Gästeankünfte $543,5$ Tausend; gegenüber dem Februar 2009 waren es 55.945 Personen oder $11,5\%$ mehr. Beim Vergleich des 2- und des 12-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von $12,8\%$ bzw. von $6,4\%$. Die Zahl der Übernachtungen stieg im kurzfristigen Monatsvergleich (Februar 2010 zu Februar 2009) ebenfalls in etwa gleicher Größenordnung wie die Zahl der Gästeankünfte, und zwar um $14,4\%$. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit $+7,9\%$ die positive Entwicklung ebenfalls fort. Insgesamt war bei den beiden Kennziffern eine steigende Tendenz erkennbar, die bei den Übernachtungen etwas stärker war. Im Durchschnitt entfielen im Februar 2009 auf jeden Gast $2,2$ Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es $2,3$ Übernachtungen pro Gast.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Februar 2010 wurden 811 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Februar 2009 – mit 694 Anmeldungen mehr als Abmeldungen – waren das $+16,9\%$, im Zwei-Monats und im Ein-Jahres-Vergleich dann $+39,5\%$ bzw. $+41,8\%$. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Februar 2010 auf 86 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Minus vom $1,1\%$ zum Februar 2009, was einer Anmeldung weniger entsprach. Beim Vergleichen der Zwei-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume bei den Betrieben ergaben sich $+2,8\%$ bzw. $+9,0\%$. Der Trend

innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbemeldungen und Betriebsgründungen als sehr positiv eingeschätzt werden, wenngleich bei den monatlichen Einzelwerten starke Schwankungen vorhanden waren.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen beiden betrachteten Zeiträumen durchgängig positive Veränderungsrate – also eine negative Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 659 Verfahren genannt, das sind gegenüber dem Februar des Vorjahres $15,0\%$ mehr. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich zwischen 600 und 800 Verfahren beantragt. Eindeutig werden dabei die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren langfristig und stabil bei unter 140 Insolvenzen pro Monat angelangt, der Trend war seit dem Jahreswechsel 2008 zu 2009 allerdings wieder steigend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 139 Fälle, das entspricht $+15,8\%$ zum Februar 2009. Beim Vergleich der Zwei-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich $0,5\%$ bzw. $7,6\%$ mehr Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es $+0,8\%$ bzw. $+10,4\%$. Die Tendenz war bei beiden Merkmalen stark steigend.

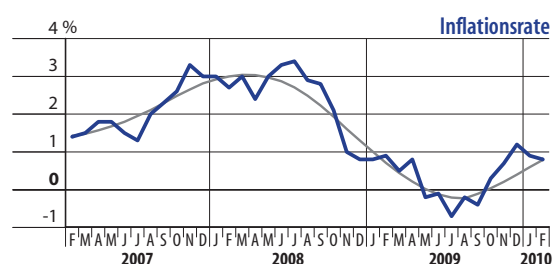
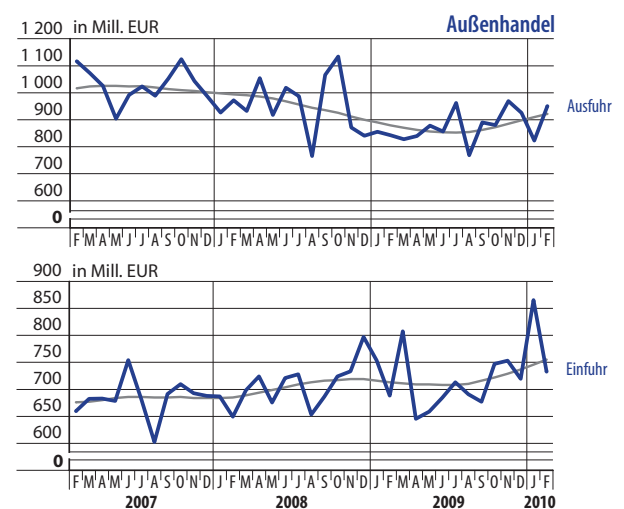
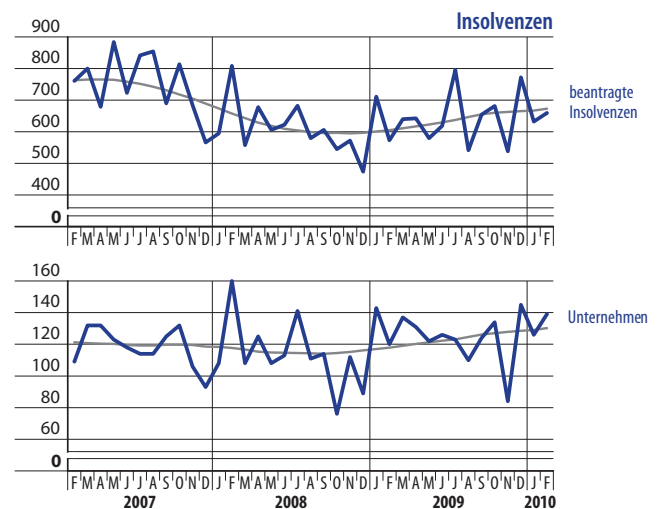
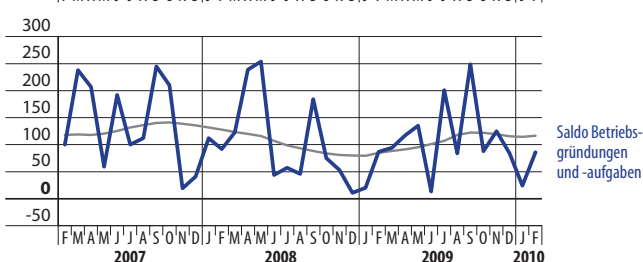
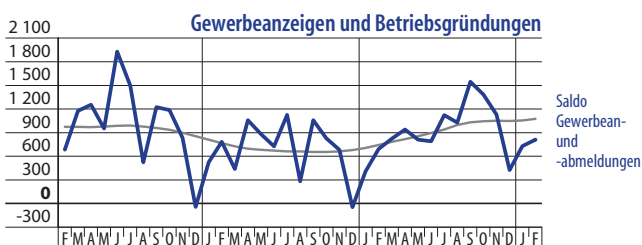
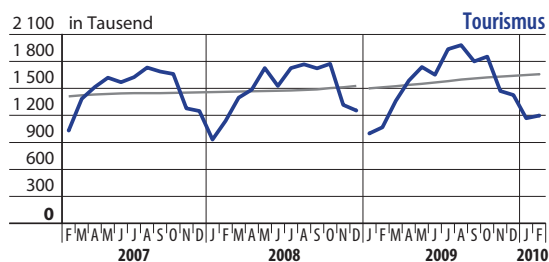
Im Berliner **Außenhandel** scheint der Negativ-Trend der letzten Monate überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im Februar $950,3$ Mill. EUR und lag damit um $12,7\%$ über dem Ergebnis des Februar 2009. Beim Vergleich der Zwei-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von $4,4\%$ bzw.



ein Minus von 6,3 %. In den Wirtschaftsraum der EU wurden 50,7 % der Gesamtexporte ausgeführt. Im Zeitraum eines Jahres – von März 2009 bis Februar 2010 – wurden Waren im Wert von 10,6 Mrd. EUR exportiert, im laufenden Jahr waren es 1,8 Mrd. EUR. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 732,1 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von +6,5 % zum Februar 2009 führte. Im Zwei-Monats- und im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 1,6 % bzw. 8,7 Mrd. EUR nach Berlin importiert, das waren gegenüber dem Vorjahreszeitraum 10,8 % bzw. 1,3 % mehr. Seit Anfang 2007 fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes um ca. 15 % stark ab – sie steigt seit Mitte des Jahres 2009 wieder leicht an, während die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes sich nur sehr leicht abschwächte und nun wieder stärker steigt. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen erfasst, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, lag im Monat Februar 2010 bei 107,3. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Februar 2010 und dem Februar 2009, ergab sich damit ein Wert von +0,8 %, im Januar 2010: +0,9 %. Während sich die Mineralölprodukte (Kraftstoffe und Heizöl) sowie Bekleidung und Schuhe verteuerten, ergaben sich bei Gas sowie Zentralheizung und Fernwärme Preisrückgänge. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit dem März 2008 sehr stark und befindet sich zurzeit bei etwa +0,8; gegenüber dem Februar 2009 ist der Trend fast konstant geblieben.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick **Februar 2010****Brandenburg**

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Februar 2010 zum Vorjahresmonat um 6,3 %, das waren –11 718 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 13,0 %. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Auftrags-eingangsbereich und der Gesamtumsatz eine steigende Tendenz, während die Zahl der Beschäftigten leicht fiel. Im Bauhauptgewerbe sanken der Auftragseingang und die Beschäftigtenanzahl, während die Baugenehmigungen anstiegen. Beim Brandenburger Einzelhandel war die nominale und die reale Umsatz-Messzahl sowie die Beschäftigten-Messzahl fallend. Im Gastgewerbe blieben die Trends der nominalen und der realen

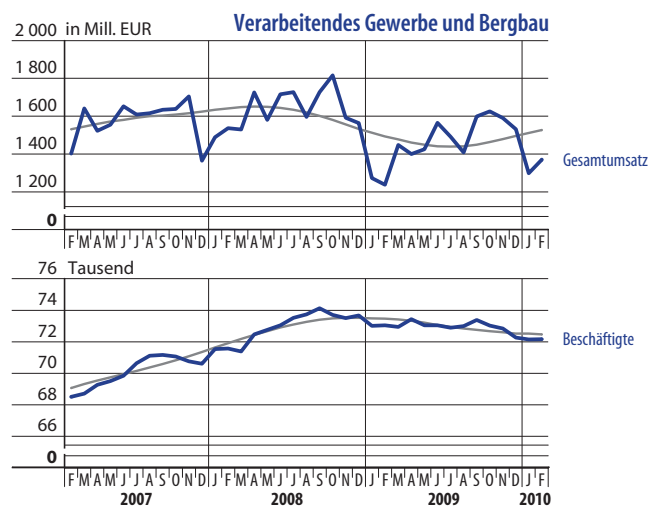
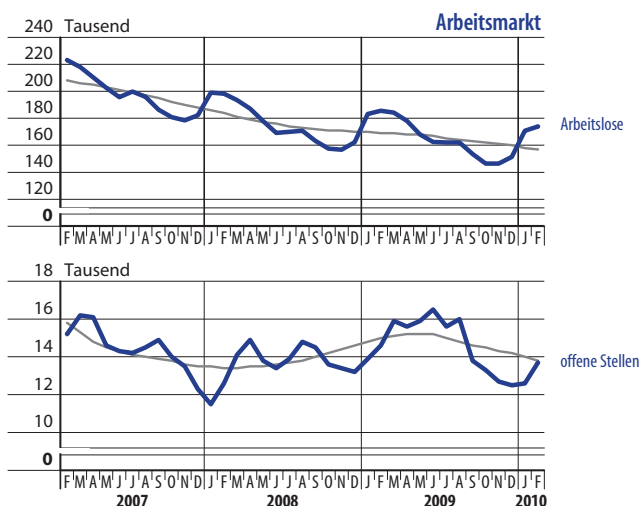
Umsatz-Messzahl fallend, während die Beschäftigten-Messzahl stieg. Die Zahl der Gäste als auch die der Übernachtungen stiegen leicht aber langfristig und kontinuierlich. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen stieg und die aus den Betriebsgründungen und -aufgaben blieb fast gleich. Beide Kennziffern sind jedoch stark von Saison-effekten geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen stiegen. Die Brandenburger Ausfuhren sanken ab, wobei die in die EU sich leicht erholten. Die Einfuhren zeigten einen stark steigenden Trend. Seit Mitte 2008 sanken die Einfuhren und die Ausfuhren sehr stark. Im Februar 2010 betrug die Inflations-rate 0,3 % – deren Trend-Konjunktur-Komponente ist zurzeit etwas ansteigend.

Erwerbspersonen 4,3 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 0,9 bzw. 0,7 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Die gemeldeten 13 716 offenen Stellen hatten sich seit dem Februar des vorigen Jahres um 924 Stellen oder um 6,3 % vermindert. Von März 2008 bis zum Juni 2009 war die Trend-Konjunktur-Komponente steigend, seitdem fällt sie wieder. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,7 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer in letzter Zeit deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im Februar dieses Jahres waren 7 279 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum Februar 2009 ergab das ein Mehr von 214 Personen oder +3,0 %. Die Zahl der nur noch vierteljährlich erfassten Kurzarbeiter lag im März 2010 bei 23 452, das sind gegenüber dem Vorjahresmonat –7,8 % oder –1 986 Personen. Der März 2009 war dabei bereits mit einem deutlichen Anstieg bei den Brandenburger Kurzarbeitern durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung stark beeinflusst.

Auf dem Brandenburger **Arbeitsmarkt** wurde Ende Februar des Jahres 2010 mit 173 848 Arbeitslosen ein Plus von 1,8 % gegenüber dem Januar 2010 registriert, das waren 3 061 Personen mehr. Im Vergleich zum Februar des Jahres 2009 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 6,3 % ab, das entsprach einem Minus von 11 718 Personen. Diese Zahl entspricht etwa der Einwohnerzahl der Brandenburger Städte Velten oder Erkner

am Ende des Jahres 2008. Die Brandenburger Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 14,4 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 13,0 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 0,9 bzw. 0,8 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 4,7 Prozentpunkte und auf der Basis aller zivilen

Tabelle Seite 23



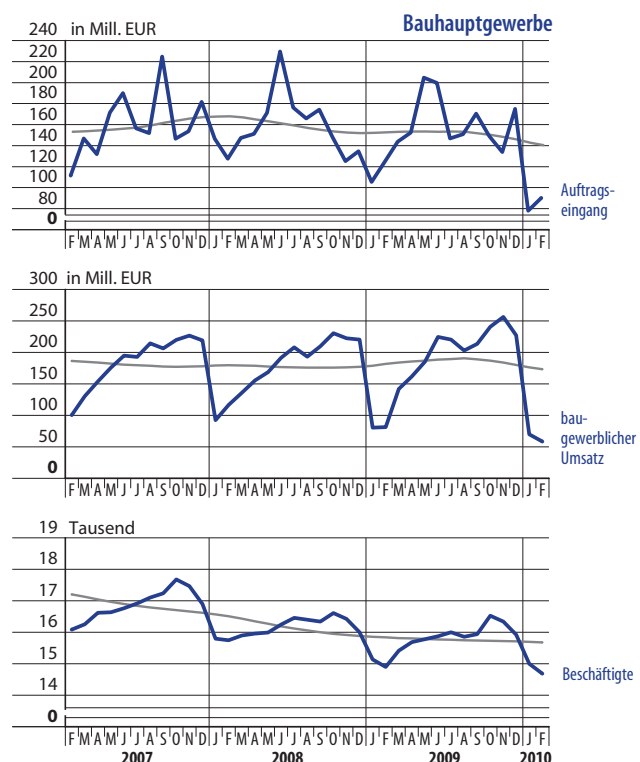
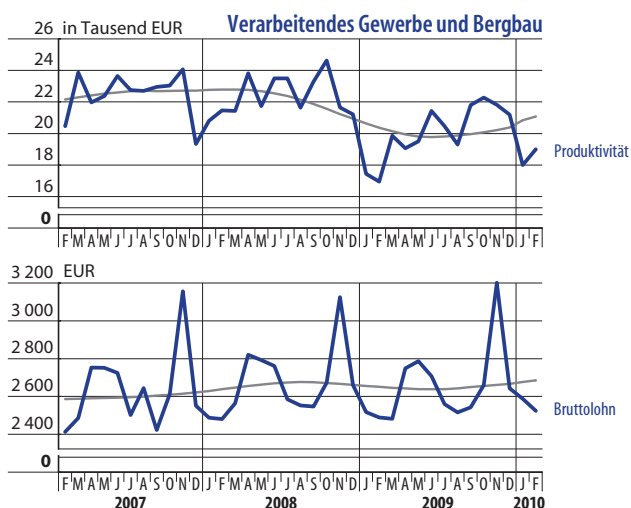
Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex im Februar-Vergleich mit +25,9 % eine stark-positive Veränderung – allerdings traten in den beiden letzten Jahren stärkere Schwankungen bei den Monateinzelwerten auf. Im Vergleich der 2-monatigen und der 12-monatigen Zeiträume waren es +20,3 bzw. –1,2 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente verläuft jetzt wieder etwas steigend. Die im Monat Februar dieses Jahres 410 berichtspflichtigen Betriebe – das sind zwei Betriebe mehr als im Februar 2009 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 370,3 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 132,0 Mill. EUR oder 10,7 % überboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2010 bis Februar 2010 – konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 2,7 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 6,3 % einher. Der langfristige Trend dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und „regelmäßigen Einbrüchen“ jeweils zu den Jahreswechseln – fallend, wobei seit Mitte des Jahres 2009 wieder eine steigende Tendenz sichtbar wird. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Februar ein Niveau von 355,4 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug 25,9 %. Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die seit Dezember 2008 wieder leicht fällt, ohne jedoch auch nur annähernd in die Nähe der alten Tiefstände zu gelangen. Im Februar

des Jahres 2010 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 72 160 Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat (dem Januar 2010) und zum Vorjahresmonat (dem Februar 2009) gab es mit +0,01 % keine bzw. –1,2 % eine negative Veränderung. Im 2- und im 12-monatigen Vergleich waren es ebenfalls –1,2 bzw. –0,4 %, Tendenz hier leicht fallend. Im Februar 2010 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 18 990 EUR, das waren +12,0 % gegenüber dem Februar 2009. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg ebenso, aber wesentlich schwächer. Sie lag im gleichen Zeitraum um 1,4 % oder 34,77 EUR höher als im Februar 2008.

Bei den konjunkturellen Kennziffern des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** kam es im Januar 2009 zu einem methodischen Wechsel. Die gesamte Erhebung wurde auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Die Auswirkungen stellten sich jetzt als vernachlässigbar dar. Das wertmäßige Volumen der Auftrags-eingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von 90,1 Mill. EUR. Der Auftrags-eingang zeigte im Februar 2010 mit –27,7 % zum Vorjahresmonat eine stark fallende Entwicklung, im 2- und 12-monatigen Vergleich gab es eine Veränderung um –26,8 % bzw.

–3,2 %. Die Tendenz war fallend, augenscheinlich dem kräftigen Winter geschuldet. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich positiv: +15,7 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und beim Vergleich des 2-monatigen und des Einjahres-Zeitraumes +14,9 bzw. –4,0 %; die Tendenz ist demzufolge steigend. Beim baugewerblichen Umsatz scheint sich die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz zu beruhigen. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Oktober des Jahres 2007 wieder leicht aber stabil an, ist aber offensichtlich witterungsbedingt ab dem Jahreswechsel 2009/2010 wieder leicht gefallen. Der baugewerbliche Umsatz lag um 28,0 % unter dem Wert vom Februar 2009. Beim Vergleich der 2- und der 12-Monats-Zeiträume (Januar 2010 bis Februar 2010 zu Januar 2009 bis Februar 2009, bzw. März 2009 bis Februar 2010 zu März 2008 bis Februar 2009) ergibt sich ein Wert von –20,7 bzw. +5,0 %. Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend, wenn auch abgeschwächt, fort. Im Februar 2010 gab es in diesem Wirtschaftszweig 14 688 Beschäftigte, 1,4 % weniger als im Februar 2009. Die im Februar 2010 berichtspflichtigen 313 Betriebe – das war die gleiche Anzahl wie im Februar 2009 – erreichten mit 14 688 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 60,0 Mill. EUR (baugewerblicher Umsatz: 58,6 Mill. EUR).

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im Brandenburger Einzelhandel erfolgte mit dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 die Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008). Dieses wird durch eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes (März 2009 bis Februar 2010 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 2,5 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –0,3 %. Für den 2-monatigen Zeitraum ergaben sich –2,3 bzw. –2,4 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum etwa so wie der nominale Umsatz um –3,9 % bzw. im 12-monatigen Vergleichszeitraum um –2,6 %. Die Zahl der Vollbeschäftigten (–4,8 %) ging dabei im Februar 2010 stärker zurück als die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (–2,5 %). Die Trend-Konjunktur-Komponente des nominalen Umsatzes fiel innerhalb der letzten drei Jahre ebenso wie die der Beschäftigten.

Im Großhandel des Landes Brandenburg erfolgte der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel. Die Entwicklung war stärker rückläufig als die beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes (März 2009 bis Februar 2010 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Minus von 9,0 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –2,8 %. Beim 2-monatigen Vergleich (Januar bis Februar 2010 zu Januar bis Februar 2009) ergaben sich –5,3 bzw. –7,0 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum um 1,0 %. Der Trend der beiden Umsatz-Merkmale und der der Beschäftigten war im letzten Jahr fallend.

Im Gastgewerbe wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirt-

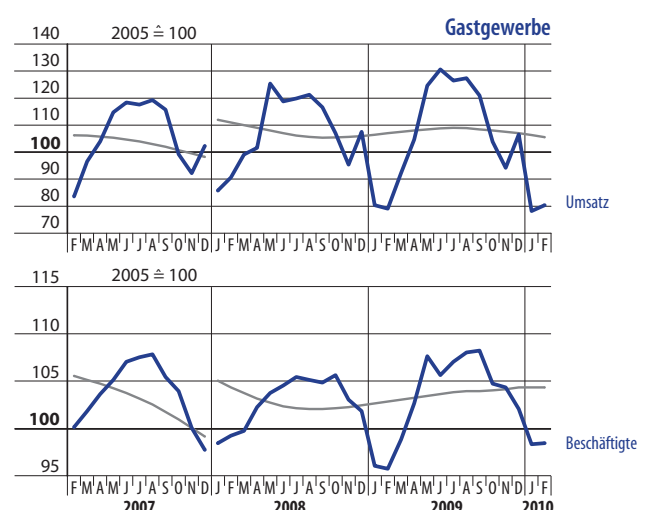
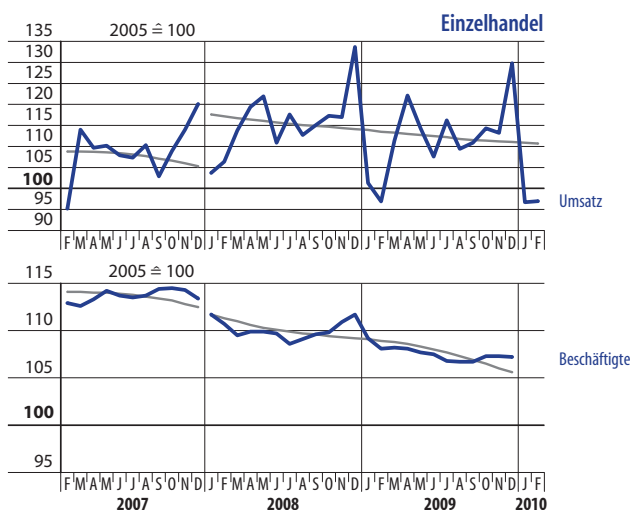
schaftszweig traten beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigten durchweg leichte positive Veränderungen auf. Im Vergleich der 12-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 1,4 % und die Messzahl der Beschäftigten um 1,5 % zu. Das betraf ausschließlich Teilzeitbeschäftigte, die Zahl der Vollzeitbeschäftigten sank. Der reale Umsatz verringerte sich in beiden Zeiträumen um 0,4 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente der realen und der nominalen Umsatz-Messzahl sind leicht fallend, die der Beschäftigten leicht steigend.

Die Erhebung zum Brandenburg-Tourismus wurde im Januar 2009 ebenfalls auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Der Einfluss ist in unserem Fall vernachlässigbar. Im Februar 2010 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 173,4 Tausend; gegenüber dem Februar 2009 waren es 8 900 Personen oder 5,4 % mehr. Beim Vergleich des 2-monatigen und des 12-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 3,9 bzw. von 0,6 %. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (Februar 2010 zu Februar 2009) um 4,2 %. Im 2- und im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +4,8 bzw. 1,8 % die positive Entwicklung fort. Im Durchschnitt entfielen im Februar 2010 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen eine langfristig leicht steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar.

Bei den Gewerbemeldungen werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Februar 2010 wurden 288 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem

Februar 2009 – mit einer Differenz von +97 Anmeldungen – war das mehr als eine Verdopplung; im Zwei-Monats- und im Ein-Jahres-Vergleich wurden –382,9 % bzw. +125,9 % errechnet. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Februar 2010 auf +103 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Plus von 6,2 % zum Februar 2009. Beim Vergleich der Zwei-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume blieb der stark steigende Trend bei den Betrieben mit +257,5 bzw. +76,1 % erhalten. Der Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbeanmeldungen und bei den Betriebsgründungen als sehr positiv eingeschätzt werden. Es ist bei beiden Kennziffern allerdings eine ausgeprägte saisonale Abhängigkeit vorhanden.

Die Insolvenzen zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen kurzfristig eine positive und langfristig eine negative Entwicklung, bei insgesamt stark schwankenden monatlichen Werten. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 495 Verfahren genannt, das sind gegenüber dem Februar des Vorjahres 2,9 % weniger. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer großen Streuung – monatlich knapp über 500 Verfahren beantragt. Im Zwei-Monats-Zeitraum sind es +4,6 % und im 12-Monats-Zeitraum +5,7 % zum jeweiligen vorherigen Vergleichszeitraum. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren bei etwa 60 Insolvenzen pro Monat angelangt, der Trend ist seit dem August 2009 stark fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 47 Fälle, das entspricht –29,9 % zum Februar 2009. Beim Vergleich der Zwei-Monats- und der



Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich $-8,9$ bzw. $+2,9$ % Regelinsolvenzen der Unternehmen. Der Trend war bei den gesamten Insolvenzen steigend und bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen etwa gleichbleibend.

Im Brandenburger **Außenhandel** wurde in der Zeit von Mitte des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark-negative Entwicklung bewältigt; die langfristigen Veränderungen waren allesamt negativ. Seit Juni/Juli 2009 stieg der Import zwar wieder an, während der Export fast gleich geblieben ist. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Februar 876,2 Mill. EUR und lag damit um $2,7$ % unter dem Ergebnis des Februar 2009. Beim Vergleich der Zwei-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich demgegenüber ein Minus in von $6,1$ % bzw. $10,1$ %. In die Staaten der Europäischen Union wurden davon $70,3$ % der gesamten Ausfuhr exportiert, mit $616,3$ Mill. EUR $0,4$ % weniger als im Februar 2009. Insgesamt wurden im Zeitraum des laufenden Jahres – von Januar bis Februar 2010 – Waren im Wert von $1,2$ Mrd. EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) $1\,067,5$ Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um $+35,7$ % gegenüber dem Februar 2009 führte. Im Zwei-Monats- und im Ein-Jah-

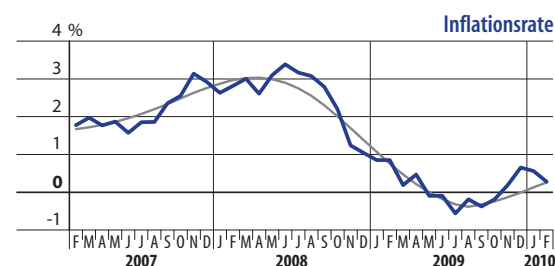
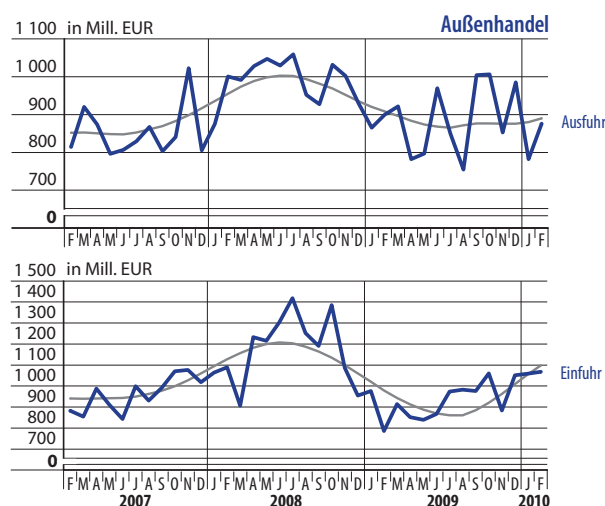
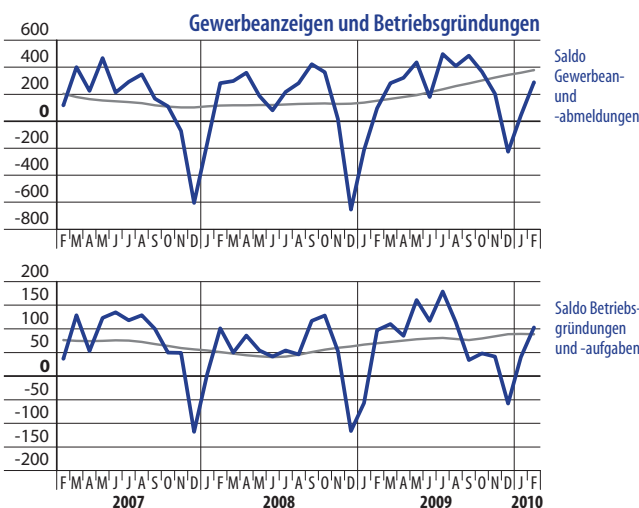
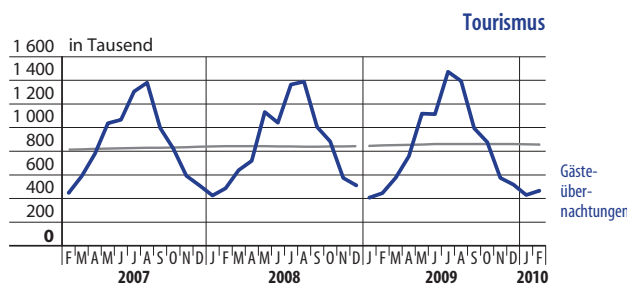
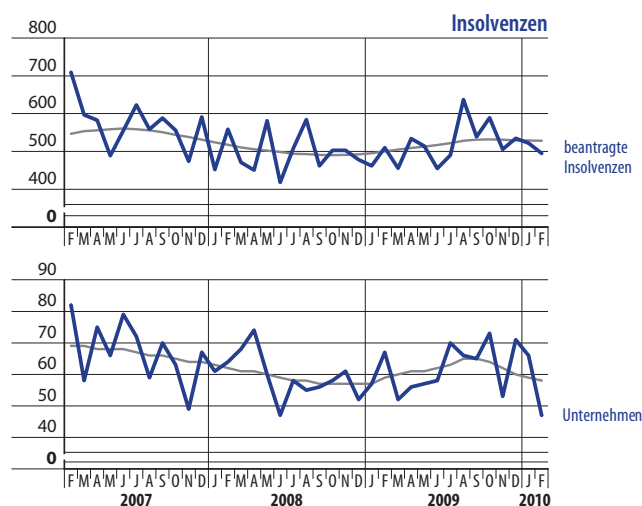
res-Zeitraum wurden Waren im Wert von $2,1$ bzw. $11,2$ Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres $+20,6$ bzw. $-15,9$ %. Der Trend der letzten 12 Monate ist bei der Einfuhr stark steigend und beim Export in die EU-Länder ebenfalls steigend und beim gesamten Export fallend. Betont sei auch, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft

werden, erfasst, lag im Monat Februar 2010 bei $107,2$. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Februar 2010 und dem Februar 2009, ergab sich damit ein Wert von $+0,3$ %, im Januar 2010: $+0,6$ %. Während die Preise für Bekleidung und Mineralölprodukte (Kraftstoffe, Heizöl) stiegen, verringerten sie sich bei den Energieprodukten (Gas, Zentralheizung und Fernwärme sowie festen Brennstoffen) deutlich. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit dem April des Jahres 2008 sehr stark und befindet sich aber zurzeit in einer wieder leicht ansteigenden Phase.

Autor: Jürgen Hübner

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick **Februar 2010****Berlin**

(Basis: Originalwerte, Stand vom 21. Juni 2010)

Merkmal	Einheit	Februar 2010		Januar 2010 Februar 2010		März 2009 bis Februar 2010		Februar 2010
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahres- monat (p)
			%		%		%	
Frühe Indikatoren ↗								
Verbraucherpreisindex								
Gesamtindex.....	2005 ± 100	107,3	0,8	107,2	0,9	106,7	0,3	→
Auftragseingang								
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1 2}	2005 ± 100	95,5	0,6	91,6	− 2,8	100,8	− 9,3	↗
Bauhauptgewerbe.....	Mill. EUR	106,4	16,1	94,0	29,0	109,6	− 11,5	↑
Baugenehmigungen	Anzahl	126	− 15,4	147,0	5,8	142,8	− 12,6	↘
Gegenwärtige Indikatoren →								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ²	Mill. EUR	1 742,2	− 0,3	1 626,2	− 4,4	1 769,9	− 6,9	↘
Stromerzeugung (brutto)	GWh	948,1	100,0	1 028,5	94,1	610,6	− 17,3	↑
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	76,9	− 12,5	77,1	− 4,6	132,0	1,0	→
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	103,5	2,2	104,9	− 0,8	115,5	− 1,2	→
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	102,0	2,1	103,7	− 1,0	114,3	− 1,3	→
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	92,5	− 9,0	92,1	− 17,6	100,6	− 18,1	↓
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	87,4	− 13,6	86,9	− 21,9	97,8	− 13,5	↓
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	108,5	3,3	109,2	6,7	125,9	− 2,4	↗
Gastgewerbe - real ⁴	2005 ± 100	99,3	0,3	99,9	3,6	117,9	− 4,5	↗
Gästekünfte	1 000	543,5	11,5	535,9	12,8	698,7	6,4	↗
Gästeübernachtungen	1 000	1 197,4	12,3	1 182,6	14,4	1 597,5	7,9	↗
Außenhandel								
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	950,3	12,7	886,6	4,4	881,0	− 6,3	↗
davon nach EU	Mill. EUR	481,9	28,5	438,4	9,8	414,6	− 11,0	↑
Einfuhr (Generalhandel)	Mill. EUR	732,1	6,5	798,3	10,8	723,8	1,3	↗
Produktion								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) ...	EUR	22 867,0	2,2	21 329,5	− 2,9	22 841,9	− 6,8	↘
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer	EUR	3 503,0	1,9	3 664,0	1,7	3 774,8	− 0,5	↗
Späte Indikatoren ↓								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ...	Anzahl	811	16,9	769,5	39,5	961,6	41,8	↑
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	86	− 1,1	55,0	2,8	108,3	9,0	↑
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	659	15,0	645,5	0,5	646,3	7,6	↑
davon Unternehmen.....	Anzahl	139	15,8	132,5	0,8	125,1	10,4	↑
Beschäftigte								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	76,2	− 2,2	76,2	− 1,7	77,2	− 0,4	↘
Bauhauptgewerbe ³	1 000	10,0	16,6	10,1	18,0	9,5	9,1	↑
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	109,7	− 1,7	110,1	− 2,0	111,5	− 0,5	↘
Großhandel ⁴	2005 ± 100	110,3	− 4,7	110,2	− 5,0	112,5	− 3,6	↘
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	110,4	− 1,0	110,6	− 0,7	113,3	− 0,9	→
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	Anzahl	244 923	1,2	244 941	1,9	237 797	2,6	↗
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen)	%	14,5	0,7	14,5	1,4	14,1	2,5	↗
offene Stellen	Anzahl	35 237	2,5	35 219,5	6,0	32 738,4	− 2,2	↗

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen
20 und mehr Beschäftigten; monatlicher Berichtsreis

4 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % \leq p1 % \leq p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p \leq -1 %p \leq -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % \leq p1 % \leq p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p \leq -1 %p \leq -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 10. Juni 2010)

Merkmal	Einheit	Februar 2010		Januar 2010 bis Februar 2010		März 2009 bis Februar 2010		Februar 2010
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahres- monat (p)
			%		%		%	
Frühe Indikatoren ↗								
Verbraucherpreisindex								
Gesamtindex.....	2005 ± 100	107,2	0,3	107,1	0,4	106,9	0,1	↘
Auftragseingang								
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2005 ± 100	126,7	25,9	122,4	20,3	138,4	- 1,2	↗
Bauhauptgewerbe ²	Mill. EUR	90,1	- 27,7	84,1	- 26,8	149,6	- 3,2	↘
Baugenehmigungen.....	Anzahl	539	15,7	536,0	14,9	580,8	- 4,0	↗
Gegenwärtige Indikatoren ➔								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ²	Mill. EUR	1 370,3	10,7	1 334,3	6,3	1 479,5	- 7,0	↗
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	3 249,4	10,0	3 370,8	6,2	2 925,9	- 4,8	↗
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	58,6	- 28,0	64,2	- 20,7	183,5	5,0	↘
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	97,0	0,1	96,9	- 2,3	111,9	- 2,5	↘
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	93,6	0,1	93,7	- 2,4	108,1	- 0,3	↘
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	86,1	- 4,4	83,9	- 5,3	104,4	- 9,0	↘
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	80,6	- 5,6	78,5	- 7,0	98,4	- 2,8	↘
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	80,4	1,6	79,3	- 0,6	107,5	1,4	↘
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	74,1	1,4	73,0	- 1,2	98,7	- 0,4	↘
Gästeankünfte.....	1 000	173,4	5,4	161,2	3,9	309,8	0,6	➔
Gästeübernachtungen.....	1 000	465,4	4,2	448,0	4,8	857,7	1,8	➔
Außenhandel								
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	876,2	- 2,7	829,3	- 6,1	881,9	- 10,1	↘
davon nach EU.....	Mill. EUR	616,3	- 0,4	596,6	6,3	586,0	- 17,4	↗
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 067,5	35,7	1 063,5	20,6	960,6	- 15,9	⬆
Produktion								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)...	EUR	18 990,0	12,0	18 491,8	7,5	20 307,4	- 6,6	↗
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	2 524,2	1,4	2 556,1	2,1	2 663,3	- 0,4	↗
Späte Indikatoren ⬆								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ...	Anzahl	288	196,9	165,5	- 382,9	273,9	125,9	⬆
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	103	6,2	71,5	257,5	81,2	76,1	⬆
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	495	- 2,9	508,5	4,6	522,7	5,7	↗
davon Unternehmen.....	Anzahl	47	- 29,9	56,5	- 8,9	61,2	2,9	➔
Beschäftigte								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹ ...	1 000	72,2	- 1,2	72,2	- 1,2	72,8	- 0,4	↘
Bauhauptgewerbe ³	1 000	14,7	- 1,4	14,8	- 1,1	15,8	- 1,7	↘
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	104,2	- 3,7	104,4	- 3,9	106,8	- 2,6	↘
Großhandel ⁴	2005 ± 100	126,4	- 0,9	126,2	- 1,1	128,1	- 1,0	↘
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	98,5	2,9	98,5	2,6	103,9	1,5	↗
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....	Anzahl	173 848	- 6,3	172 318	- 6,6	163 290	- 5,7	↘
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen).....	%	13,0	- 5,8	12,9	- 5,8	12,2	4,9	➔
offene Stellen.....	Anzahl	13 716	- 6,3	13 181,5	- 7,6	14 517,1	3,6	↘

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen
20 und mehr Beschäftigten; monatlicher Berichtskreis

4 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % \leq p1 % \leq p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p \leq -1 %p \leq -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % \leq p1 % \leq p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p \leq -1 %p \leq -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Historisches 1910

Dampfmaschinen

Im Statistischen Jahrbuch für den Preußischen Staat 1910 ist auf den Seiten 132 bis 134 Interessantes über die Entwicklung der Dampfmaschinen zu erfahren. Neben einer langen Reihe der feststehenden Dampfmaschinen, Lokomobilen und Dampfturbinen von 1798 bis 1910 sind die Dampfmaschinen zum Antreiben von Dynamos am 1. April 1910 und das Zerplatzen von Dampfkesseln von 1877 bis 1909 dokumentiert – eine eindrucksvolle Darstellung der technischen Entwicklung während dieser Phase der „technischen Revolution“.

Mit einer wesentlichen Einschränkung allerdings: „Die Übersicht enthält nur diejenigen Dampfturbinen, deren Vorhandensein zur Kenntnis des Statistischen Landesamtes gelangt ist, mit Ausschluss der von der Militärverwaltung und der Kaiserlichen Marine verwendeten Dampfkessel, Dampfmaschinen, Dampffässer und Dampfturbinen, sowie der Lokomotiven.“ Zu anderen Quellen gibt es deshalb durchaus Abweichungen. Ob nun die erste Dampfmaschine 1779, 1785 oder 1798 und ob es eine original englische oder eine nachgebaute deutsche war, mag dahingestellt sein. Sicher ist jedoch, dass sie zuerst im Bergbau zur Wasserhebung eingesetzt wurden.

Weit verbreitet war damals schon das heutige Contracting. Die Maschinen wurden meist nicht verkauft, sondern den Kunden zur Verfügung gestellt, um sich so einen Teil der eingesparten Brennstoffkosten auszahlen zu lassen. 1910 gab es immerhin 117 673 Dampfmaschinen mit 6 780 040 PS, mithin im Durchschnitt 57,7 PS pro Maschine. Und wenn es stimmt, dann war die älteste mit 112 Jahren immer noch in Betrieb.

Da wundert dann das Folgende nicht: Von 1877 bis 1909 havarierten 392 Kessel, was 271 getötete Personen zur Folge hatte. Hauptursache für das Zerplatzen war Wassermangel mit 38,5 %, gefolgt von Abnutzung, Durchrostung mit 18,6 %.

Im Jahr 1910 wurden von den bekannten 117 673 Dampfmaschinen 8 990 mit insgesamt 1 352 651 PS oder 1 000 MW zur Stromerzeugung verwendet. Das sind 7,6 % der Maschinenanzahl und 19,9 % der mechanischen Leistung. Die durchschnittliche Maschinenleistung betrug somit 150 PS oder 113 kW.

Heute sind einzelne Großkraftwerke mit 1000 MW installierter elektrischer Leistung in Betrieb.

Autor: Jürgen Hübner

192 VI. Gewerbe im engeren Sinne.									
8. Die feststehenden Dampfmaschinen, Lokomobilen und Dampfturbinen in Preußen am 1. April 1910 nach Erbauungsjahren und unter Angabe der Leistungsfähigkeit*).									
Jahr der Erbauung.	Feststehende Dampfmaschinen		Lokomobilen		Dampfturbinen		Zusammen		
	Zahl	PS	Zahl	PS	Zahl	PS	Zahl	PS	
x	2	3	4	5	6	7	8	9	
1910	91	16 945	17	747	1	1 200	109	18 892	
1909	1 268	108 038	892	25 239	38	61 596	2 198	197 873	
1908	1 928	183 019	1 502	37 454	41	83 039	3 471	303 512	
1907	2 533	251 861	1 592	36 733	86	142 772	4 211	431 366	
1906	2 557	251 465	1 412	31 922	79	106 972	4 048	390 359	
1905	2 583	202 671	1 255	25 975	49	46 618	3 887	275 264	
1904	2 444	236 087	1 107	21 138	27	10 530	3 578	267 755	
1903	2 181	229 425	1 066	20 213	20	19 286	3 267	268 924	
1902	2 303	255 465	941	16 647	4	556	3 248	272 668	
1901	2 610	264 057	851	16 565	4	1 204	3 465	281 826	
1900	3 274	388 158	1 271	22 369	5	42	4 550	410 569	
1899	3 308	334 835	1 639	26 105	3	61	4 950	361 001	
1898	3 478	309 189	1 422	20 604	16	174	4 916	329 967	
1897	3 507	267 022	1 075	15 632	30	472	4 612	283 126	
1896	2 852	246 622	833	13 556	3	32	3 688	260 210	
1895	2 324	153 988	769	10 074	3	56	3 096	164 118	
1894	2 176	154 485	754	9 750	—	—	2 930	164 235	
1893	2 320	142 465	546	6 798	—	—	2 866	149 263	
1892	2 297	131 584	983	12 469	—	—	3 280	144 053	
1891	2 482	151 762	960	11 930	—	—	3 442	163 692	
1890	2 716	168 922	888	10 639	—	—	3 604	179 561	
1889	2 434	136 611	626	8 010	2	3	3 062	144 624	
1888	2 049	101 503	663	6 610	2	3	2 714	108 116	
1887	1 645	86 586	651	6 952	—	—	2 296	93 538	
1886	1 429	57 809	524	5 203	—	—	1 953	63 012	
1885	1 363	63 441	631	5 568	—	—	1 994	69 009	
1884	1 643	76 525	612	5 307	—	—	2 255	81 832	
1883	1 422	62 748	515	4 936	—	—	1 937	67 684	
1882	1 388	59 110	513	5 437	—	—	1 901	64 547	
1881	1 122	39 997	266	2 756	—	—	1 388	42 753	
1880	1 038	36 891	241	2 670	—	—	1 279	39 561	
1879	774	25 475	207	2 043	—	—	981	27 518	
1878	853	30 640	213	2 048	—	—	1 066	32 688	
1877	705	25 106	129	1 182	—	—	834	26 288	
1876	986	36 765	122	1 149	—	—	1 108	37 914	
1875	1 235	40 887	179	1 830	—	—	1 414	42 717	
1874	1 187	44 939	235	2 232	—	—	1 422	47 171	
1873	1 353	50 291	270	2 635	—	—	1 623	52 946	
1872	1 181	43 035	232	2 133	—	—	1 413	45 228	
1871	785	27 358	108	1 127	—	—	893	28 485	
1870	770	29 671	52	699	—	—	822	30 370	
1869	625	18 965	44	402	—	—	669	19 367	
1868	588	17 462	44	494	—	—	632	17 956	
1867	437	20 584	27	261	—	—	464	20 845	
1866	534	16 601	8	78	—	—	542	16 679	
1865	557	19 018	22	266	—	—	579	19 284	
1864	439	13 654	31	305	—	—	470	13 959	
1863	358	12 826	6	59	—	—	364	12 885	
1862	269	6 346	16	129	—	—	285	6 475	
1861	149	5 450	3	27	—	—	152	5 477	
In den Jahren 1860—51	1 247	42 888	3	26	—	—	1 250	42 914	
„ „ „ 1850—41	202	5 632	—	—	—	—	202	5 632	
„ „ „ 1840—31	16	760	—	—	—	—	16	760	
„ „ „ 1830—21	5	145	—	—	—	—	5	145	
1798	1	15	—	—	—	—	1	15	
Erbauungsjahr unbekannt	6 164	134 483	93	1 086	7	4 343	6 269	139 912	
Staat	88 187	5 837 782	29 066	469 209	420	478 959	117 673	6 780 040	

*) Die Übersicht enthält nur diejenigen Dampfturbinen, deren Vorhandensein zur Kenntnis des Statistischen Landesamtes gelangt ist; siehe die Anmerkung auf Seite 130.

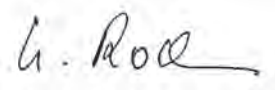
Berlin und Brandenburg 1990 bis 2010

Vorwort

Mit dem vorliegenden 3. Heft des Jahres 2010 der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg wird die Serie „20 Jahre Berlin und Brandenburg“ begonnen. In diesem und den nächsten Heften werden zu diesem Schwerpunktthema in einer losen Reihenfolge Beiträge – neben anderen Fachbeiträgen – erscheinen.

20 Jahre nach der deutschen Vereinigung und 3½ Jahre nach der Bildung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (durch Zusammenschluss des Statistischen Landesamtes Berlin und der Abteilung Statistik des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg), wird hiermit eine umfangreiche Zusammenstellung statistischer Daten für die letzten 20 Jahre vorgelegt, welche die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Berlin und im Land Brandenburg – also in der Hauptstadtregion – dokumentiert.

Die bisherigen „Berliner Langen Reihen“, zuletzt für den Schwerpunkt „15 Jahre Berliner Einheit“ veröffentlicht, werden dabei bis zum Jahr 2009 fortgeschrieben und um die entsprechenden Brandenburger Daten erweitert. Die immer umfangreicheren Tabellen werden als erweiterter Service für unsere Nutzer im Excel-Format auf den Seiten <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/> zum Download bereit gestellt.



Ulrike Rockmann
Präsidentin des Amtes Berlin-Brandenburg

Potsdam, im Juli 2010

1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Bevölkerungsentwicklung**

Berlin

Entwicklung im Überblick

Am 31. Dezember 1990, knapp drei Monate nach dem Tag der Vereinigung, wurde für Berlin eine amtliche Bevölkerungszahl von 3 433 700 Personen ermittelt. Innerhalb der folgenden drei Jahre stieg sie kontinuierlich an und erreichte im Jahr 1993 ihren seit Kriegsende höchsten Stand mit rund 3 475 400 Einwohnern (Abbildung 1). Dieser Bevölkerungszuwachs war insbesondere auf die Zuwanderung von Ausländern aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien zurückzuführen. Vom Jahr 1994 an bis zum Jahr 2000 sank die Bevölkerungszahl jedoch wieder, und zwar teilweise recht kräftig. Ende 2000 lag sie mit 3 382 200 Einwohnern um 2,7 % unter dem Stand von 1993 und auch noch 1,5 % unter dem Ausgangsbestand

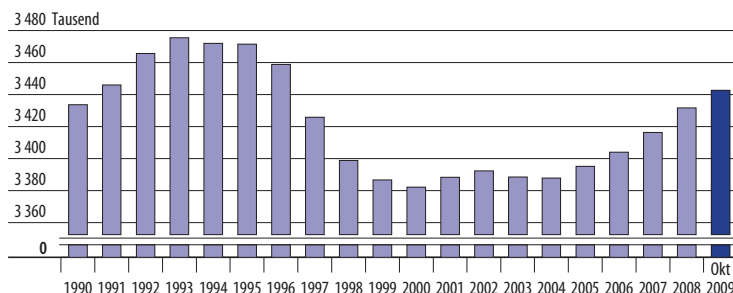
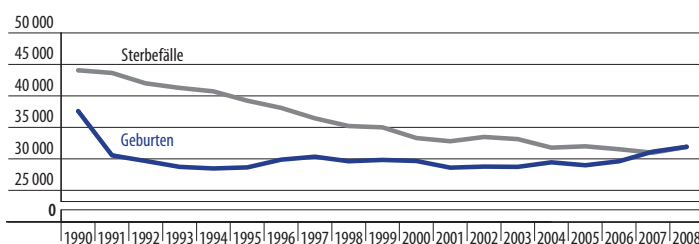
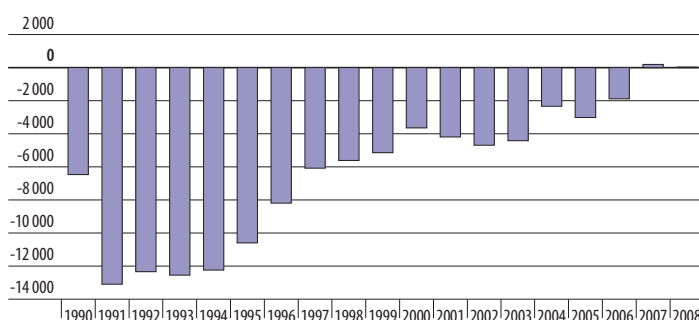
des Jahres 1990. Hauptursache für diesen Schrumpfungsprozess waren die seit 1993 zunehmenden Abwanderungsbewegungen in das Umland von Berlin, den Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes. Diese hatten im Jahr 1998 ihren Höchstwert erreicht, schwächen sich seither aber deutlich ab. Seit 2001 wächst Berlin im Trend erneut. Die zum Redaktionsschluss aktuelle Bevölkerungszahl von Ende Oktober 2009 hatte einen Stand von 3 443 000 Personen, der damit 1,8 % höher war als der vom Jahr 2000, allerdings unter dem Höchstwert des Jahres 1993 blieb, und zwar um 0,9 %. Einwohnergewinne konnte Berlin in den letzten Jahren durch vermehrte Zuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet erzielen.

Geburten und Sterbefälle

Nachdem die Geburtenzahl im „Nachwendejahr“ 1991 drastisch zurückgegangen war, mit knapp 30 600 Geburten kamen 7 000 Babys bzw. 18,7 % weniger zur Welt als 1990, wurde auch in den Folgejahren ein, wenngleich nicht ganz so dramatischer, Geburtenrückgang registriert. Im Zeitraum 1996 bis 2005 blieb das Geburtenniveau dann ziemlich stabil, die Zahl der Neugeborenen bewegte sich jährlich etwa zwischen 29 000 und 30 000 Kindern. Seit 2006 aber steigt die Geburtenzahl erkennbar an und erreicht im Jahr 2008 mit über 31 900 Kindern den höchsten Stand seit 1990 (Abbildung 2).

Die durchschnittliche Zahl von Kindern pro Frau (Geburtenrate) hatte im Vereinigungsjahr bei 1,34 Kindern gelegen. Um eine Gesellschaft auf Dauer „am Leben zu halten“, wäre theoretisch eine durchschnittliche Zahl von 2,1 Kindern pro Frau notwendig. Im Jahr 1995 betrug der Wert jedoch nur noch 1,06 Kinder. Bis zum Jahr 2000 stieg die Ziffer auf 1,19 und im Jahr 2008 lag sie bei 1,29 (Abbildung 3).

Die Zahl der Gestorbenen ist seit 1990 nahezu kontinuierlich zurückgegangen (Abbildung 2).

Abb. 1 **Bevölkerung in Berlin von 1990 bis Oktober 2009**Abb. 2 **Geburten und Sterbefälle in Berlin von 1990 bis 2008****Saldo aus Geburten und Sterbefällen in Berlin von 1990 bis 2008**

Sie nahm von 44 100 im Jahr 1990 auf 31 900 im Jahr 2008 ab. Bezogen auf die Bevölkerungszahl der entsprechenden Jahre ergab sich im Jahr 1990 ein Wert von 12,9 Gestorbenen je 1000 Einwohner, im Jahr 1995 von 11,3, im Jahr 2000 betrug er 9,9 und 9,3 im Jahr 2008. Die rückläufigen Sterbefallzahlen sind insbesondere auf eine gestiegene Lebenserwartung zurückzuführen. Nach den Sterbetafeln für einen Dreijahresdurchschnitt der Jahre 1992 bis 1994 wurde für die durchschnittliche Lebenserwartung eines geborenen Jungen ein Wert von 71,6 Jahren und für die eines Mädchens 78,2 Jahre errechnet. Der Dreijahresdurchschnitt 2006 bis 2008 weist für einen männlichen Neugeborenen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 76,9 Jahren, für ein Mädchen 82,0 Jahre aus (Abbildung 4).

In der Zeitspanne 1990 bis 2006 war die Zahl der Sterbefälle immer größer als die der Geburten. So ergab sich für jedes dieser Jahre ein Sterbeüberschuss, der im Jahr 1991 mit knapp 13 100 Personen seinen Höhepunkt hatte und bis zum Jahr 2006 bis auf knapp 1900 Personen abschnitzte. Im Jahr 2007 gab es erstmals seit Kriegsende mehr Geburten als Sterbefälle, sodass es zu einem Geburtenüberschuss von 194 Personen kam. Auch im Jahr 2008 wurde ein Geburtenüberschuss ermittelt, der jedoch äußerst gering ausfiel (25 Personen). Durch die Sterbeüberschüsse hat Berlin im Zeitraum 1990 bis 2008 per saldo über 116 300 Menschen verloren.

Wanderungen

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl ist neben der natürlichen auch auf räumliche Bevölkerungsbewegungen zurückzuführen. Für die Bevölkerungsentwicklung Berlins wie auch das der gesamten Bundesrepublik ist das Migrationsverhalten (Zu- und Fortzüge) von entscheidender Bedeutung. Da der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung seit der Vereinigung Berlins fast ausschließlich negativ ist (Sterbeüberschuss), kann es zu einer positiven Bevölkerungsbilanz demnach nur kommen, wenn

Migrationsgewinne den Sterbeüberschuss mehr als kompensieren. Grundlage der über die Zu- und Fortzüge einer Region Auskunft gebenden Wanderungsstatistik sind die bei den Meldebehörden registrierten An- und Abmeldungen von Bürgern. Da über das gesamte Jahr 1990 das Meldewesen in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins noch nicht funktionsfähig war, liegen Daten erst ab dem Berichtsjahr 1991 vor.

Mit der Vereinigung wurden Wanderungsbewegungen zwischen Berlin und dem Gebiet der ehemaligen DDR, den neuen Bundesländern, wieder möglich. Eine Besonderheit stellen dabei die Bewegungen zwischen Berlin und seinem Umland dar. Mit „Umland“ sind im Folgenden die Teile der an Berlin grenzenden Brandenburger Landkreise sowie die kreisfreie Stadt Potsdam gemeint, die zum Brandenburger Teil des als „engerer Verflechtungsraum“ bezeichneten Gebietes zählten.

Insgesamt gesehen waren die Jahre 1991 bis 1995 noch durch Zuzugsgewinne gekennzeichnet (Abbildung 5). Diese lassen sich, wie schon eingangs erwähnt, auf Asylsuchende aus dem in kriegsrischen Auseinandersetzungen befindlichen ehemaligen Jugoslawien zurückführen. Andererseits setzte 1992 in Berlin ein bis dahin nicht möglicher Suburbanisierungsprozess ein, der in jenem Jahr zu einem Verlust von rund 800 Einwohnern an das Umland geführt hatte, damit aber die Zuzugsgewinne aus dem Ausland noch kaum schmälerte. In den Folgejahren vergrößerte sich dieser Verlust jedoch stetig und erreichte im Jahr 1998 mit einem Minus von fast 30 000 Personen seinen Höhepunkt. Von Berlin in die nahe gelegenen Brandenburger Gemeinden übersiedelten seinerzeit 41 500 Menschen. Im Gegenzug zogen von dort nach Berlin nur 11 600 Personen. Die Abwanderungen ins Umland waren somit die Hauptursache für die in den Jahren 1996 bis 2001 eingetretenen Gesamtwanderungsverluste. Seit 1999 schwächten sich die Abwanderungen ins Umland jedoch kontinuierlich ab. Im Jahr 2008 wurden nur noch 22 500

Abb. 3 Durchschnittliche Kinderzahl je Frau (Geburtenrate) in Berlin von 1990 bis 2008

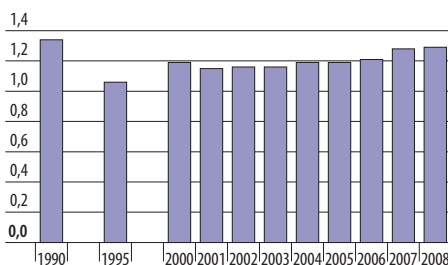


Abb. 5 Zu- und Fortzüge über die Grenzen Berlins von 1991 bis 2008

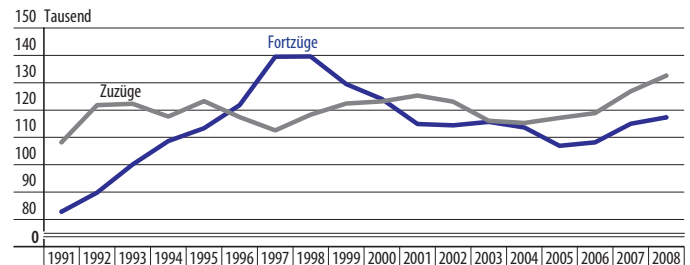
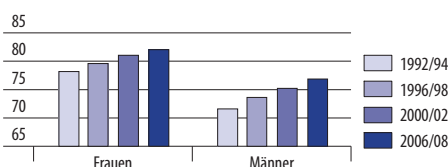


Abb. 4 Lebenserwartung in Berlin von 1992/94 bis 2006/08 (Dreijahresdurchschnitt)



Saldo Zu- und Fortzüge über die Grenzen Berlins von 1991 bis 2008

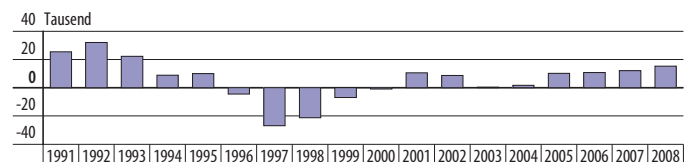
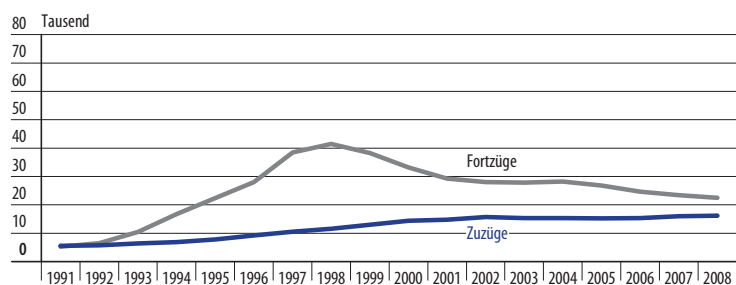
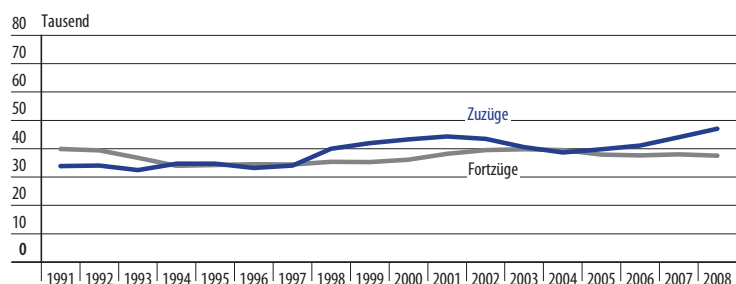


Abb. 6 Wanderungen über die Grenze Berlins von 1991 bis 2008 nach Herkunfts- und Zielgebieten

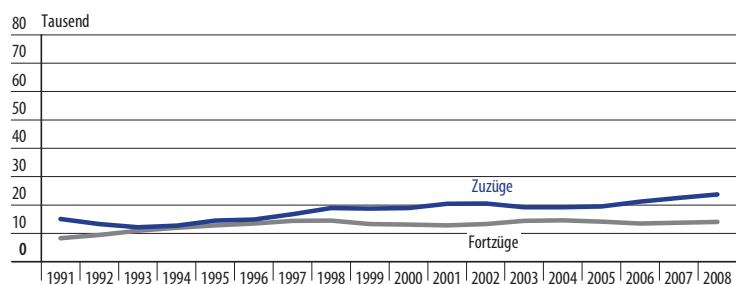
6.1 Berliner Umland



6.2 Alte Bundesländer



6.3 Neue Bundesländer ohne Berliner Umland



6.4 Ausland

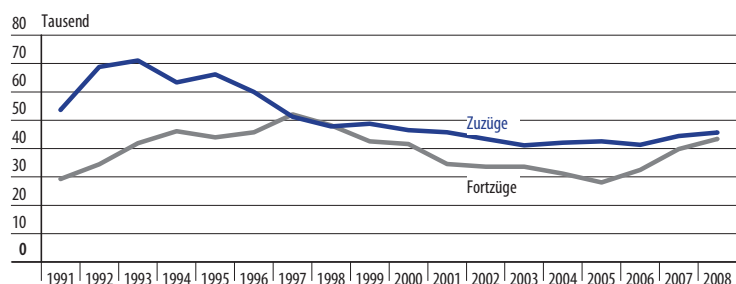
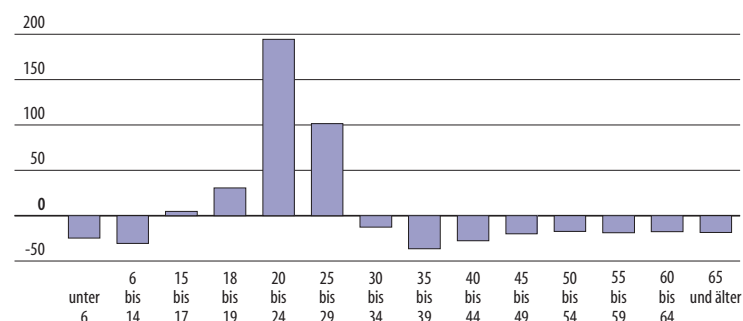


Abb. 7 Wanderungssaldo der Berliner Bevölkerung von 1991 bis 2008 nach Altersgruppen



Fortzüge dorthin registriert. Gleichzeitig ist die Zahl der Zuzüge aus dem Umland nach Berlin gewachsen, und zwar auf mittlerweile 16 200 Personen in 2008. Per saldo ergibt sich daraus ein Verlust von nur noch 6 300 Personen (Abbildung 6.1).

Gegenüber den neuen Bundesländern einschließlich des nicht zum Berliner Umland gehörenden Territoriums des Landes Brandenburg hatte Berlin durchweg Wanderungsgewinne erzielt, seit 1995 mit steigender Tendenz. Im Jahr 2008 wurde mit 23 700 Zuzügen von dort die höchste Zuwanderung seit 1991 registriert. Nach Abzug der registrierten 14 000 Fortzüge in diese Bundesländer ergab sich ein Plus von 9 700 Personen.

Wanderungssaldo der Berliner Bevölkerung von 1991 bis 2008 nach Regionen in 1000 Personen

	Ins- gesamt	Alte Bundes- länder	Neue Bundes- länder ¹	Berliner Umland	Ausland
1991 ...	25,4	- 6,0	6,8	0,2	24,4
1992 ...	32,1	- 5,3	3,9	- 0,8	34,3
1993 ...	22,2	- 4,3	1,3	- 3,9	29,2
1994 ...	8,9	0,6	0,7	- 9,8	17,2
1995 ...	10,0	0,6	1,8	- 14,5	22,2
1996 ...	- 4,5	- 1,3	1,4	- 18,8	14,3
1997 ...	- 26,9	- 0,3	2,3	- 28,0	- 1,0
1998 ...	- 21,3	4,5	4,4	- 29,9	- 0,4
1999 ...	- 7,0	6,7	5,4	- 25,2	6,2
2000 ...	- 0,9	7,2	5,9	- 18,9	5,0
2001 ...	10,5	6,1	7,6	- 14,4	11,2
2002 ...	8,7	4,1	7,2	- 12,3	9,7
2003 ...	0,5	0,7	4,8	- 12,5	7,5
2004 ...	1,7	- 0,9	4,6	- 12,9	10,8
2005 ...	10,2	1,9	5,4	- 11,6	14,5
2006 ...	10,7	3,5	7,7	- 9,2	8,7
2007 ...	12,0	6,0	8,7	- 7,4	4,6
2008 ...	15,3	9,6	9,7	- 6,3	2,4

¹ ohne Berliner Umland

Fast gleichgroß war 2008 auch das gegenüber den alten Bundesländern erzielte Ergebnis. Mit 47 000 Zuzügen wurde hierbei die höchste Zahl von Anmeldungen seit 1991 registriert. Bei 37 500 Fortzügen betrug per saldo der Zuwachs 9 600 Personen. Seit 2005 hat sich der Gewinn jedes Jahr vergrößert.

Im Verlauf des Zeitraumes 1991 bis 2008 sind im Ganzen rund 2 162 500 Zuzüge nach Berlin und 2 055 100 Wegzüge aus der Stadt registriert worden. Unter dem Strich ergibt sich somit ein Einwohnergewinn von annähernd 107 500 Personen.

Die hinzugewonnenen Einwohner waren ausschließlich jüngere Menschen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Den größten Zuwachs gab es bei den 20- bis 24-Jährigen. In den Jahren 1991 bis 2008 waren es insgesamt 194 400 Personen (Abbildung 7).

Altersstruktur

Das Durchschnittsalter stieg von 39,1 Jahre im Jahr 1990 stetig auf 42,7 Jahre im Jahr 2008. Durch die sinkende Anzahl der Geburten, die große Zahl an Fortzügen junger Familien in das Umland Berlins sowie einer steigenden Lebenserwartung kommt es zu

Abb. 8 Bevölkerung in Berlin 1990 und 2008 nach Altersjahren und Geschlecht

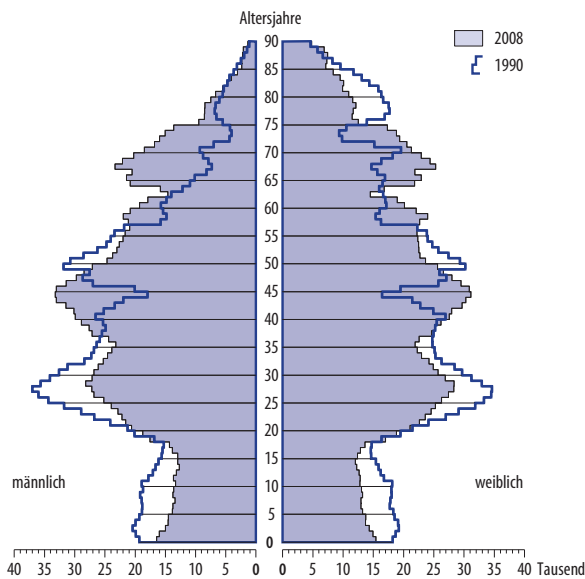
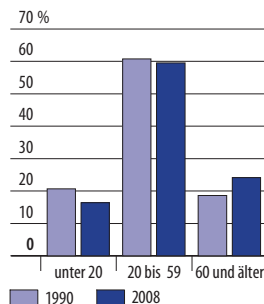


Abb. 9 Berliner Bevölkerung 1990 und 2008 nach Altersgruppen



einer Verschiebung in der Altersstruktur der Bevölkerung. Da aber, wie im vorigen Abschnitt beschrieben, im Berichtszeitraum auch jüngere Menschen nach Berlin gezogen sind, liegt das Durchschnittsalter der Berliner im Jahr 2008 unter dem Bundesdurchschnitt (43,2 Jahre). Unter den Bundesländern ist Berlin hinter Baden-Württemberg (42,25 Jahre), Hamburg (42,35 Jahre) und Bayern (42,5 Jahre) das „viert jüngste“.

Ganz allgemein lässt sich feststellen: Der Anteil junger Menschen (unter 20 Jahre) an der Gesamtbevölkerung sinkt, während der Anteil der Personen ab dem Alter von 60 Jahren, dem gegenwärtigen durchschnittlichen Rentenzugangsalter, steigt (Abbildung 9). Die konkreten Zahlen für Berlin zeigt die folgende Tabelle:

Tab. 1 Alter der Berliner Bevölkerung 1990, 2000 und 2008

Alter in Jahren	1990	2000	2008
in 1000			
unter 20.....	709,3	636,3	563,4
20 bis 59.....	2 086,1	2 019,9	2 042,9
60 und älter.....	638,3	726,0	825,4
Insgesamt	3 433,7	3 382,2	3 431,7
in %			
unter 20.....	20,7	18,8	16,4
20 bis 59.....	60,8	59,7	59,5
60 und älter.....	18,6	21,5	24,1
Insgesamt	100	100	100
Altersquotient ¹	30,6	35,9	40,4
Jugendquotient ²	34,0	31,5	27,6

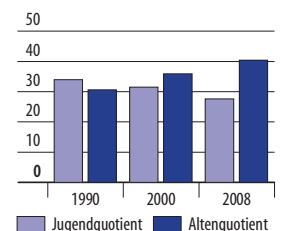
¹ Altersquotient: Anteil älterer Personen (über 60 Jahre) an den Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre)

² Jugendquotient: Anteil jüngerer Personen (unter 20 Jahre) an den Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre)

Als weiterer Indikator der Alterung einer Bevölkerung lässt sich der „Altenquotient“ heranziehen (Abbildung 10). Dieser Quotient gibt das Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter (60 Jahre oder älter) als Gruppe potenzieller Empfänger von Leistungen von Alterssicherungssystemen zur Bevölkerung im durchschnittlichen Erwerbsalter (20 bis 59 Jahre) wieder. Im Jahr 1990 lag der Altenquotient bei knapp 31, das heißt, 100 Menschen im Erwerbsalter standen 31 Personen im Rentenalter gegenüber. Im Jahr 2000 betrug dieser Quotient knapp 36 und 2008 über 40.

Nach gleichem Schema lässt sich auch ein Jugendquotient berechnen. Er gibt das Verhältnis der Bevölkerung im Alter, in dem sich Menschen im Allgemeinen noch nicht selbst versorgen (20 Jahre oder jünger), zu der Anzahl Menschen im Erwerbsalter an. Der Wert des Jugendquotienten lag in Berlin im Jahr 1990 bei 34 und ist bis zum Jahr 2008 auf unter 28 gesunken (zum Vergleich: 2008 betrug im Bundesdurchschnitt der Jugendquotient 34,4 und der Altenquotient 46,1).

Abb. 10 Jugend- und Altenquotient der Berliner Bevölkerung 1990, 2000 und 2008



Ausländer

Die Zahl der Deutschen betrug im Jahr 2008 gut 2 951 000 Personen und war damit um 5,4 % niedriger als 1990. Demgegenüber nahm die Zahl der Ausländer in der gleichen Zeitspanne von 315 600 Personen auf 480 400 Personen bzw. um 52 % zu. Der Ausländeranteil stieg von 9,2 % auf 14,0 %.

Zur Differenzierung der in Berlin lebenden Ausländer nach ihrer Staatsangehörigkeit kann nicht die amtliche Bevölkerungsstatistik herangezogen werden, da hier nur nach Deutschen und Ausländern unterschieden wird. Als Datenquelle dient ein Statistikabzug des Einwohnerregisters, den das Amt für Statistik in regelmäßigen Abständen vom Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (früheres Landeseinwohneramt) erhält und der den Nachweis von Einwohnern nach der Staatsangehörigkeit ermöglicht. In Berlin leben Menschen aus nahezu allen Ländern der Welt. Die größte Gruppe bilden im Jahr 2008 rund 111 300 aus der Türkei stammende Personen, fast 20 % weniger als 1991. Es folgen Polen mit 43 700 Personen: Ihre Zahl stieg gegenüber 1991 um 64,3 %. In der Übersicht sind die melderechtlich registrierten Ausländer in Berlin am 31. Dezember 2008 nach den 40 häufigsten Staatsangehörigkeiten (Gebieten) ausgewiesen.

Staatsangehörigkeit der in Berlin lebenden Ausländer am 31. Dezember 2008

Staatsangehörigkeit	Anzahl
Türkei	111 285
Polen	43 700
Serbien ¹	22 251
Italien	14 964
Russische Föderation	14 915
Vereinigte Staaten, USA	14 186
Frankreich	13 133
Vietnam	12 494
Kroatien	10 752
Bosnien und Herzegowina	10 556
Vereinigtes Königreich	10 196
Griechenland	9 582
Österreich	8 982
Ukraine	8 706
Libanon	7 553
Bulgarien	7 375
Spanien	7 044
China	6 023
Thailand	5 772
Schweiz	4 583
Mazedonien	4 575
Iran	4 355
Niederlande	3 961
Ehemalige Sowjetunion	3 796
Rumänien	3 771
Korea, Republik	2 894
Israel	2 849
Schweden	2 811
Portugal	2 794
Japan	2 767
Dänemark	2 560
Brasilien	2 532
Indien	2 417
Ungarn	2 348
Syrien	2 274
Irak	2 025
Kanada	1 862
Ägypten	1 830
Irland	1 811
Ghana	1 766

¹ Inklusiv ehemaliges „Serbien und Montenegro“ sowie „Serbien“ (einschließlich Kosovo); Personen, die sich noch bei Bestehen dieser Staaten angemeldet haben und bisher keinem Nachfolgestaat zugeordnet sind.

Land Brandenburg

Entwicklung im Überblick

Im Land Brandenburg hatte am 31. Dezember 1990 die amtliche Bevölkerungszahl bei 2 589 400 Personen gelegen. Innerhalb der darauf folgenden vier Jahre ist sie stetig gesunken und erreichte 1994 mit 2 536 700 Einwohnern zur damaligen Zeit ihren vorerst tiefsten Stand (Abbildung 11). Mit dem Jahr 1995 setzte dann ein nicht unerheblicher Bevölkerungszuwachs ein, der bis zum Jahr 2000 anhielt. In diesem Zeitraum stieg die Einwohnerzahl des Landes Brandenburg um 2,4 % auf 2 602 000 Personen an. Dieser Bevölkerungszuwachs war hauptsächlich auf die Zuwanderung

von Berliner Bürgern zurückzuführen. Der Sachverhalt ist in der Dokumentation der Berliner Bevölkerungsentwicklung weiter vorn schon beschrieben worden. Die Einwohnergewinne aus Berlin konnten in dieser Zeit die Verluste, die das Land Brandenburg gegenüber allen anderen Bundesländern hinzunehmen hatte, mehr als wettmachen. Seit 2001 geht die Bevölkerungszahl wieder zurück. Im Oktober 2009 lag sie bei 2 513 400 Personen und damit um 3,4 % unter dem Maximum des Jahres 2000 und auch noch um 0,9 Prozent unter dem Stand von 1994, dem niedrigsten Wert der neunziger Jahre. Zwar konnte das Land aus Berlin weiterhin durchweg Einwohnergewinne erzielen, diese reichten jedoch nicht mehr aus, um die Fortzüge in das übrige Bundesgebiet auszugleichen.

Abb. 11 Bevölkerung im Land Brandenburg von 1990 bis Oktober 2009

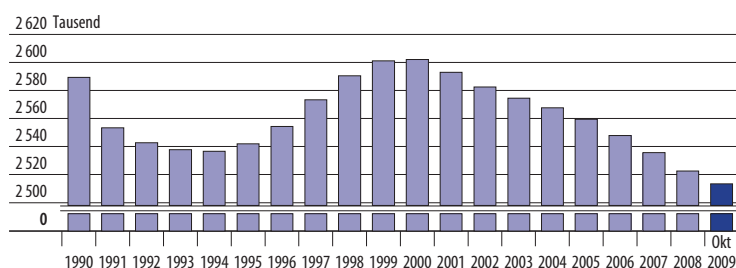
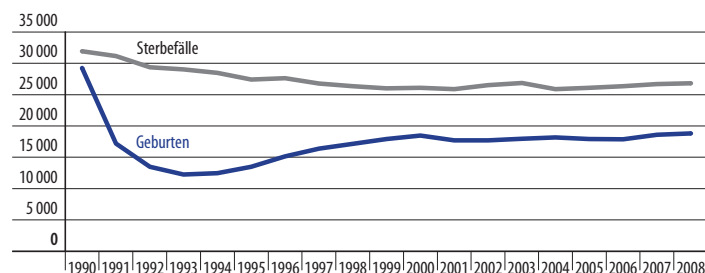


Abb. 12 Geburten und Sterbefälle im Land Brandenburg von 1990 bis 2008



Saldo aus Geburten und Sterbefällen im Land Brandenburg von 1990 bis 2008

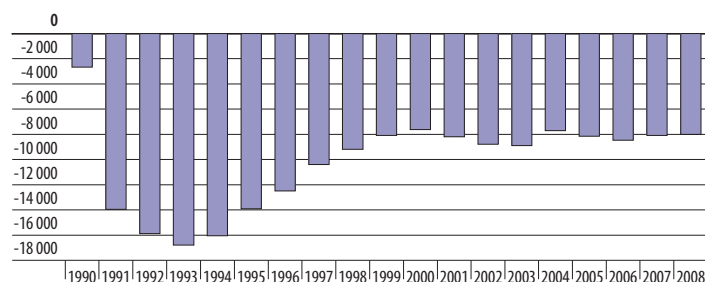
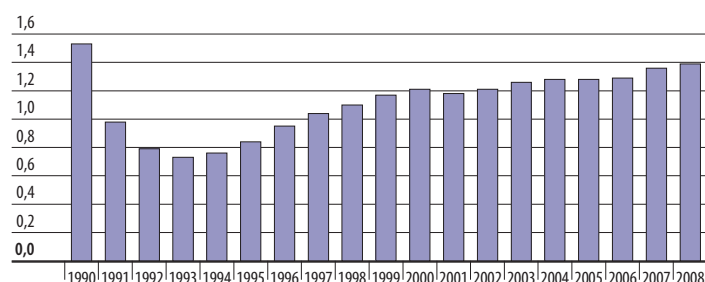


Abb. 13 Durchschnittliche Kinderzahl je Frau (Geburtenrate) im Land Brandenburg von 1990 bis 2008

**Geburten und Sterbefälle**

Der Geburteneinbruch im „Nachwendejahr“ 1991 fiel im Land Brandenburg noch wesentlich stärker als der in Berlin registrierte aus. Mit 17 200 Geburten waren 12 000 Babys bzw. 41,1 % weniger zur Welt gekommen als 1990. In den beiden Folgejahren traten weitere Rückgänge auf, die allerdings nicht ganz so dramatisch ausfielen. Von 1994 an gab es jährlich wieder leichte Steigerungen bis auf 18 400 Geburten im Jahr 2000. Das Geburtenniveau im anschließenden Zeitraum blieb dann bis zum Jahr 2006 recht stabil, die Zahl der Neugeborenen bewegte sich jährlich etwa zwischen 17 600 und 18 100 Kindern. In den Jahren 2007 und 2008 steigt die Geburtenzahl eindeutig an und erreicht im Jahr 2008 mit 18 800 Kindern den höchsten Stand seit dem Nachwendejahr 1991 (Abbildung 12).

Die durchschnittliche Zahl an Kindern pro Frau (Geburtenrate) lag im Vereinigungsjahr bei 1,53 Kindern (Abbildung 13). Im Folgejahr stürzte dieser Wert auf unter eins (0,98 Kinder) ab und erreichte 1993 mit 0,73 Kindern seinen tiefsten Stand. Damit wurde nur etwa ein Drittel des für den Generationenerhalt benötigten Wertes von 2,1 Kindern erreicht. Seit 1994 steigt die Geburtenrate im Land Brandenburg tendenziell wieder an und liegt im Jahr 2008 bei durchschnittlich 1,39 Kindern je Frau und damit leicht über dem Bundesdurchschnitt (1,38 Kinder).

Nachweisbar verändert hat sich die Altersstruktur der gebärenden Frauen im Land Brandenburg. Wurden 1990 noch die meisten Kinder von den 20- bis 26-jährigen Frauen geboren, so sind heute die Mütter bei der Geburt ihres Kin-

des überwiegend zwischen 25 und 32 Jahre alt. Die Geburtenspitze liegt zurzeit bei den 29-Jährigen (Abbildung 14).

Die Zahl der Gestorbenen ist von 1990 bis 2004 nahezu kontinuierlich zurückgegangen (Abbildung 12). Sie nahm von 31 900 im Jahr 1990 auf 25 900 im Jahr 2004 ab. Seither steigen die Sterbefallzahlen wieder leicht an. Im Jahr 2008 waren 26 800 Gestorbene zu verzeichnen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl der entsprechenden Jahre ergab sich im Jahr 1990 ein Wert von 12,3 Gestorbenen je 1000 Einwohner, im Jahr 2004 betrug er 10,1 und 10,6 im Jahr 2008. Die tendenziell rückläufigen Sterbefallzahlen sind auch im Land Brandenburg insbesondere auf eine gestiegene Lebenserwartung zurückzuführen. Nach den Sterbetafeln für einen Dreijahresdurchschnitt der Jahre 1992 bis 1994 wurden für die durchschnittliche Lebenserwartung eines geborenen Jungen ein Wert von 69,4 Jahren und für die eines Mädchens 77,5 Jahre errechnet. Der Dreijahresdurchschnitt 2006 bis 2008 weist für einen männlichen Neugeborenen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 76,1 Jahren, für ein Mädchen 82,0 Jahre aus (Abbildung 15). Derweil liegen im Bundesdurchschnitt die Lebenserwartung der Männer bei 77,2 Jahren und die der Frauen 82,4 Jahren.

In den Jahren 1990 bis 2008 war die Zahl der Sterbefälle durchweg größer als die der Geburten. So ergab sich für jedes dieser Jahre ein Sterbeüberschuss, der im Jahr 1993 mit knapp 16 800 Personen seinen Höhepunkt hatte und bis zum Jahr 2008 bis auf 8 000 Personen abschnitzte. Durch die Sterbeüberschüsse hat das Land Brandenburg über den Zeitraum 1990 bis 2008 hinweg in der Summe annähernd 193 300 Menschen verloren.

Wanderungen

Da der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung seit der Vereinigung ausschließlich negativ war (Sterbeüberschuss), konnte es nur zu einer zeitweiligen positiven Bevölkerungsbilanz kommen, weil Migrationsgewinne den Sterbeüberschuss mehr als kompensierten. Grundlage der über die Zu- und Fortzüge einer Region Auskunft gebenden Wanderungsstatistik sind auch im Land Brandenburg die bei den Meldebehörden registrierten An- und Abmeldungen von Bürgern. Das hiesige Meldewesen war jedoch erst im Verlauf des Jahres 1991 voll funktionsfähig. Deshalb liegen vollständige Jahresdaten erst ab dem Berichtsjahr 1992 vor.

Mit der Vereinigung wurden Wanderungsbewegungen zwischen dem Land Brandenburg und den sogenannten alten Bundesländern sowie mit dem gesamten wieder vereinten Berlin möglich. Eine Besonderheit stellen dabei die Bewegungen zwischen Berlin und den nahe der Stadt gelegenen Umlandgemeinden dar.

Insgesamt gesehen ist die Zahl der Zuzüge von 67 400 im Jahr 1992 auf 97 300 im Jahr 1997 angestiegen, das entspricht einer Steigerung von 44,5 % (Abbildung 16). Seit 1998 gab es von Jahr zu Jahr immer weniger Zuwanderung. 2008 zogen nur noch knapp 60 400 Personen in das Land Brandenburg, 38,0 % weniger als im Spitzenjahr 1997 und auch noch 10,3 % weniger als zum Anfangsjahr 1992.

Die Zahl derjenigen, die das Land verlassen, schwankte im gesamten Zeitraum mehr oder weniger stark zwischen 57 000 Personen (1994) und 72 000 Personen (1999).

Die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen war in den Jahren 1992 bis 2000 eindeutig positiv. Diese Wanderungsgewinne stiegen seit 1992 deutlich an und erreichten 1997 mit einem Plus von 29 200 Personen ihr Maximum. In den Folgejahren wurde der Gewinn jährlich schmaler und lag 2000 bei 8 400 Personen. In den Jahren 2001 bis 2005 hielten sich Zu- und Fortzüge in etwa die Waage. Seit 2006 muss das Land Brandenburg jedoch klare Wanderungsverluste hinnehmen. Für das Jahr 2008 ist ein Minus von fast 5 300 Personen ermittelt worden.

Abb. 14 Lebendgeborene je 1000 Frauen im Land Brandenburg nach Altersjahren (Altersspezifische Geburtenziffer)

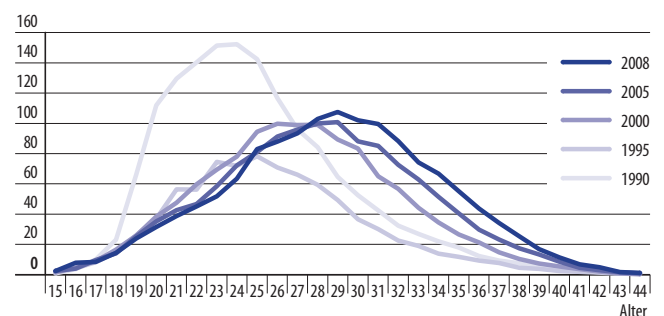


Abb. 15 Lebenserwartung im Land Brandenburg von 1992/94 bis 2006/08 (Dreijahresdurchschnitt)

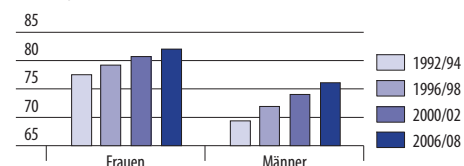
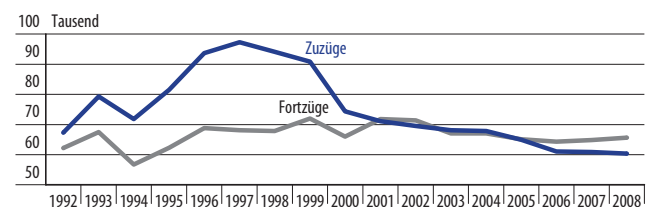


Abb. 16 Zu- und Fortzüge über die Grenze des Landes Brandenburg 1992 bis 2008



Saldo aus Zu- und Fortzügen über die Grenzen des Landes Brandenburg 1992 bis 2008

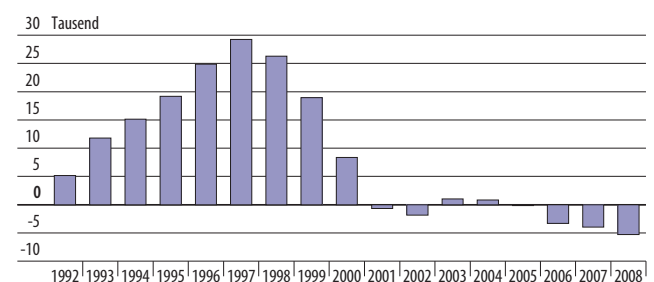
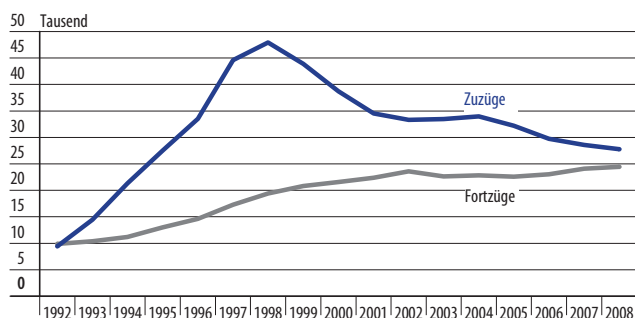
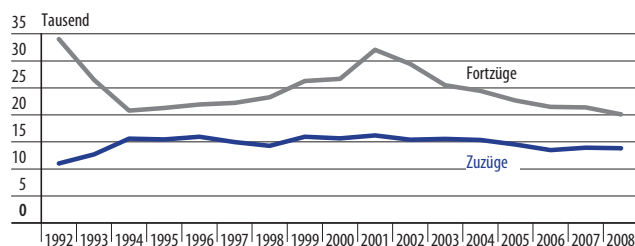


Abb. 17 Wanderungen über die Grenze des Landes Brandenburg von 1992 bis 2008 nach Herkunfts- und Zielgebieten

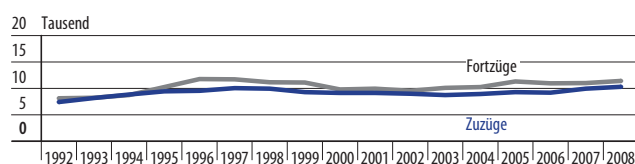
17.1 Berlin



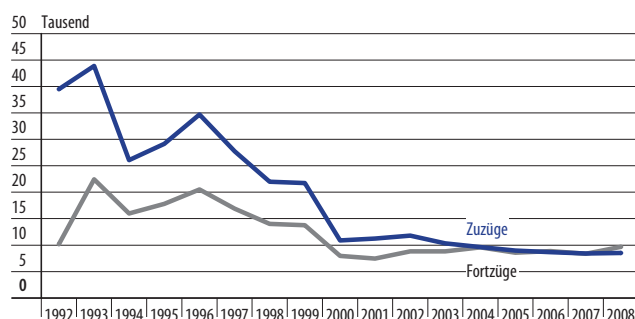
17.2 Alte Bundesländer



17.3 Neue Bundesländer



17.4 Ausland

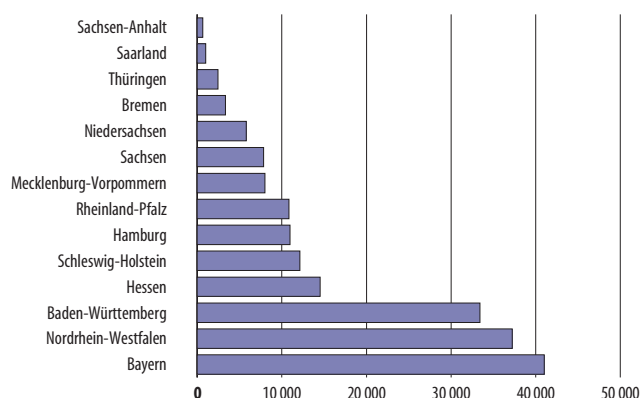


Zwar hat das Land Brandenburg im Verlauf der Jahre 1992 bis 2008 in der Summe rund 145 600 Einwohner durch Zuwanderung gewonnen, dieser Gewinn reichte aber nicht aus, um den in der gleichen Zeit durch Sterbeüberschüsse entstandenen Bevölkerungsverlust von 176 700 Personen auszugleichen.

Unter den Herkunfts- und Zielregionen (15 andere Bundesländer, gesamtes Ausland) hatte der Austausch mit Berlin freilich den Haupteinfluss auf das Wanderungsgeschehen des Landes Brandenburg. Seit Ende der neunziger Jahre ist von den Zuwanderern rund gerechnet jeder Zweite ein ehemaliger Berliner Bürger. Von den abwandernden Brandenburgern zieht seit 2000 jeder Dritte nach Berlin, vorher waren es zwischen 15 % und 29 %. Im Zeitverlauf verstärkte sich der Zustrom aus Berlin bis 1999 beständig. 1992 waren es 9 400 Zuzüge, im Jahr 1998 mit 47 900 über fünf Mal so viele (Abbildung 17.1). Seither geht die Zahl der Berliner Zuwanderer stetig zurück; im Jahr 2008 waren es noch knapp 27 800 Personen. Die Zahl derjenigen, die das Land Brandenburg in Richtung Berlin verlassen, ist über den gesamten Zeitraum beständig gestiegen. Im ersten Betrachtungsjahr waren es noch unter 10 000 Personen, 2008 waren es mit nahezu 24 500 Personen ungefähr zweieinhalb Mal so viele. Da die Zuzüge die Fortzüge immer zahlenmäßig überstiegen, kann gegenüber Berlin eine positive Bilanz gezogen werden: Das Land Brandenburg hat über den Zeitraum hinweg 211 300 Einwohner aus der Bundeshauptstadt hinzugewonnen. Dabei kommt dieses Ergebnis ausschließlich durch die Zuwanderung in das Umland Berlins zustande, der Bevölkerungsgewinn aus Berlin betrug hier sogar 236 300 Personen. Die äußeren Regionen des Landes verloren zusammen genommen über 25 000 Einwohner an Berlin.

Beim Wanderungsgeschehen zwischen dem Land Brandenburg und den alten Bundesländern überwogen die Fortzüge durchweg die Zuzüge. Am höchsten war der daraus resultierende Wanderungsverlust, vom Anfangsjahr 1992 einmal abgesehen, in den Jahren 1999 bis 2002 mit Einbußen zwischen 10 000 und 16 000 Einwohnern pro Jahr. Seit 2001 gehen die Verluste zurück, im Jahr 2008 betrug das Minus 6 300 Personen. In der Summe hat das Land 170 000 Einwohner an die alten Bundesländer verloren. Am stärksten war

Abb. 18 Summe der Wanderungsverluste der Bevölkerung des Landes Brandenburg gegenüber den übrigen Bundesländern 1992 bis 2008

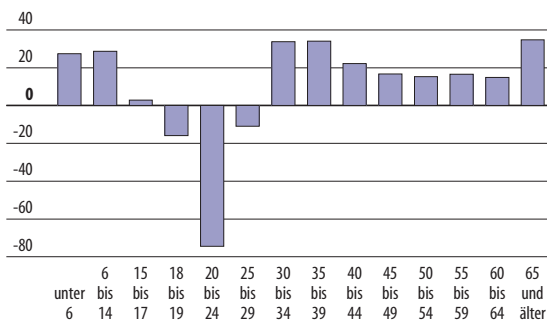


Wanderungsaldo der Bevölkerung des Landes Brandenburg von 1992 bis 2008 nach Regionen in 1 000 Personen

	Ins-gesamt	Berlin	Alte Bundes-länder	Neue Bundes-länder ¹	Ausland
1992 ...	5,1	- 0,4	- 23,0	- 0,7	29,3
1993 ...	11,8	4,1	- 13,7	- 0,0	21,5
1994 ...	15,1	10,1	- 5,2	0,1	10,1
1995 ...	19,2	14,5	- 5,8	- 0,8	11,3
1996 ...	24,9	18,9	- 6,0	- 2,2	14,2
1997 ...	29,2	27,4	- 7,3	- 1,7	10,8
1998 ...	26,3	28,5	- 9,0	- 1,2	8,0
1999 ...	18,9	23,1	- 10,3	- 1,8	8,0
2000 ...	8,4	17,1	- 11,0	- 0,7	2,9
2001 ...	- 0,7	12,2	- 15,8	- 0,8	3,8
2002 ...	- 1,9	9,7	- 14,0	- 0,6	3,0
2003 ...	1,0	10,8	- 10,0	- 1,4	1,5
2004 ...	0,8	11,1	- 9,1	- 1,3	0,1
2005 ...	- 0,1	9,7	- 8,2	- 2,0	0,4
2006 ...	- 3,3	6,7	- 8,0	- 1,8	- 0,2
2007 ...	- 4,0	4,5	- 7,5	- 1,1	0,1
2008 ...	- 5,3	3,3	- 6,3	- 1,1	- 1,2

¹ ohne Berliner Umland

Abb. 19 **Wanderungssaldo der Bevölkerung des Landes Brandenburg der Jahre 1992 bis 2008 nach Altersgruppen**



die Abwanderung in die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (Abbildung 18).

Auch gegenüber den anderen neuen Bundesländern war die Wanderungsbilanz negativ. Jedes Jahr wanderten mehr Menschen in das übrige Beitrittsgebiet ab als von dort hierher zogen. Per saldo wurde ein Minus von knapp 19 000 Personen ermittelt. Am größten waren die Abwanderungen nach Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland spielten nur in den ersten Jahren eine größere Rolle. Die höchsten Wanderungsgewinne wurden 1992 und 1993 mit 29 300 Personen und 21 500 Personen erzielt. An der Spitze lagen Zuwanderer aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion Kasachstan und Russische Föderation sowie Rumänien, Polen und Bulgarien. Im Zeitverlauf ist die Entwicklung rückläufig. Seit 2004 halten sich Zu- und Fortzüge in etwa die Waage. Über die gesamte Zeitspanne hinweg betrachtet, gewann das Land aber doch 123 400 Einwohner aus dem Ausland hinzu.

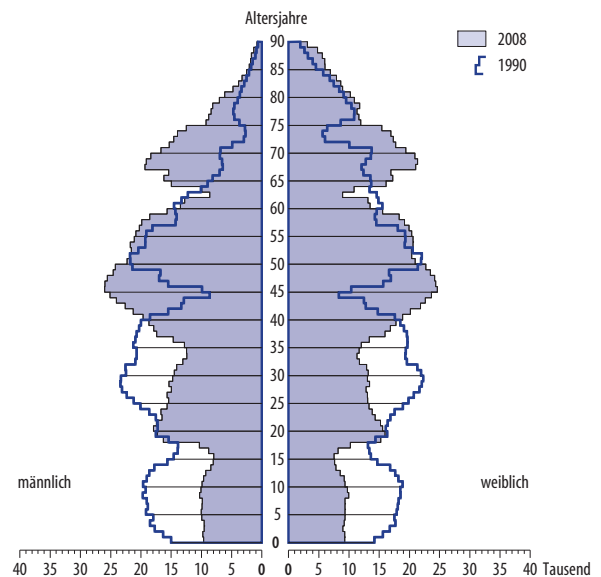
Dem Alter nach gab es im gesamten Zeitraum einen Zuwachs an Einwohnern bei der unter 18-jährigen Bevölkerung, 58 900 Zuwanderer der oben erwähnten insgesamt 145 600 hinzugewonnenen Einwohner waren im Jahr ihres Zuzugs unter 18 Jahre alt. 188 100 Personen gewann das Land hinzu, die im Alter von 30 und mehr Jahren herkamen. Andererseits gingen dem Land 101 500 junge Einwohner im Alter zwischen 18 und 30 Jahren verloren (Abbildung 19).

Tab. 2 **Bevölkerung des Landes Brandenburg 1990, 2000 und 2008 nach Altersgruppen**

Alter in Jahren	1990	2000	2008
in 1000			
unter 20.....	677,0	542,0	398,0
20 bis 59.....	1 467,0	1 457,4	1 447,8
60 und älter.....	445,3	602,5	676,7
Insgesamt	2 589,4	2 602,0	2 522,5
in %			
unter 20.....	26,1	20,8	15,8
20 bis 59.....	56,7	56,0	57,4
60 und älter.....	17,2	23,2	26,8
Insgesamt	100	100	100
Altersquotient ¹	30,4	41,3	46,7
Jugendquotient ²	46,2	37,2	27,5

¹ Altersquotient: Anteil älterer Personen (über 60 Jahre) an den Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre)
² Jugendquotient: Anteil jüngerer Personen (unter 20 Jahre) an den Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre)

Abb. 20 **Bevölkerung im Land Brandenburg 1990 und 2008 nach Altersjahren und Geschlecht**



Altersstruktur

Das Durchschnittsalter stieg von 37,1 Jahre im Jahr 1990 stetig auf 44,9 Jahre im Jahr 2008. Durch die sinkende Anzahl der Geburten, die große Zahl an Fortzügen junger Menschen sowie einer steigenden Lebenserwartung kommt es zu einer Verschiebung in der Altersstruktur der Bevölkerung. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung des Landes Brandenburg liegt im Jahr 2008 um 1,7 Jahre über dem Bundesdurchschnitt (43,2 Jahre), ist jedoch unter den neuen Bundesländern hinter Mecklenburg-Vorpommern (44,7 Jahre) noch das „Zweitjüngste“. Zum Vergleich: Das „jüngste“ Bundesland 2008 war Baden-Württemberg (42,2 Jahre).

Generell kann gesagt werden: Der Anteil junger Menschen (unter 20 Jahre) an der Gesamtbevölkerung sinkt, während der Anteil der Personen ab dem Alter von 60 Jahren, dem gegenwärtigen durchschnittlichen Rentenzugangsalter, steigt (Abbildung 21). Wie die folgende Aufstellung zeigt, sinkt der Anteil der unter 20-Jährigen von 26,1 % auf 15,8 %. Der Anteil, der über 60-Jährigen steigt von 17,2 % auf 26,8 %. Somit ist 2008 mehr als jeder vierte Brandenburger Bürger 60 Jahre und älter (Tabelle 2).

Als weiterer Indikator der Alterung einer Bevölkerung lässt sich auch der „Altenquotient“ heranziehen (Abbildung 22). Dieser Quotient gibt das Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter (60 Jahre oder älter) als Gruppe potenzieller Empfänger von Leistungen von Alterssicherungssystemen zur Bevöl-

Abb. 21 **Bevölkerung im Land Brandenburg 1990 und 2008 nach Altersgruppen**

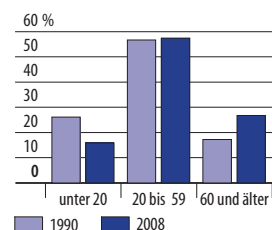
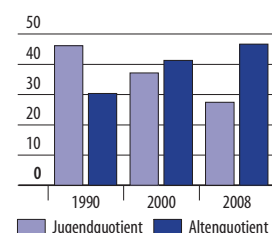


Abb. 22 **Jugend- und Altenquotient der Bevölkerung im Land Brandenburg 1990, 2000 und 2008**



kerung im durchschnittlichen Erwerbsalter (20 bis 59 Jahre) wieder. Im Jahr 1990 lag der Altenquotient bei knapp 30,4, das heißt, 100 Menschen im Erwerbsalter standen etwas mehr als 30 Personen im Rentenalter gegenüber. Im Jahr 2000 betrug dieser Quotient knapp 41,3 und 2008 über 46,7. Zum Vergleich dazu betrug 2008 der Altenquotient im Bundesdurchschnitt 46,1. Nach gleichem Schema lässt sich auch ein Jugendquotient berechnen. Er gibt das Verhältnis der Bevölkerung im Alter, in dem sich Menschen im Allgemeinen noch nicht selbst versorgen (20 Jahre oder jünger), zu der Anzahl Menschen im Erwerbsalter an. Der Wert des Jugendquotienten lag im Jahr 1990 bei 46,2 und ist bis zum Jahr 2008 auf 27,5 gesunken (Bundesdurchschnitt 2008: 34,4).

Ausländer

Die Zahl der im Land Brandenburg lebenden Ausländer ist von rund 18 400 Personen im Jahr 1991 auf 64 800 Personen im Jahr 2008 gestiegen und nahm damit auf das Dreieinhalbfache zu. Ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung stieg von 0,7 % auf 2,6 %. Unter den neuen Bundesländern hat das Land Brandenburg hinter Sachsen (2,7 %) im Jahr 2008 den zweithöchsten Ausländeranteil. Im Bundesdurchschnitt betrug der entsprechende Wert 8,8 %.

Zur Differenzierung der im Land Brandenburg lebenden Ausländer nach ihrer Staatsangehörigkeit kann nicht die amtliche Bevölkerungsstatistik herangezogen werden, da hier nur nach Deutschen und Ausländern unterschieden wird. Als Datenquelle dient eine Auswertung aus dem Ausländerzentralregister, das unter anderem den Nachweis von Einwohnern nach der Staatsangehörigkeit ermöglicht. Die größte Gruppe bilden im Jahr 2008 rund 6 700 aus Polen stammende Bürgerinnen und Bürger. Es folgen 4 100 Vietnamesinnen und Vietnamesen. Mit jeweils knapp 4 000 Personen folgten Menschen aus der Russischen Föderation und der Ukraine. In der Übersicht sind die im Ausländerzentralregister geführten Ausländer im Land Brandenburg am 31. Dezember 2008 nach den 30 häufigsten Staatsangehörigkeiten (Gebieten) ausgewiesen.

Staatsangehörigkeit der im Land Brandenburg lebenden Ausländer am 31. Dezember 2008

Staatsangehörigkeit	Anzahl
Polen.....	6 655
Vietnam.....	4 119
Russische Föderation.....	3 984
Ukraine.....	3 958
Türkei.....	2 266
China.....	996
Kasachstan.....	968
Ungarn.....	917
Österreich.....	891
Vereinigtes Königreich.....	863
Niederlande.....	769
Italien.....	766
Vereinigte Staaten.....	689
Bulgarien.....	678
Griechenland.....	662
Indien.....	651
Frankreich.....	646
Weißrussland.....	643
Bosnien u. Herzegowina.....	611
Rumänien.....	603
Kamerun.....	589
Thailand.....	494
Afghanistan.....	410
Schweiz.....	381
Tschechien.....	368
Moldau.....	333
Mazedonien.....	314
Iran.....	298
Kroatien.....	293
Libanon.....	292

Metropolregion

Entwicklung im Überblick

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl lief in Berlin und im Land Brandenburg praktisch spiegelbildlich ab. Während das eine Bundesland einen Einwohnerzuwachs hatte, verzeichnete das andere einen Rückgang und umgekehrt (Abbildung 23). Addiert man die jährlichen Bevölkerungszahlen beider Länder (sog. Metropolregion), dann nimmt die Entwicklung einen recht ruhigen Verlauf (Abbildung 24).

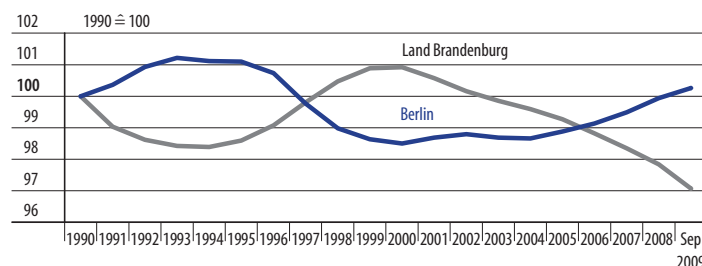
Ende Oktober des Jahres 2009 wurde für die gesamte Region eine amtliche Bevölkerungszahl von rund 5 956 000 Einwohnern ermittelt. Diese Zahl von knapp 6 Mill. Einwohnern entspricht in etwa der Bevölkerungszahl von Hessen (6,1 Mill.). In der Metropolregion leben 57,8 % der Bevölkerung in Berlin und

42,2 % im Land Brandenburg. Dieses Verhältnis hatte in etwa – mit nur leichten Abweichungen – auch in den vorausgegangenen Jahren bis 1990 zurück bestanden.

Während der ersten Hälfte der neunziger Jahre war die Bevölkerungszahl der gesamten Region annähernd konstant geblieben. Sie schwankte von 1990 bis 1996 um die 6 Mill. Einwohner. Ihren Höchstwert hatte sie im Jahr 1995 mit 6 013 000 Personen. In den Folgejahren nahm die Bevölkerungszahl kontinuierlich bis 2006 ab und lag am Ende jenes Jahres 1,2 % unter dem Stand von 1990. In den letzten Jahren konnte der in Berlin registrierte Bevölkerungszuwachs die deutlichen Abwärtsbewegungen im Land Brandenburg jedoch mehr als ausgleichen.

Eine Verflechtung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg zeigt sich in der Bevölkerungsstatistik u.a. darin, dass im Jahr 2008 knapp 3 400 Mütter mit Wohnsitz in Brandenburg ihr Kind in einer Berliner Einrichtung zur Welt gebracht haben. Das war fast jede sechste der insgesamt 18 800 Geburten von Brandenburger Müttern. Die Zahl hatte sich im

Abb. 23 Bevölkerungsentwicklung in Berlin und im Land Brandenburg



Zeitverlauf kräftig erhöht; im Jahr 1991 war das nur bei 580 Geburten der Fall (Abbildung 25). Die Wohn-gemeinden der meisten Mütter lagen im Umland Berlins.

Eine weitere Verbindung verdeutlichen die mehr als 876 000 Umsiedlungen, die es im Zeitraum 1991 bis 2008 von Berlin ins Land Brandenburg und umgekehrt gegeben hat. Dieses Volumen, das sich aus der Addition von Zu- und Fortzügen ergibt, ist von 17 600 Bewegungen im Jahr 1991 bis auf über 67 300 Bewegungen im Jahr 1998 angestiegen. Seitdem hat sich das Volumen stetig vermindert und betrug im Jahr 2008 knapp 52 200 Bewegungen (Abbildung 26).

Die Einwohnergewinne des Landes Brandenburg durch Zuzüge von Berlinern haben dazu geführt, dass Brandenburg unter den fünf neuen Bundesländern mit einem Minus von 2,2 % die geringste Bevölkerungsabnahme gegenüber 1990 hinnehmen musste. Die Einbuße war sogar geringer als die der zum früheren Bundesgebiet gehörenden Länder Bremen (-2,9 %) und Saarland (-4,0 %). Den höchsten Verlust hatte mit -17,1 % Sachsen-Anhalt zu verzeichnen (Abbildung 27). Berlin profitierte in den letzten Jahren von Zuzügen aus dem übrigen Bundesgebiet, die die Abwanderungen ins benachbarte Land Brandenburg kompensierten. Der Bevölkerungsrückgang war hier mit -0,1 % der geringste von allen Ländern, die Verluste aufzuweisen hatten.

Autor: Jürgen Paffhausen

Abb. 24 Bevölkerung in der Metropolregion Berlin-Brandenburg von 1990 bis Oktober 2009

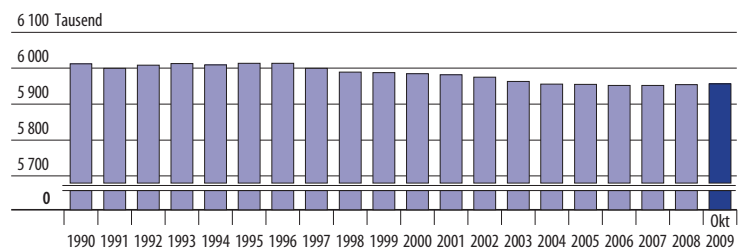


Abb. 25 In Berlin beurkundete Geburten von Müttern mit Wohnsitz im Land Brandenburg von 1991 bis 2008

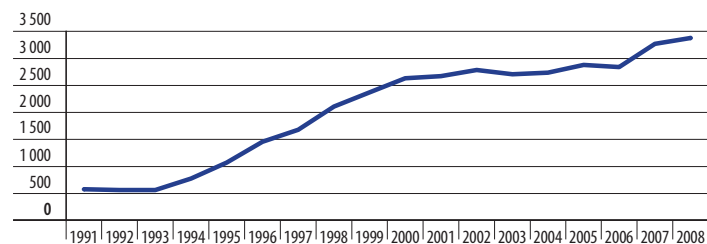


Abb. 26 Volumen der Wanderungsbewegungen zwischen Berlin und dem Land Brandenburg (Zu- und Fortzüge zusammen) von 1991 bis 2008

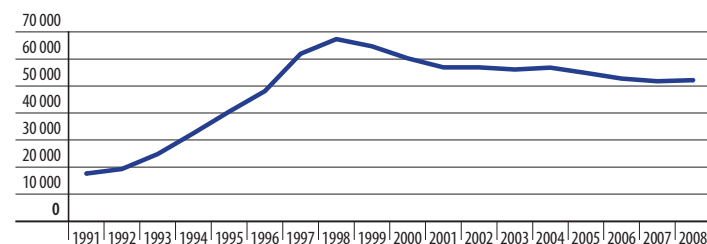
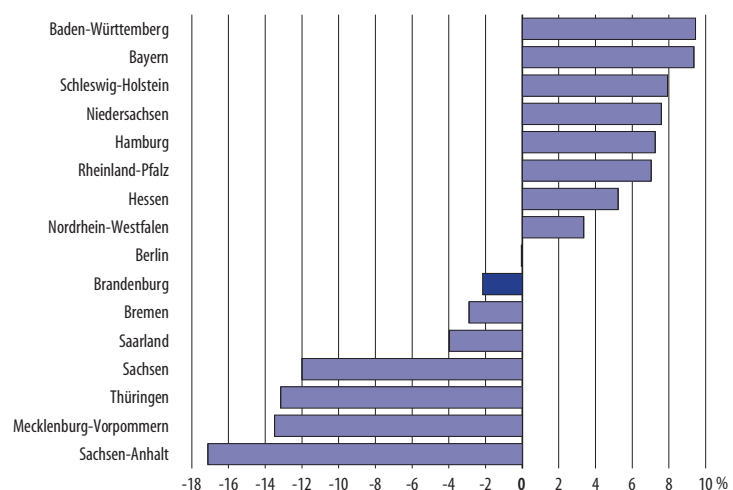


Abb. 27 Veränderung der Bevölkerungszahl 2008 gegenüber 1990 nach Bundesländern



1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Umwelt und Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Pfleglicher Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ist geboten

Vorbemerkungen

Im Rahmen der amtlichen Statistik bieten die Umweltstatistiken vielfältige Informationen darüber, wie der Mensch durch seine produktiven als auch konsumtiven Aktivitäten auf die Natur wirkt, wie er sie in Anspruch nimmt, belastet und infolge dessen auch in gewissem Maße zerstört. Gleichzeitig werden Umweltschutzmaßnahmen aufgezeigt, um diesem Trend entgegenzusteuern. Die Merkmale der umweltbezogenen Erhebungen treffen punktuelle Aussagen zu bestimmten Wirtschaftsbereichen bzw. Sachverhalten.

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen betrachten den Naturkreislauf in seiner Gesamtheit. Sie nutzen u. a. die Ergebnisse der Umweltstatistiken, bieten Aussagen zu ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten und dienen der Beantwortung politischer Fragestellungen und der Formulierung politischer Ziele.

Um eine Landespolitik der nachhaltigen Entwicklung, deren Dringlichkeit unbestritten ist, umsetzen zu können, ist es wichtig, über fundiertes regionales Datenmaterial zu verfügen.

Die nachfolgenden Ausführungen greifen Informationen aus beiden o. g. Themen auf und werden an einigen beispielhaft ausgewählten Ergebnissen für die Länder **Berlin und Brandenburg** dargestellt.

Bei der Interpretation der Zeitreihen ist zu beachten, dass es im Verlauf der letzten 20 Jahre Veränderungen in den gesetzlichen Grundlagen, in der Methodik und bei den Berichtskreisen gegeben hat. Damit ist eine unmittelbare Vergleichbarkeit nicht gegeben.

Abfallaufkommen und -entsorgung

In **Berlin** betrug im Jahr 2008 das Aufkommen an behandelten Abfällen in den Entsorgungsanlagen 2 125,1 Tsd. Tonnen, das sind 96,7 Tsd. Tonnen mehr als

im Vorjahr. Mit dem Jahr 2005 kam der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Rückgang des Abfallaufkommens zum Stillstand, seit diesem Jahr war wieder erstmals eine Zunahme der angefallenen Abfallmenge zu verzeichnen (Abbildung 1).

Den größten Anteil mit rund 40 % bis 50 %

am Abfallaufkommen im Zeitraum von 1996 bis 2008 haben in Berlin die Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen) einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen. Die Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten) folgen im betrachteten Zeitraum mit rund 30 % bis 60 %. Dabei ist zu beobachten, dass seit dem Jahr 2002 ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen ist.

Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Entsorgung der für Mensch und Tier gefährlich eingestuften Abfälle zu richten. Die Abgrenzung der als gefährlich eingestuften Abfälle unterlag in den vergangenen Jahren mehreren Veränderungen. Zuletzt wurde die Liste der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle im Jahr 2002 mit der Einführung des Europäischen Abfallverzeichnisses (EAV) neu gefasst. Das brachte gegenüber den bisherigen Klassifizierungen eine deutliche Erweiterung der als gefährlich deklarierten Abfallarten mit sich.

Von Primärerzeugern wurden in Berlin im Jahr 2008 ca. 554,4 Tsd. Tonnen gefährliche Abfälle abgegeben. Damit lag das Aufkommen mit rund 24 Tsd. Tonnen unter der Vorjahresmenge. Nachdem in den Jahren 2003 und 2004 gegenüber 2002 ein Rückgang zu verzeichnen war, erreichte das Aufkommen im Jahr 2005 einen neuen Höchststand von 588,5 Tsd. Tonnen. Der aktuelle Rückgang von ca. 4 % gegenüber 2007 ist vorrangig auf die Abnahme der gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle zurückzuführen.

Im Jahr 2008 wurden im Land **Brandenburg** 8 927,1 Tsd. Tonnen Abfälle entsorgt, das sind 603,7 Tsd. Tonnen weniger als im Vorjahr. Mit dem Jahr 2007 wurde der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Rückgang des Abfallaufkommens unterbrochen. In diesem Jahr war wieder eine Zunahme der angefallenen Abfallmenge zu verzeichnen (Abbildung 2).

Den größten Anteil am Abfallaufkommen haben in Brandenburg die Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten). Zwischen den Jahren 1996 und 2008 lag der Anteil bei rund 25 % bis 40 %. Die Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnli-

Abb. 1 In Entsorgungsanlagen beseitigte/behandelte Abfallmenge in Berlin

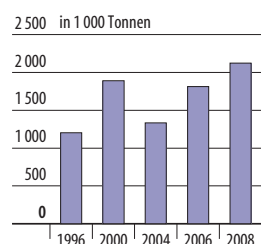
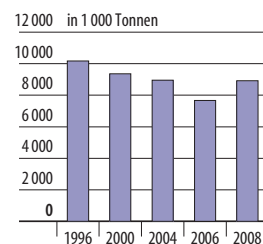


Abb. 2 In Entsorgungsanlagen beseitigte/behandelte Abfallmenge in Brandenburg



che gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen) einschließlich getrennt gesamelter Fraktionen, folgen im betrachteten Zeitraum mit rund 20 % bis 35 %. Dabei ist zu beobachten, dass seit dem Jahr 2002 ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen ist.

In Brandenburg wurden von Primärerzeugern im Jahr 2008 ca. 592,4 Tsd. Tonnen gefährliche Abfälle abgegeben. Nachdem in den Jahren 2003 und 2004 ein Anstieg der Menge an gefährlichen Abfällen zu verzeichnen war, stellte sich ab dem Jahr 2005 wieder eine rückläufige Entwicklung ein. 2008 lag das Aufkommen jedoch mit rund 70 Tsd. Tonnen über der Vorjahresmenge. Der aktuelle Anstieg von annähernd 13 % gegenüber 2007 ist vorrangig auf die Zunahme der gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle zurückzuführen.

In den letzten Jahren gab es bei der Nutzung der verschiedenen Entsorgungsanlagen erhebliche Verschiebungen.

So werden in **Berlin** seit 2006 keine Abfälle mehr auf Deponien abgelagert. In den Sortieranlagen ist ein stetiger Anstieg der Abfallmenge zu beobachten. Im Jahr 1996 lag der Wert bei ca. 246,2 Tsd. Tonnen, 2008 wurde dagegen eine Menge von 647,0 Tsd. Tonnen ausgewiesen (Abbildung 3).

In **Brandenburg** wurden immer weniger Abfälle auf Deponien abgelagert (1996: 7 422,5 Tsd. Tonnen; 2008: 1 616,6 Tsd. Tonnen). Erheblich zugenommen haben dagegen Sortierung und Verfeuerung. Im Jahr 1996 lagen hier die Werte bei ca. 781,5 Tsd. Tonnen bzw. 8,4 Tsd. Tonnen, 2008 wurde dagegen eine Menge von 1 341,9 Tsd. Tonnen bzw. 2 431,0 Tsd. Tonnen ausgewiesen (Abbildung 4).

Wassergewinnung

Wasser stellt eine der am vielseitigsten einsetzbaren Ressourcen dar. In Privathaushalten wie auch in der Wirtschaft dient es den unterschiedlichsten Zwecken, z. B. als Lebensmittel, zur Herstellung von Speisen, zur Reinigung, als Transportmittel und Wärmeregulator, um nur einige zu nennen.

Im Jahr 1991 wurden durch **Berliner** öffentliche Wasserversorgungsunternehmen, Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden, des Verarbeitenden Gewerbes und Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung rund 1 555 Mill. m³ Wasser der Natur entnommen. In den nachfolgenden Jahren war die Inanspruchnahme der Wasserressource stetig rückläufig. 2007 lag dann der Wert bei 566 Mill. m³. Das entspricht einem Rückgang um 64 % im Zeitraum 1991 bis 2007.

Den größten Einfluss auf die Wasserentnahmemengen hatten in Berlin die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung. Hier lag im Jahr 2007 das Niveau nur noch bei rund 30 % des Jahres 1991, erreicht durch umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen bei den Wärmekraftwerken, die den Wasserverbrauch erheblich reduzieren.

Durch die **Brandenburger** öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen, Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden, des Verarbeitenden Gewerbes und Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung wurden im Jahr 1991 ca. 1 252 Mill. m³ Wasser der Natur entnommen. In den nachfolgenden

Abb. 3 In Entsorgungsanlagen beseitigte/behandelte Abfälle nach Art der Anlage in Berlin

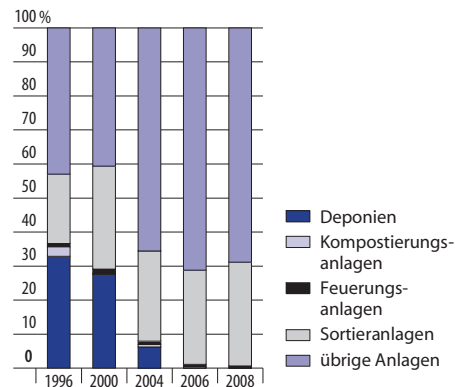
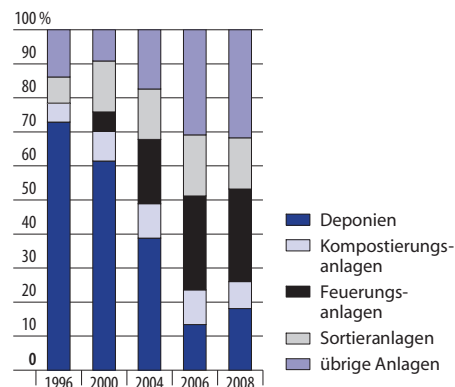


Abb. 4 In Entsorgungsanlagen beseitigte/behandelte Abfälle nach Art der Anlage in Brandenburg



Jahren war auch hier die Inanspruchnahme der Wasserressource stetig rückläufig, so dass 2007 der Wert bei rund 670 Mill. m³ lag. Damit wurde die Wasserentnahme von 1991 bis 2007 etwa halbiert.

Anders als in Berlin wurde die Wasserentnahmemenge in Brandenburg durch die Betriebe des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden maßgeblich beeinflusst. Hier sind bedeutende Mengen an Wasser im Rahmen der Grundwasserabsenkung aus dem Boden gepumpt und in ein Oberflächengewässer abgeleitet worden. Mit dem Rückgang des Bergbaus im Land Brandenburg geht gleichzeitig ein Rückgang der Wasserentnahme einher.

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Im Jahr 2007 wurden in **Berlin** rund 202 Mill. m³ Grund-, Quell- und Oberflächenwasser für die öffentliche Wasserversorgung (öffentliches Wasserversorgungsunternehmen) gewonnen. Gegenüber dem Jahr 1991 ist das ein Rückgang um 29 %.

Der überwiegende Teil des gewonnenen Trinkwassers wurde an private Haushalte einschließlich Kleingewerbe abgegeben; 2007 waren das 138 Mill. m³ bzw. 68 %. Damit ergibt sich ein durchschnittlicher Wasserverbrauch von 112 Liter je Einwohner und Tag. Die sich seit den 90er Jahren abzeichnende rückläufige Tendenz beim Wasserverbrauch setzte sich somit weiter fort. Insgesamt ist der Wasserverbrauch je Ein-

Tab. 1 **Wasseraufkommen und Wasserabgabe der öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen 1991 bis 2007 in Berlin und Brandenburg**

Jahr	Eigen- gewinn- ung	Darunter		Fremd- bezug	Wasser- abgabe an Letzt- verbraucher	Darunter		
		Ober- flächen- wasser	Grund-/ Quell- wasser			Haushalte und Kleingewerbe		
						Menge	je Ein- wohner	Versor- gungsgrad
	1 000 m³						l/Tag	%
Berlin								
1991 ...	285 800	48 900	74 600	15 925	275 203	172 606	137,2	99,9
1995 ...	239 167	–	239 167	13 996	233 037	161 455	127,4	99,9
1998 ...	229 026	–	229 026	272	214 500	156 900	126,9	99,7
2001 ...	220 103	–	220 103	47	203 242	153 505	124,4	99,7
2004 ...	214 556	–	214 556	65	201 677	157 000	123,6	99,8
2007 ...	202 269	–	59 357	81	189 350	138 400	111,6	99,8
Brandenburg								
1991 ...	227 314	–	205 159	17 395	188 239	118 319	143,4	88,9
1995 ...	141 928	684	123 850	7 588	118 656	98 303	114	92,9
1998 ...	131 572	–	119 589	9 267	111 460	96 431	105,2	96,9
2001 ...	126 306	–	114 821	9 381	109 603	94 121	101,6	97,8
2004 ...	126 030	19	118 119	8 959	108 604	92 286	100	98,4
2007 ...	125 421	–	117 949	8 702	108 666	90 055	98,4	98,6

wohner und Tag von 1991 bis 2007 in Berlin um 26 Liter bzw. 19 % zurückgegangen.

An die öffentliche Wasserversorgung waren im Jahr 2007 in Berlin 99,8 % der Einwohner angeschlossen. Gegenüber dem Jahr 1991 hat sich der Anschlussgrad nicht nennenswert verändert.

Die öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen in Berlin behandelten im Jahr 2007 ca. 82 Mill. m³ Abwasser. Damit reduzierte sich die Menge gegenüber 1991 um rund 50 %. In den Kläranlagen erfolgte die Behandlung des Abwassers zu 100 % durch biologische Reinigungsverfahren.

Der Anschlussgrad an öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen lag 2007 bei 99 %, 1991 betrug er 97 %. Die Länge des Kanalnetzes entwickelte sich von 8 460 km im Jahr 1991 auf 10 571 km im Jahr 2007. Dieser Zuwachs wurde hauptsächlich durch den Neubau von Trennkanalisationen (Schmutz- und Regenwasserkanäle) realisiert.

Im Land **Brandenburg** wurden im Jahr 2007 durch die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen ca. 125 Mill. m³ über Grund-, Quell- und Oberflächenwasser für die öffentliche Wasserversorgung gewonnen. Das entspricht einem Rückgang gegenüber 1991 von 45 %.

Nach wie vor wurde der überwiegende Teil des gewonnenen Trinkwassers an private Haushalte einschließlich Kleingewerbe abgegeben; für das Jahr 2007 waren das 90 Mill. m³ bzw. 72 %. Damit ergibt sich für die Brandenburger ein durchschnittlicher Wasserverbrauch von 98 Liter je Einwohner und Tag. Die rückläufige Tendenz beim Wasserverbrauch setzte sich damit fort. Insgesamt ist der Wasserverbrauch je Einwohner und Tag von 1991 bis 2007 in Brandenburg um 45 Liter bzw. 31 % gesunken.

In Brandenburg waren 2007 an die öffentliche Wasserversorgung 98,6 % der Einwohner angeschlossen. Gegenüber dem Jahr 1991 konnte ein Anstieg des Versorgungsgrades um rund 10 % nachgewiesen werden.

Die öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen in Brandenburg behandelten im Jahr 2007 rund 241 Mill. m³ Abwasser. Damit erhöhte sich die Menge gegenüber 1991 um rund 4 %. Die Aufbereitung des Abwassers durch biologische Reinigungsverfahren in den Kläranlagen nahm von Jahr zu Jahr zu und lag 2007 bei knapp 100 % (1991 bei rund 81 %).

Der Anschlussgrad an öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen betrug 2007 ca. 83 %, 1991 waren nur 54 % der Bevölkerung angeschlossen. Das Leitungsnetz der Abwasserkanalisation erstreckte sich im Jahr 2007 über eine Länge von 18 986 km. Damit wurde das Netz gegenüber 1991 (Länge 5 427 km) mehr als verdreifacht. Dieser Anstieg entstand hauptsächlich durch den Neubau von 11 481 km Schmutzwasserkanäle und 2 498 km Regenwasserkanäle.

Treibhausgasemissionen

Der wichtigste Schritt für einen wirksamen Klimaschutz ist die deutliche Senkung der Treibhausgasemissionen. Zu den Klimagasen mit der höchsten Klimawirksamkeit gehören Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Distickstoffoxid (N₂O). Treibhausgasemissionen entstehen vorwiegend bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas.

Treibhausgase insgesamt werden in CO₂-Äquivalenten angegeben, das heißt, die Klimawirksamkeit der einzelnen Gase ist auf die Wirkung der entsprechenden Menge an CO₂ umgerechnet (GWP - Global Warming Potential).

Der Ausstoß an Treibhausgasen in **Berlin** lag 2006 mit rund 20 Mill. Tonnen CO₂-Äquivalenten um knapp 19 % niedriger als 1995. Die Treibhausgasemissionen bestehen dabei zu rund 98 % aus Kohlendioxid, jeweils ca. 1 % entfallen auf Methan und Distickstoffoxid. Die CO₂-Emissionen entstehen je zu einem Drittel aus Energiegewinnung, Verkehr und Haushalte.

In Berlin wird mit jährlich rund 7 Tonnen CO₂-Äquivalenten je Einwohner 1995 bzw. 6 Tonnen je Einwohner 2006 einer der niedrigsten Werte unter allen Bundesländern erzielt. Diese günstige Treibhausgasbilanz wird wesentlich durch die Wirtschaftsstruktur beeinflusst. Da der größte Anteil der CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung entsteht, weisen Stromimportländer, zu denen auch Berlin gehört, niedrigere Werte aus als Strom exportierende Länder.

In **Brandenburg** lag der Ausstoß an Treibhausgasen im Jahr 2006 mit rund 66 Mill. Tonnen CO₂-Äquivalenten um ca. 9 % über dem Wert von 1995. Die Treibhausgasemissionen bestehen dabei zu rund 88 % aus Kohlendioxid, jeweils ca. 5 % entfallen auf Methan und Distickstoffoxid. Die CO₂-Emissionen entstehen zu drei Viertel aus Energiegewinnung und zu je 10 % aus Verkehr und Haushalte.

In Brandenburg wird mit jährlich rund 24 Tonnen CO₂-Äquivalenten je Einwohner 1995 bzw. 26 Tonnen

je Einwohner 2006 der höchste Wert unter allen Bundesländern ausgewiesen. Das „Stromland“ Brandenburg bestimmt hier ganz wesentlich diese Treibhausbilanz, ca. die Hälfte des hergestellten Stromes wird exportiert.

Ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe

Ozonschichtschädigende als auch klimawirksame Stoffe fördern bei Freisetzung in die Atmosphäre den Ozonabbau bzw. den Treibhauseffekt.

Zu den ozonschichtschädigenden Stoffen zählen u. a. voll- oder teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW, H-FCKW), Halone sowie teilhalogenierte Fluorbromkohlenwasserstoffe. Diese wurden jedoch nur bis zum Berichtsjahr 2004 erhoben.

Die statistische Erhebung der klimawirksamen Stoffe erfasst ausschließlich Fluoroderivate der aliphatischen und cyclischen Kohlenwasserstoffe (FKW, H-FKW). Diese sind überwiegend Ersatzstoffe für Substanzen wie FCKW und Halone.

Im Jahr 2008 sind von den berichtspflichtigen Unternehmen in **Berlin** 81 Tonnen klimawirksame Stoffe verwendet worden. Diese wurden zu 100 % als Kältemittel für Kühl-, Gefrier- und Klimaanlage eingesetzt. Die Verwendung nach wirtschaftlichen Einsatzbereichen ist sehr unterschiedlich und spiegelt damit die Wirtschaftsstruktur des jeweiligen Landes wider. So entfallen 15,7 % auf Reparaturen und Installation von Maschinen und Ausrüstungen sowie 31,0 % auf Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation und 36,0 % auf Landverkehr und Transport.

Wenn auch ein direkter Vergleich der Ergebnisse ab dem Jahr 2006 mit den Vorjahren aufgrund der Veränderung der gesetzlichen Berichtspflicht nicht möglich ist, so kann doch gesagt werden, dass bei der Verwendung ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe seit 1997 ein Rückgang erzielt wurde. Im Jahr 1997 haben die befragten Unternehmen 541,1 Tsd. GWP-gewichtete Tonnen ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe verwendet, 2008 lag die Zahl bei 144,6 Tsd. GWP-gewichteten Tonnen.

Im Jahr 2008 wurden von den Unternehmen im Land **Brandenburg** 72,1 Tonnen klimawirksame Stoffe verwendet. Auch hier sind sie in voller Höhe als Kältemittel eingesetzt worden. Bei der Verwendung nach wirtschaftlichen Einsatzbereichen zeichnen sich unterschiedliche Schwerpunkte ab. So entfallen 33,4 % auf die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteile, 11,9 % auf Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation und 17,4 % auf den Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Bei der Verwendung ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe wurde seit 1997 relativ ein Rückgang erzielt. 1997 haben die befragten Unternehmen 55,3 Tonnen ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe mit einem Treibhauspotential von 128,2 Tsd. GWP-gewichtete Tonnen verwendet, 2008 lag der Wert bei 72,1 Tonnen klimawirksamen Stoffen

Tab. 2 Emissionen an Treibhausgasen 1995 bis 2006 für Berlin und Brandenburg

Jahr	Emissionen an Treibhausgasen insgesamt	Anteil an Deutschland	Darunter		Treibhausgasemissionen je Einwohner	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner
			energiebedingte CO ₂ -Emissionen	Anteil an Deutschland		
	1 000 Tonnen CO ₂ -Äquivalente	%	1 000 Tonnen	%	Tonnen CO ₂ -Äquivalente	Tonnen
Berlin						
1995 ...	25 082	2,35	24 445	2,91	7,2	7,0
2000 ...	24 213	2,44	23 661	2,96	7,2	7,0
2003 ...	21 743	2,19	21 249	2,63	6,4	6,3
2004 ...	20 664	2,11	20 184	2,53	6,1	6,0
2005 ...	20 485	2,15	19 998	2,59	6,0	5,9
2006 ...	20 384	2,12	19 915	2,54	6,0	5,9
Brandenburg						
1995 ...	60 326	5,66	50 791	6,05	23,8	20,0
2000 ...	69 377	6,98	60 564	7,59	26,7	23,3
2003 ...	65 728	6,63	57 910	7,17	25,5	22,5
2004 ...	66 602	6,79	58 882	7,39	25,9	22,9
2005 ...	67 472	7,09	59 910	7,76	26,3	23,4
2006 ...	65 921	6,85	58 273	7,43	25,8	22,8

mit einem Treibhauspotential von 125,7 Tsd. GWP-gewichtete Tonnen.

Investitionen für den Umweltschutz in Betrieben des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes

Umweltschutzinvestitionen sind immer ein Teil eines Gesamtinvestitionsvolumens. Sie stellen einen wichtigen Indikator für die Umweltschutzanstrengungen der produzierenden Betriebe dar. Um die Umwelt zu schützen, investieren die Betriebe in nachsorgende (additive) und zunehmend auch in vorsorgende (integrierte) Maßnahmen.

Von 1991 bis 2007 investierten die **Berliner** Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (mit Investitionen) 413,6 Mill. EUR in Maßnahmen für den Umweltschutz. Das waren 2,2 % des Investitionsvolumens in diesem Zeitraum. Mehr als 50 % bzw. 218,7 Mill. EUR entfielen dabei auf die Jahre 1991 bis 1995.

Der größte Teil der Investitionsmittel floss in Berlin bis zum Jahr 2004 in Maßnahmen, die der Luftreinhaltung dienten (im Durchschnitt 45 %). Ab dem Jahr 2005 verlagerte sich der Schwerpunkt auf Investitionen, die den Schutz der Gewässer zum Ziel haben.

Ab dem Berichtsjahr 2006 werden Investitionen erfragt, die dem Klimaschutz dienen. Hier lag der Anteil gemessen am Investitionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2006 bei rd. 11 %. Im Jahr 2007 stieg er auf rd. 24 %.

Die **Brandenburger** Betriebe des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes (mit Investitionen) investierten von 1991 bis 2007 in Maßnahmen für den Umweltschutz 1 325,7 Mill. EUR. Das waren 6,7 % des Investitionsvolumens im genannten Zeitraum. Mehr als 45 % bzw. 602,7 Mill. EUR entfielen dabei auf die Jahre 1991 bis 1995.

Tab. 3 Investitionen für den Umweltschutz 1991 bis 2007 nach Umweltbereichen in Berlin und Brandenburg

Jahr	Investitionen für den Umwelt- schutz	Davon für							Anteil an Gesamt- investi- tionen
		Abfall- beseiti- gung	Gewässer- schutz	Lärm- bekämp- fung	Luft- rein- haltung	Naturschutz und Land- schafts- pflege ¹	Boden- sanie- rung ¹	Klima- schutz ²	
		1 000 EUR							
Berlin									
1991 ...	42 265	4 668	13 057	1 866	22 674	x	x	x	2,1
1993 ...	37 668	3 647	14 814	1 367	17 841	x	x	x	2,6
1995 ...	42 340	5 134	10 510	4 021	22 675	x	x	x	3,3
1997 ...	23 707	5 737	4 961	878	11 942	90	99	x	2,0
1999 ...	20 950	4 887	4 584	3 282	7 870	191	136	x	2,2
2001 ...	13 099	5 112	3 519	986	3 272	126	84	x	1,4
2002 ...	8 477	900	3 659	961	2 867	12	77	x	1,0
2003 ...	11 081	2 720	3 173	817	4 292	40	41	x	1,3
2004 ...	23 835	1 073	11 410	925	10 057	47	324	x	2,9
2005 ...	10 970	1 593	5 543	750	2 289	31	765	x	1,3
2006 ...	11 599	3 952	3 616	1 178	1 313	115	93	1 332	1,2
2007 ...	4 744	874	1 631	306	734	17	25	1 157	0,6
Brandenburg									
1991 ...	38 788	7 319	7 254	803	23 413	x	x	x	3,5
1993 ...	169 879	69 518	27 136	2 095	71 129	x	x	x	10,8
1995 ...	118 378	17 415	22 758	2 803	75 402	x	x	x	8,6
1997 ...	150 288	7 172	43 198	2 490	95 007	2 190	232	x	10,6
1999 ...	52 579	13 635	17 843	1 592	19 333	130	47	x	5,0
2001 ...	26 835	2 948	7 921	4 379	9 855	204	1 529	x	2,4
2002 ...	36 273	13 517	15 835	932	5 608	•	•	x	4,2
2003 ...	37 418	1 921	8 531	5 450	21 305	210	–	x	5,4
2004 ...	30 560	1 974	7 763	1 934	18 786	74	28	x	2,6
2005 ...	29 762	1 908	11 781	6 252	9 804	17	–	x	3,4
2006 ...	37 395	2 782	10 091	1 445	8 228	24	255	14 569	3,7
2007 ...	38 491	5 318	10 654	2 203	10 939	88	4 419	4 870	3,7
in die Befragung aufgenommen:									
1 ab Berichtsjahr 1996									
2 ab Berichtsjahr 2006									

in die Befragung aufgenommen:

1 ab Berichtsjahr 1996

2 ab Berichtsjahr 2006

Der Anteil der Betriebe des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden an den Umweltschutzinvestitionen der o.g. Brandenburger Betriebe unterlag in den Jahren 1991 bis 2007 starken Schwankungen. So wurde der höchste Anteil 1992 mit 38 % und der niedrigste Anteil 2002 mit 2 % erreicht. Der überwiegende Teil der Investitionsmittel floss in diesem Wirtschaftsbereich bis zum Jahr 1995 in Maßnahmen, die der Luftreinhaltung dienten (im Durchschnitt 71 %). Ab dem Jahr 1996 ging der Schwerpunkt auf Investitionen, die den Schutz der Gewässer zum Ziel haben, über.

Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes weisen beim betrachteten Berichtskreis den größeren Anteil an den Umweltschutzinvestitionen aus. Der überwiegende Teil der Investitionsmittel floss hier in Maßnahmen, die der Luftreinhaltung dienten (im Durchschnitt 55 %), gefolgt von Maßnahmen, die den Schutz der Gewässer zum Ziel haben (rd. 23 %). Bei Investitionen, die auf den Klimaschutz ausgerichtet sind, lag der Anteil am Investitionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2006 bei rd. 41 %. Im Jahr 2007 ging er auf rd. 16 % zurück.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Der Boden bildet die zentrale Lebensgrundlage für Pflanzen und direkt oder indirekt für Tiere und Menschen und ist Bestandteil des Naturhaushalts mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) als Teil der Bodenfläche übt einen hohen Einfluss auf das ökologische Gleichgewicht unserer Umwelt aus. Dieser resultiert aus der Bodenbedeckung und dem damit verbundenen unterschiedlich hohen Grad der Versiegelung der begrenzten Ressource Boden und aus der gleichzeitigen Zerschneidung von Landschaften.

In **Berlin**, wie in allen Stadtstaaten, ist der Flächen- und Druck sehr hoch, da es kaum Ressourcen für eine Flächen- und Erweiterung zugunsten der SuV gibt. Mit einem Anteil der SuV von rd. 70 % an der Bodenfläche 2008 wurde gegenüber den Vorjahren nur eine geringfügige Steigerung ausgewiesen. Ähnlich verhält es sich mit den versiegelten Flächen innerhalb der SuV. Auch hier ist über einen längeren Zeitraum betrachtet keine nennenswerte Veränderung erfolgt; der Anteil liegt bei rund 50 %. Damit trägt Berlin (wie alle Stadtstaaten) nur unwesentlich zum allgemeinen Flächenwachstum Deutschlands bei.

Tab. 4 Siedlungs- und Verkehrsfläche 1992 bis 2008 für Berlin und Brandenburg

Jahr ¹	Boden- fläche	Darunter				Anteil der SuV an der Boden- fläche	Anteil der ver siegelten SuV an der gesamten SuV	Durchschnittliche tägliche Zunahme der		
		Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)						SuV	versiegelten Fläche	
		ins- gesamt	davon		darunter versiegelt					
			Siedlungs- fläche	Verkehrs- fläche						
	Hektar						%		Hektar pro Tag	
Berlin										
1992 ...	88 911	60 457	49 430	11 027	•	68,0	•	•	•	
1996 ...	89 167	59 436	46 010	13 426	•	66,7	•	•	•	
2000 ...	89 169	61 498	47 982	13 516	30 527	69,0	49,6	•	•	
2001 ...	89 176	61 678	48 129	13 549	30 536	69,2	49,5	0,5	0,0	
2002 ...	89 175	61 841	48 289	13 552	30 679	69,4	49,6	0,4	0,4	
2003 ...	89 175	61 863	48 295	13 568	30 715	69,4	49,7	0,1	0,1	
2004 ...	89 182	61 928	48 382	13 546	30 802	69,4	49,7	0,2	0,2	
2005 ...	89 185	62 064	48 492	13 572	30 882	69,6	49,8	0,4	0,2	
2006 ...	89 164	62 106	48 513	13 592	30 940	69,7	49,8	0,1	0,2	
2007 ...	89 167	62 275	48 647	13 628	31 155	69,8	50,0	0,5	0,6	
2008 ...	89 154	62 322	48 665	13 657	31 208	69,9	50,1	0,1	0,1	
Brandenburg										
1992 ...	2 947 645	217 846	120 623	97 222	•	7,4	•	•	•	
1996 ...	2 947 584	227 992	129 117	98 875	•	7,7	•	•	•	
2000 ...	2 947 711	241 634	140 611	101 023	110 161	8,2	45,6	•	•	
2001 ...	2 947 610	245 027	143 372	101 654	111 415	8,3	45,5	9,3	3,4	
2002 ...	2 947 661	247 964	145 629	102 335	112 610	8,4	45,4	8,0	3,3	
2003 ...	2 947 714	251 006	147 984	103 022	113 814	8,5	45,3	8,3	3,3	
2004 ...	2 947 808	253 564	150 296	103 267	114 680	8,6	45,2	7,0	2,4	
2005 ...	2 947 864	257 640	152 974	104 666	116 389	8,7	45,2	11,2	4,7	
2006 ...	2 947 971	260 718	155 147	105 571	117 604	8,8	45,1	8,4	3,3	
2007 ...	2 948 028	263 204	157 144	106 060	118 529	8,9	45,0	6,8	2,5	
2008 ...	2 948 101	267 427	161 183	106 244	119 505	9,1	44,7	11,6	2,7	

¹ Stand am 31. Dezember des Jahres

Ende des Jahres 2008 wurden durch das Land **Brandenburg** 267 427 Hektar für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen; das sind rd. 9 % der Gesamtfläche des Landes. In den Jahren 1992 bis 2008 stiegen die SuV auf Kosten der anderen Flächennutzungsarten stetig an. Aus der Sicht des Umweltschutzes ist zwar positiv zu bewerten, dass im Allgemeinen die durchschnittliche tägliche Zunahme an SuV zurückging (bis auf die Jahre 2005 und 2008), aber immer noch stärker als angestrebt zunehmen.

Im Zeitraum von 2000 bis 2008 sind die versiegelten Flächen innerhalb der SuV in Brandenburg um 9 344 Hektar gewachsen. Obwohl die versiegelten Flächen stetig angestiegen sind, war ihr Anteil an der SuV leicht rückläufig. Die gleiche Aussage gilt für die durchschnittliche tägliche Zunahme der versiegelten Fläche. Waren es 2001 noch 3,4 Hektar pro Tag, so ging der Wert im Jahr 2008 auf 2,7 Hektar zurück.

Autorin: Barbara Neumann

In welchen Wohnlagen leben Einwohner mit Migrationshintergrund in Berlin?

Erst seit wenigen Jahren besteht ein weitgehender Konsens darüber, dass Deutschland eine Zuwanderungsgesellschaft ist, in der Menschen aus ganz unterschiedlichen Kulturen und Herkunftsländern dauerhaft leben. Mit dem Konzept des Migrationshintergrundes wurde der quantitative Umfang der Gruppe, die eine eigene oder familiäre Zuwanderungsgeschichte aufweist, statistisch zugänglich gemacht, während in den Jahren zuvor lediglich die Staatsangehörigkeit Aufschluss über das Migrationsgeschehen geben konnte. Ein Viertel der Berliner, so die Auswertung der Einwohnerregisterstatistik, hat einen Migrationshintergrund, das sind in etwa 859 000 Menschen. Mit dem Wandel der Wahrnehmung der Zugewanderten und ihrer Nachkommen steigt das Interesse an Informatio-

nen über die wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Lage, den Bildungsstand und die Teilhabechancen. Diese Dimensionen umfassen die strukturelle Integration, zu deren Ausprägungen auch der Zugang zum Wohnungsmarkt und die Eigentumsbildung gehören. Wohnen, das sich aus dem althochdeutschen Wort für „zufrieden sein“ herleitet, gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Die Wohnung als unverrückbarer Ort ist Mittelpunkt und geschützter Raum in dem sich das private oder familiäre Leben entfaltet. Aus dem Mikrozensus und der Verbindung der Einwohnerregisterstatistik mit den Einstufungen des Berliner Mietspiegels lassen sich ergänzende Informationen zur sozialen Lage der Einwohner mit Migrationshintergrund gewinnen.

Daten

Angaben zum Wohneigentum und zur Wohnfläche können dem Mikrozensus, der großen amtlichen Haushaltsstichprobe, entnommen werden. Der Wohnungsteil des Frageprogramms wird in vierjährigem Abstand erhoben. Zuletzt ausgewertet ist die Erhebung 2006. Allerdings ist der Mikrozensus nur auf Landes- und allenfalls Bezirksebene statistisch verlässlich. Auswertungen des Einwohnerregisters bieten die Möglichkeit kleinräumiger Analysen. Als Datengrundlage werden die anonymisierten Statistikabzüge aus dem Einwohnerregister Berlins zum 31. Dezember 2004 und 2009 verwendet. Im Statistikabzug sind die melderechtlich am Ort der Hauptwohnung registrierten Einwohner enthalten, die somit die Grundgesamtheit bilden. Da es sich um Registerdaten handelt, besteht eine gewisse Untererfassung von Personen, die sich nicht angemeldet haben und eine „Übererfassung“ durch Personen, die ohne Abmeldung in das Ausland verzogen sind und erst mit Verzögerung bei Registerbereinigungen ab-

gemeldet werden. Als Merkmale stehen Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und das abgeleitete Merkmal Migrationshintergrund (seit 2007) zur Verfügung. Diesen Daten kann die Wohnlage nach dem Mietspiegel 2009 zugeordnet werden, die dem Regionalen Bezugssystem (RBS) des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg entnommen wurden. Angaben zur Wohndauer werden durch ein statistisches Matching-Verfahren gewonnen.

Räumliche Verteilung der Einwohner mit Migrationshintergrund

Die migrantische Population ist im Stadtgebiet nicht gleichmäßig verteilt. Von den 859 000 Einwohnern mit Migrationshintergrund, die die Einwohnerregisterstatistik aufweist, sind die meisten (147 000) mit Hauptwohnsitz in Mitte gemeldet (Tabelle 1). Das entspricht einem Anteil an allen Einwohnern im Bezirk Mitte von 45,0 %. Von den Einwohnern im Bezirk Mitte waren 17,1 % Deutsche mit Migrationshintergrund, und zwar überwiegend Eingebürgerte und in Deutschland geborene Kinder von Ausländern 27,8 % hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit. Über 30 % beträgt der Migrantenanteil in Neukölln (39,6 %), Friedrichshain-Kreuzberg (35,9 %), Charlottenburg-Wilmersdorf (33,8 %) und Tempelhof-Schöneberg (31,2 %).

Den niedrigsten Migrantenanteil weist der Bezirke Treptow-Köpenick mit 7,1 % auf. Erwähnenswert ist der geringe Unterschied zwischen den Anteilen von Deutschen mit Migrationshintergrund und Ausländern in Tempelhof-Schöneberg (15,3 % bzw. 16,0 %) sowie Steglitz-Zehlendorf (11,2 % bzw. 11,0 %), während in anderen Bezirken die Differenz stärker ausfällt. In Spandau beispielsweise deutlich mit 15,3 % zugunsten der Deutschen mit Migrationshintergrund bei einem Ausländeranteil von 9,9 %.

Der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund bewegt sich zwischen 7,1 % und 45,0 %. Am höchsten ist der Anteil in den Innenstadtbezirken und Neukölln und Tempelhof-Schöneberg.

Wohneigentum und Wohnfläche

Zunächst soll der Mikrozensus 2006 nach den Personen mit Wohneigentum, und zwar bezogen auf die Bezugsperson im Haushalt, und die Wohnfläche je Familienmitglied in Familien mit Kindern unter 18 Jahren ausgewertet werden. Beide Indikatoren gehören zum Konzept der strukturellen Integration, wie er im Leitfaden zum Integrationsmonitoring der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) beschrieben ist.

Von den Berlinern mit Migrationshintergrund verfügten 6,1 % zum Stichtag 1. April 2006 über Wohneigentum, im Unterschied dazu hatten 14,5 % der Berliner ohne Migrationshintergrund Wohneigentum, eine Differenz von immerhin 8,4 Prozentpunkten (Tabelle 2). Dieser Unterschied wird relativiert durch den weiterhin gültigen Umstand, dass die überwiegende Mehrheit in der Mieterstadt Berlin über kein Wohnungseigentum verfügt.

Die Wohnfläche je Familienmitglied in Familien mit Kindern unter 18 Jahren differiert zwischen 22,5 m² mit und 29,5 m² ohne Migrationshintergrund, damit stehen den Familienmitgliedern in Migrantenfamilien etwa 30 % weniger Wohnfläche zur Verfügung.

Wohnlage

Einen weiteren Zugang eröffnet die Einwohnerregisterstatistik, die nach den Qualitätseinstufungen des Berliner Mietspiegels kleinräumig ausgewertet werden kann. Die Wohnlage spiegelt die Qualität des weiteren Wohnumfeldes wider. Der Mietspiegel unterscheidet die drei Wohnlagenkategorien „einfach“, „mittel“ und „gut“, jeweils zusätzlich dichotom unterteilt nach der Lärmbelastung in „ohne Lärm“ und „mit Lärm“. Einfache Wohnlagen weisen einen Mangel an Grün- und Freiflächen auf, das Straßenbild ist ungepflegt, die Gebäude sind in einem schadhafte bzw. nicht sanierten Zustand und die Verkehrsanbindung ist in Stadtrandlagen ungünstig. Mittlere Wohnlagen qualifizieren sich durch ein normales Straßenbild (nicht von Gebäudeschäden geprägt), guten Gebäudezustand (sanierte Wohngebiete, Neubaugebiete) und wenige Grün- und Freiflächen. Gute Wohnlage haben ein überdurchschnittliches Angebot an Grün- und Freiflächen, ein gepflegtes Straßenbild (guter Gebäudezustand) und sehr gute Verkehrsanschlüsse sowie gute bis sehr gute Einkaufsmöglichkeiten und ein gutes Image.

Für den Mietspiegel 2009 wurden die auf der Grundlage der EU-Umgebungslärmrichtlinie für Berlin erhobenen Lärmdaten als Bewertungsgrundlage herangezogen. Berücksichtigt wurden die Lärmquellen Straßenverkehr, schienengebundener Verkehr und Fluglärm. Zu beachten ist, dass unter Umständen nicht alle Wohnungen an einer Adresse gleich lärmbelastet sind. So kann es sein, dass einige Wohnungen einer Adresse zur Straße hin gelegen und stark verkehrslärmbelastet sind, während andere, rückwärtig gelegene Wohnungen weniger vom Verkehrslärm betroffen sind. Die Qualifizierung mit/ohne Lärm bezieht sich generalisierend auf alle Wohnungen an einer Adresse¹.

Tab. 1 **Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung mit und ohne Migrationshintergrund in Berlin am 31. Dezember 2009 nach Bezirken**

Bezirk	Einwohner	Deutsche ohne/mit Migrationshintergrund		Ausländer	Einwohner mit Migrationshintergrund
		ohne	mit		insgesamt
Anzahl					
Mitte	327 082	180 037	55 995	91 050	147 045
Friedrichshain-Kreuzberg	259 967	166 626	36 861	56 480	93 341
Pankow	354 711	315 381	17 853	21 477	39 330
Charlottenburg-Wilmersdorf	312 256	206 750	45 114	60 392	105 506
Spandau	215 444	161 355	32 858	21 231	54 089
Steglitz-Zehlendorf	289 718	225 393	32 508	31 817	64 325
Tempelhof-Schöneberg ...	328 097	225 589	50 097	52 411	102 508
Neukölln	307 650	185 748	53 150	68 752	121 902
Treptow-Köpenick	237 753	220 862	9 447	7 444	16 891
Marzahn-Hellersdorf	244 165	218 888	16 972	8 305	25 277
Lichtenberg	251 626	217 188	17 228	17 210	34 438
Reinickendorf	241 203	186 602	30 983	23 618	54 601
Insgesamt	3 369 672	2 510 419	399 066	460 187	859 253
in %					
Mitte	100	55,0	17,1	27,8	45,0
Friedrichshain-Kreuzberg	100	64,1	14,2	21,7	35,9
Pankow	100	88,9	5,0	6,1	11,1
Charlottenburg-Wilmersdorf	100	66,2	14,4	19,3	33,8
Spandau	100	74,9	15,3	9,9	25,1
Steglitz-Zehlendorf	100	77,8	11,2	11,0	22,2
Tempelhof-Schöneberg ...	100	68,8	15,3	16,0	31,2
Neukölln	100	60,4	17,3	22,3	39,6
Treptow-Köpenick	100	92,9	4,0	3,1	7,1
Marzahn-Hellersdorf	100	89,6	7,0	3,4	10,4
Lichtenberg	100	86,3	6,8	6,8	13,7
Reinickendorf	100	77,4	12,8	9,8	22,6
Insgesamt	100	74,5	11,8	13,7	25,5

Datenquelle:

Einwohnerregisterstatistik, melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung am 31.12.2009

Tab. 2 **Wohneigentum und Wohnfläche in Berlin 2006 nach Migrationsstatus**

Merkmal	Insgesamt	Migrationshintergrund	
		mit	ohne
Personen mit Wohneigentum in % (bezogen auf die Bezugsperson im Haushalt am Hauptwohnsitz)	13,0	6,1	14,5
Wohnfläche in m ² je Familienmitglied in Familien mit Kindern unter 18 Jahren	27,0	22,5	29,5

Datenquelle:

Mikrozensus 2006

¹ Vergleiche Erläuterungen zum Mietspiegel, www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel/de/erlaeuterungen.shtml

Tab. 3 **Bewohnte Adressen und Melderechtlich registrierte Einwohner am Hauptwohnsitz in Berlin am 31. Dezember nach Wohnlage**

Wohnlage	Adressen		Einwohner	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Einfach	103 321	34,5	1 424 673	42,4
ohne Lärm	79 277	26,5	987 556	29,4
mit Lärm	24 044	8,0	437 117	13,0
Mittel	137 576	46,0	1 375 187	41,0
ohne Lärm	113 276	37,9	1 019 212	30,4
mit Lärm	24 300	8,1	355 975	10,6
Gut	58 326	19,5	558 237	16,6
ohne Lärm	47 360	15,8	398 458	11,9
mit Lärm	10 966	3,7	159 779	4,8
nicht zuordenbar	3 131		11 575	
Insgesamt	302 354	100	3 369 672	100

Datenquelle:
Einwohnerregisterstatistik, melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung am 31.12.2009

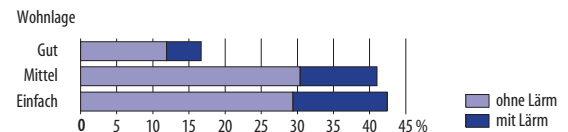
Tab. 4 **Einwohner mit und ohne Migrationshintergrund in Berlin am 31. Dezember 2009 nach Wohnlage**

Wohnlage	Einwohner	Deutsche ohne/mit Migrationshintergrund		Ausländer
		ohne	mit	
Anzahl				
Einfach	1 424 673	952 375	209 008	263 290
ohne Lärm	987 556	680 156	141 099	166 301
mit Lärm	437 117	272 219	67 909	96 989
Mittel	1 375 187	1 128 313	127 578	119 296
ohne Lärm	1 019 212	859 086	86 810	73 316
mit Lärm	355 975	269 227	40 768	45 980
Gut	558 237	420 191	61 141	76 905
ohne Lärm	398 458	312 433	39 360	46 665
mit Lärm	159 779	107 758	21 781	30 240
nicht zuordenbar	11 575	9 540	1 339	696
Insgesamt	3 369 672	2 510 419	399 066	460 187
in % von Spalte 1				
Einfach	100	66,8	14,7	18,5
ohne Lärm	100	68,9	14,3	16,8
mit Lärm	100	62,3	15,5	22,2
Mittel	100	82,0	9,3	8,7
ohne Lärm	100	84,3	8,5	7,2
mit Lärm	100	75,6	11,5	12,9
Gut	100	75,3	11,0	13,8
ohne Lärm	100	78,4	9,9	11,7
mit Lärm	100	67,4	13,6	18,9
Insgesamt	100	74,5	11,8	13,7
in % von insgesamt				
Einfach	42,4	38,1	52,6	57,3
ohne Lärm	29,4	27,2	35,5	36,2
mit Lärm	13,0	10,9	17,1	21,1
Mittel	41,0	45,1	32,1	26,0
ohne Lärm	30,4	34,4	21,8	16,0
mit Lärm	10,6	10,8	10,3	10,0
Gut	16,6	16,8	15,4	16,7
ohne Lärm	11,9	12,5	9,9	10,2
mit Lärm	4,8	4,3	5,5	6,6
Insgesamt	100	100	100	100

Datenquelle:
Einwohnerregisterstatistik, melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung am 31.12.2009

Die Prozentwerte addieren sich nicht auf 100 %, da 0,1 bis 0,3 % der Adressen keiner Wohnlage zuordenbar waren.

Abb. 1 **Melderechtlich registrierte Einwohner am Hauptwohnsitz in Berlin am 31. Dezember 2009 nach Wohnlage**



Von den 299 000 Berliner Adressen, denen in der Einwohnerregisterstatistik eine Mietspiegeleinstufung zugeordnet werden konnte, wiesen 103 000 (34,5 %) eine einfache, 138 000 (46,0 %) eine mittlere und 58 000 (19,5 %) eine gute Wohnlage auf. Von den Einwohnern lebten 42,4 % in Häusern mit einfacher, 41,0 % mit mittlerer und nur 16,6 % mit guter Wohnlage. In Abbildung 1 ist die Zusammensetzung der Wohnlagegruppen nach Lärmbelastung dargestellt. Die größte Gruppe in lärmbelasteter Lage (13,0 %) findet sich bei den einfachen Wohnlagen.

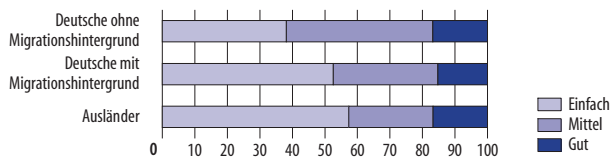
Von den Deutschen ohne Migrationshintergrund, das waren 74,5 % aller Berliner, lebten mit 45,1 % die meisten in mittleren Wohnlagen (Tabelle 4). In den einfachen Wohnlagen lebten 38,1 % dieser Gruppe.

Betrachtet man die Deutschen mit Migrationshintergrund, zu denen 11,8 % der Berliner Einwohnerschaft gehörten, so ist zu beobachten, dass sie in den einfachen Wohnlagen mit 14,7 % überrepräsentiert waren (Tabelle 4, Zeilenprozent). In Wohnlagen mit Lärmbelastung lag der Anteil mit 15,5 % noch etwas höher. Ebenfalls stark überrepräsentiert ist die Einwohnergruppe ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den einfachen Wohnlagen. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund beträgt die Differenz zum stadtweiten Anteil 2,8 und bei den Ausländern 4,8 Prozentpunkte. Diese Beobachtung ist wenig überraschend und entspricht der allgemeinen Erwartung. In dieses Erwartungsbild passt nicht, dass die migrantische Bevölkerung in den mittleren Wohnlagen deutlich unterrepräsentiert ist (2,6 bzw. –5,0 Prozentpunkte), während sich in den guten Wohnlagen ein nach Lärmbelastung unterschiedliches Bild bietet. In guten Wohnlagen mit Lärmbelastung lag der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund 1,8 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt, bei den Ausländern betrug die Differenz sogar 5,3 Prozentpunkte. Mit den vorhandenen Daten kann dieser Auffälligkeit zwischen einfacher/guter und mittlerer Wohnlage leider nicht weiter nachgegangen werden, die für eine soziale Differenzierung der Population spricht.

Differenz zum Berliner Durchschnitt (Tabelle 4) in Prozentpunkten

Wohnlage	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ausländer
Einfach	2,8	4,8
ohne Lärm	2,4	3,2
mit Lärm	3,7	8,5
Mittel	–2,6	–5,0
ohne Lärm	–3,3	–6,5
mit Lärm	–0,4	–0,7
Gut	–0,9	0,1
ohne Lärm	–2,0	–1,9
mit Lärm	1,8	5,3
Bezugsgröße Landesdurchschnitt in %	11,8	13,7

Abb. 2 **Verteilung der Einwohner in Berlin am 31. Dezember 2009 nach Migrationsstatus und Wohnlage**



Auf die migrantische Bevölkerung bezogen sind die einfachen und mittleren Wohnlagen am wichtigsten, in ihnen lebten über 80 % der Bevölkerungsgruppen (Tabelle 4, Spaltenprozent; Abbildung 2). Ein stärkeres Gewicht an der im Umfeld lebenden Bevölkerung hatten sie in den einfachen sowie den mittleren und guten Wohnlagen mit Lärmbelastung (Tabelle 4, Zeilenprozent).

Bezirkliche Wohnlage

Die Stärke des Zusammenhangs zwischen Migrationsstatus und Wohnlage kann durch Assoziationsmaße näher beschrieben werden. In der nachfolgenden Tabelle werden die Assoziationskoeffizienten Pearsons C und Cramérs V bezirksweise wiedergegeben. Beide Maße beruhen auf so genannten χ^2 -Werten, die sich aus der Differenz zwischen den tatsächlichen und den erwarteten Tabellenwerten, die sich bei einem statistischen Nichtzusammenhang der beiden Merkmale ergeben würden, herleiten. Der Wertebereich der Koeffizienten reicht von 0 bis 1. Werte nahe null deuten auf unabhängige Merkmale und nahe eins auf einen starken Zusammenhang hin.

In der Gesamtstadt und in allen Bezirken findet sich ein positiver Zusammenhang zwischen den Merkmalen Migrationsstatus und Wohnlage. Cramérs V ist in den Bezirken Mitte, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln und Reinickendorf deutlicher ausgeprägt, was auf eine stärkere Assoziation zwischen Wohnlage und Migrationsstatus schließen läßt.

Assoziationskoeffizienten des Migrationsstatus Deutsche mit/ohne Migrationshintergrund und Ausländer mit Wohnlagen in Berlin am 31. Dezember 2009 nach Bezirken

Bezirk	Kontingenzkoeffizient Pearsons C	Cramérs V
Mitte	0,17	0,12
Friedrichshain-Kreuzberg	0,12	0,08
Pankow	0,06	0,05
Charlottenburg-Wilmersdorf	0,12	0,09
Spandau	0,13	0,09
Steglitz-Zehlendorf	0,12	0,09
Tempelhof-Schöneberg	0,17	0,12
Neukölln	0,20	0,14
Treptow-Köpenick	0,13	0,09
Marzahn-Hellersdorf	0,07	0,05
Lichtenberg	0,12	0,09
Reinickendorf	0,21	0,15
Insgesamt	0,18	0,13

Ausgewählte Herkunftsgruppen und Wohnlage

Die Deutschen mit Migrationshintergrund und die Ausländer, die in Berlin gemeldet sind, lassen sich weiter nach Herkunftsstaat bzw. Staatsangehörigkeit differenzieren. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund werden die vorhandenen Informationen zur Staatsangehörigkeit und dem Geburtsland ausgewertet. Bei den unter 18-Jährigen, die zumindest mit einem Elternteil (gesetzlicher Vertreter) gemeinsam gemeldet sind, werden die Daten der Eltern/des Elternteils einbezogen. Widersprechen sich Angaben, dann wird keine Zuordnung vorgenommen. Im Folgenden soll untersucht werden, ob die Herkunftsgruppen ein unterschiedliches Wohnlagenprofil aufweisen.

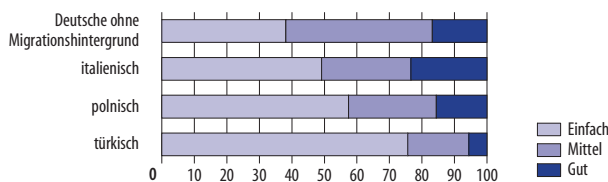
Ausgewählt wurden die Gruppen, die entweder eine türkische, polnische oder italienische Staatsangehörigkeit aufwiesen oder deren Zuwanderungsgeschichte entsprechende Bezüge bot. Es lebten etwa 107 900 türkische Staatsangehörige und 54 400 Deutsche mit einem türkischen Zuwanderungshintergrund am 31.12.2009 in Berlin (Tabelle 5). Zu den 42 300 Polen in Berlin kamen 45 170 Deutsche mit einem polnischen Hintergrund. Die Gruppe der Einwohner mit italienischem Hintergrund kontrastiert hierzu deutlich: In Berlin waren 15 180 Italiener gemeldet, aber nur 1 770 Deutsche mit italienischen Wurzeln. Dabei spielt es sicher eine große Rolle, dass Ita-

Tab. 5 **Ausgewählte Einwohnergruppen mit Migrationshintergrund in Berlin am 31. Dezember nach Wohnlage**

Wohnlage	Deutsche ohne Migrations- hinter- grund	Ausgewählte Herkunftsstaaten/ Staatsangehörigkeiten					
		Türkei		Polen		Italien	
		deutsch mit Migrations- hintergrund	türk- isch	deutsch mit Migrations- hintergrund	pol- nisch	deutsch mit Migrations- hintergrund	italie- nisch
Anzahl							
Einfach	952 375	37 669	81 543	24 881	24 281	700	7 449
ohne Lärm.....	680 156	24 217	51 609	18 416	16 045	459	4 534
mit Lärm	272 219	13 452	29 934	6 465	8 236	241	2 915
Mittel.....	1 128 313	12 477	20 303	15 070	11 432	548	4 177
ohne Lärm.....	859 086	7 523	12 084	10 887	7 453	400	2 516
mit Lärm	269 227	4 954	8 219	4 183	3 979	148	1 661
Gut.....	420 191	4 293	6 057	5 214	6 591	517	3 556
ohne Lärm.....	312 433	2 287	3 076	3 379	4 142	363	2 168
mit Lärm	107 758	2 006	2 981	1 835	2 449	154	1 388
Insgesamt	2 510 419	54 439	107 903	45 165	42 304	1 765	15 182
in % von insgesamt							
Einfach	38,1	69,2	75,6	55,1	57,4	39,7	49,1
ohne Lärm.....	27,2	44,5	47,8	40,8	37,9	26,0	29,9
mit Lärm	10,9	24,7	27,7	14,3	19,5	13,7	19,2
Mittel.....	45,1	22,9	18,8	33,4	27,0	31,0	27,5
ohne Lärm.....	34,4	13,8	11,2	24,1	17,6	22,7	16,6
mit Lärm	10,8	9,1	7,6	9,3	9,4	8,4	10,9
Gut.....	16,8	7,9	5,6	11,5	15,6	29,3	23,4
ohne Lärm.....	12,5	4,2	2,9	7,5	9,8	20,6	14,3
mit Lärm	4,3	3,7	2,8	4,1	5,8	8,7	9,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

Die Prozentwerte addieren sich nicht auf 100 %, da 0,1 bis 0,3 % der Adressen keiner Wohnlage zuordenbar waren.

Abb. 3 Deutsche ohne Migrationshintergrund und ausgewählte Ausländergruppen in Berlin am 31. Dezember 2009 nach Wohnlage



lien Gründungsmitglied der EU war, im Unterschied zu Polen, dass 2004 Mitglied wurde. Einwohner, die Unionsbürger sind, haben die gleichen Freizügigkeitsrechte und das Recht der Niederlassungsfreiheit sowie der Teilnahme an EU-Wahlen, eine Änderung der Staatsangehörigkeit ist aus diesem Grund mit geringeren Vorteilen versehen.

Von 100 Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund lebten 69,2 in einfachen Wohnlagen. Bei Einwohnern mit türkischem Pass lag dieser Anteil sogar bei 75,6 %. Damit liegt der Anteil in einfacher Wohnlage deutlich über dem der Einwohner mit polnischer (55,1 % bzw. 57,4 %) oder italienischer Migrationsgeschichte (39,7 % bzw. 49,1 %). In guter Wohnlage war dagegen nur jeder 12. Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund (7,9 %) und nur jeder 18. Türke (5,6 %) gemeldet. Bei den Einwohnern mit polnischem und erst recht bei den mit italienischem Migrationshintergrund ist die Verteilung viel günstiger und nicht so sehr auf die einfachen Wohnlagen konzentriert. Abbildung 3 visualisiert die Verteilung der nicht deutschen Migranten nach Wohnlagen. Die türkische Population unterscheidet sich deutlich von den beiden anderen Gruppen.

Wohndauer

Aus dem Vergleich der Einwohnerstatistikdaten kann auf die Fluktuation oder Wohndauer zurückgeschlossen werden. Beim Matching werden die Bestandsdaten zweier Vergleichszeitpunkte statistisch verknüpft. Eine direkte Zuordnung der Einwohner ist nicht möglich, weil die Daten anonymisiert sind. Der Ansatz berücksichtigt als kleinste räumliche Ein-

heit die Adresse, wie sie im Regionalen Bezugssystem (RBS) des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg geführt wird, sowie unveränderliche demographische Merkmale, wie Geschlecht und Geburtsdatum. Wenn alle Ausprägungen zwischen zwei Zeitpunkten identisch sind, wird eine durchgängige Wohndauer angenommen. Der Adressbestand ist aber wiederum zeitlich nicht invariant, sondern verändert sich durch Abriss, Neu- und Erweiterungsbautätigkeit, aber auch durch die Umbenennung von Straßen- bzw. Straßenabschnitten sowie durch Neunummerierungen. Adresshistorien werden im verwendeten Matching-Algorithmus nicht berücksichtigt. Änderungen verursachen damit eine Überschätzung der Fluktuation, da neue Adressen, die aus einer Umbenennung resultieren, zu nicht identische Objektpaaren führen und als Abgang verbucht werden. Umzüge an einer Adresse, vom Hinter- in das Vorderhaus, von der Parterrewohnung in die 1. Etage etc., werden nicht gezählt.

Im folgenden Abschnitt soll der Frage nachgegangen werden, ob es Unterschiede in der Fluktuation nach Wohnlage und Migrationsgeschichte gibt. Am 31.12.2009 waren Von allen Einwohnern 56,7 % bereits fünf Jahre zuvor unter der gleichen Adresse gemeldet (Tabelle 6). Besonders hoch war der Anteil in guten Wohnlagen ohne Lärm (63,8 %) und am geringsten in einfachen Wohnlagen mit Lärm (50,7 %).

Im Vergleich zu den Deutschen ohne Migrationshintergrund, von denen 61,9 % 5 Jahre und länger an der Adresse lebten, unterscheiden sich am deutlichsten die Einwohner mit polnischer und italienischer Staatsangehörigkeit (34,8 % bzw. 42,4 %). Dagegen weisen die Deutschen mit Migrationshintergrund und Türken ähnlich hohe Anteile auf (55,4 % bzw. 55,6 %).

Die Deutschen mit türkischer Migrationsgeschichte zeigten die größte Stabilität in Gegenden mit einfacher Wohnlage ohne Lärm (61,2 %). Ähnliches galt auch für die türkischen Staatsbürger, die in diesen Wohnlagen auf 56,8 % kamen. Dagegen erreichten die Einwohner mit italienischem Hintergrund die höchsten Anteile in guten Wohnlagen mit Lärm (57,4 % bzw. 56,5 %), also nahezu am gegenüberliegenden Pol der Wohnlageskala.

Tab. 6 Anteil der Einwohner mit einer Wohndauer von mindestens 5 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund und ausgewählten Herkunftsgebieten bzw. Staatsangehörigkeiten in Berlin am 31. Dezember 2009 nach Wohnlagen

Wohnlage	Einwohner	Deutsche ohne/mit Migrationshintergrund					Ausländer			
		ohne	mit	darunter Herkunftsgebiete			insgesamt	darunter Staatsangehörigkeiten		
				Türkei	Polen	Italien		türkisch	polnisch	italienisch
Einfach	55,2	58,7	55,5	60,5	59,1	54,4	42,3	55,8	29,5	36,8
ohne Lärm	57,1	60,7	56,6	61,2	60,2	55,8	43,2	56,8	31,3	37,2
mit Lärm	50,7	53,8	53,3	59,1	55,8	51,7	40,8	54,2	26,0	36,2
Mittel	61,2	63,7	55,1	57,4	56,8	52,1	43,1	54,9	39,8	41,9
ohne Lärm	62,8	65,0	56,7	59,8	57,5	53,1	44,7	57,5	41,6	41,8
mit Lärm	56,4	59,8	51,6	53,7	54,9	49,6	40,5	51,0	36,3	42,1
Gut	62,3	65,1	56,7	57,5	55,5	57,1	51,1	55,9	45,9	54,3
ohne Lärm	63,8	66,3	57,9	58,5	55,4	57,0	51,7	57,9	46,4	53,0
mit Lärm	58,5	61,6	54,5	56,3	55,7	57,4	50,1	53,7	45,1	56,5
Insgesamt	58,7	61,9	55,4	59,4	57,8	54,5	43,9	55,6	34,8	42,4

Datenquelle:
Einwohnerregisterstatistik, melde-rechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung am 31.12.2009

Von den hier betrachteten Gruppen zeigen die Einwohner mit türkischer Zuwanderungsgeschichte die größte räumliche Stabilität. Ob die geringere Fluktuation der türkischen Migranten auf soziale Zusammenhangskräfte zurückzuführen ist oder auf Diskriminierungseffekte am Wohnungsmarkt hinweist, kann mit den Daten nicht beantwortet werden.

Zusammenfassung

Durch die Auswertung der um das Mietspiegelmerkmal erweiterten Einwohnerregisterstatistik können neue Einsichten in die wohnort- und wohnlagenbezogene Präferenz migrantischer Populationen gewonnen werden. In etwa drei Viertel der Population mit türkischem Migrationshintergrund lebte in Gebieten mit einfacher Wohnlage. Umzüge scheinen eher innerhalb des so beschriebenen Kontextes stattzufinden und nicht so sehr in andere Wohnlagengebiete. Bei keiner anderen der hier betrachteten Gruppen ist die Verortung in einer bestimmten Wohnlage so groß. Die vergleichsweise geringere Fluktuation bei den Einwohnern mit türkischen Wurzeln könnte für eine stärkere Bindung an diese Gebiete sprechen, aber auch ein Indiz für Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt sein.

Autor: Hartmut Bömermann

Quellen

- Bömermann, Hartmut / Rockmann, Ulrike / Rehkämper, Klaus: „Neue Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin zum Stand 31. 12. 2007“; Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg, H. 3, 2008, S. 20–28.
- Bömermann, Hartmut: „Ortsstatistische Einwohner Berlins zwischen 1997 und 2007“; Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg, H. 5, 2008, S. 29–33.
- KGSt (2006): Integrationsmonitoring, Materialien Nr. 2; Köln.

Raumbezogene Analyse und Visualisierung des nachhaltigen Konsums in Berlin

1 Nachhaltiger Konsum

Im Jahr 1972 wurde im Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) prognostiziert, dass, wenn das Konsum- und Produktionsverhalten der Menschen sich nicht drastisch verändert, dies in eine fatale ökologische Krise führen wird. Die

An der Technischen Universität Berlin wird erforscht, ob ausgewählte Lebensereignisse zur Umstellung auf nachhaltige Konsummuster führen. Zu diesem Zweck werden Gebiete in Berlin identifiziert, die ein hohes Potenzial für nachhaltigen Konsum aufweisen. Dazu werden Indikatoren diskutiert und ausgewählt sowie GIS-Analysemethoden entwickelt, um dieses Potenzial zu quantifizieren. Es wurden Ergebnisse erzielt, die in Form des ersten „Berliner Infrastrukturatlases für nachhaltigen Konsum“ visualisiert wurden. Im Ergebnis zeigten sich räumliche Disparitäten und eine besonders hohe Konzentration des Potenzials zu nachhaltigem Konsum innerhalb der Berliner Ringbahn. Die entwickelten Verfahren sind auf andere Städte übertragbar.

Menschheit würde langfristig vor den Verlust ihrer natürlichen Lebensgrundlagen gestellt werden (Herde 2007). Ein Ansatz, diesem Szenario entgegenzuwirken, ist der Übergang zu nachhaltigen Konsummustern. Verhaltensweisen und damit individuelle Konsummuster des Menschen sind abhängig von der physischen Umgebung, die durch Wohnungen, Büros, Schulen, Geschäfte und Verkehrsmittel geschaffen wird (Becker & Müller 2006), sowie von der Versorgungsstruktur und dem sozialen Umfeld (Schäfer o. J.).

1.1 Definition

In Anlehnung an die Definition des „Oslo Symposium on Sustainable Consumption“ sowie dem „Vier-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit“ kann nach Herde (2007, S. 30) nachhaltiger Konsum definiert werden als die Inanspruchnahme von Waren und Dienstleistungen, die vier Dimensionen gerecht werden:

- ökologische Dimension: Senkung des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen und damit Reduzierung des Energieverbrauchs über den gesamten Lebenszyklus,
- soziale Dimension: Befriedigung der Grundbedürfnisse und Verbesserung der Lebensqualität, unabhängig von soziodemografischen Merkmalen, ohne das Wohlergehen zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen,
- ökonomische Dimension: Gewährleistung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen individueller Bedürfnisbefriedigung und Sicherung der Zukunftsfähigkeit,
- institutionelle Dimension: Integrationsfähigkeit in den Alltag der Konsumenten.

1.2 Forschungsrahmen

In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der sozial-ökologischen Forschung durchgeführten Forschungsprojekt „Lebensereignisse als Gelegenheitsfenster für eine Umstellung auf nachhaltige Konsummuster“ (Kurztitel: LifeEvents) beschäftigen sich Sozialwissenschaftler der Technischen Universität Berlin (TU) und der Fachhochschule Bielefeld mit der Veränderung der Konsumgewohnheiten durch Lebensereignisse. Ihre Hypothese ist, dass Menschen ihr Konsumverhalten grundsätzlich in Richtung Nachhaltigkeit verändern wollen, dieser weitreichende Wandel von Routinen aber erst durch einen biografischen Umbruch angestoßen wird (Herde & Schäfer 2006). Die Hypothese, dass „die Wirkungen von Lebensereignissen und von Interventionen [...] in den Bevölkerungsgruppen höher sind, die in einem Umfeld mit förderlichen infrastrukturellen und sozialen Bedingungen leben“ (Schäfer o. J., S. 22), bedarf jedoch einer raumbezogenen Quantifizierung des Potenzials zu nachhaltigen Konsummustern. Das Untersuchungsgebiet ist Berlin.

Der hier vorliegende Beitrag hat das Ziel, die Potenziale in Berlin regional zu quantifizieren und hat die Ergebnisse als Blattsammlung in Form des ersten „Berliner Infrastrukturatlases für nachhaltigen Konsum“ kartografisch umgesetzt.

1.3 Konsumfelder und ihre Indikatoren

Da individueller Konsum alle Bereiche des täglichen Lebens umfasst, ist es problematisch, für das gesamte infrastrukturelle Angebot für nachhaltige Lebens- und Konsumstile Indikatoren zu entwickeln. Die beiden Bereiche „Mobilität“ und „Ernährung“ des privaten Konsums verursachen die größten Umweltbelastungen (Lorek & Spangenberg 2001). Daher konzentrierten sich die Analysen auf diese zwei Konsumfelder.

National und international werden auf kommunaler bzw. regionaler Ebene bereits verschiedene Indikatorensysteme zur Messung von Nachhaltigkeit entwickelt. Unter anderem betrachten diese umweltrelevante Konsumtrends und -muster sowie Wechselwirkungen zwischen Konsum und Umwelt. Aufgrund der Komplexität des Themas sind, je nach Systematik des Indikatorensatzes, Indikatoren für nachhaltigen Konsum auf verschiedene Bereiche verteilt, spezialisiert und regional verschieden.

Tab. 1 **Untersuchte Indikatoren für das Potenzial nachhaltigen Konsums**

Konsumfeld Ernährung	Konsumfeld Mobilität	
Erreichbarkeit	Erreichbarkeit	Anteil (am Straßennetz)
<ul style="list-style-type: none"> • Regionalmarke „VON HIER“ • Reformhäuser • vegetarische Restaurants • Öko-Restaurants • Eine-Welt-Läden • Bio-Fachgeschäfte 	<ul style="list-style-type: none"> • Bus-, Tram- und Fähren-Haltestellen • barrierefreie Bahnhöfe • S- und U-Bahnhöfe • CarSharing-Stationen 	<ul style="list-style-type: none"> • Radwege • Tempo-30-Straßen

Die gewählten, den Ist-Zustand darstellende, Indikatoren beschreiben entweder die Erreichbarkeit oder die Dichte ausgewählter Daten zum nachhaltigen Konsum (siehe Tab. 1). Da diese Indikatoren räumlich den jeweiligen administrativen Verwaltungseinheiten Berlins zugeordnet werden können und größtenteils im Steuerungsbereich der kommunalen Politik liegen, sind sie für deren Entscheidungsträger interessant (Born & De Haan 2002).

2 Potenzial-Quantifizierung mittels GIS

2.1 Raumsegmentierung

Die Analyse des kleinräumigen Potenzials zum nachhaltigen Konsum ist eng mit dem Sozialraum der Bevölkerung verknüpft. Deshalb wurde auf das Konzept der seit 2006 in Berlin eingeführten lebensweltlich orientierten Räume (LOR) zurückgegriffen und die Planungsräume, als die kleinste raumbezogene Einheit der LOR, ausgewählt. Bei deren Definition wurden zwei wesentliche Kriterien zugrunde gelegt: zum einen das Homogenitätsprinzip, d. h., die Bau-, Sozial- und Milieustruktur innerhalb der Räume ist sehr ähnlich, zum anderen die Barriereorientierung, bei der geografische Hindernisse wie Hauptverkehrsstraßen als Raumgrenzen verwendet werden. Weiterhin sind Unter- und Obergrenzen für die Anzahl der Einwohner vorgegeben, die Einheiten sind mit Block- und Bezirksgrenzen kompatibel sowie En- oder Exklaven wurden vermieden. Dadurch gewährleisten die LOR einen hohen Grad an Vergleichbarkeit, Daten können aufgabengerecht bereitgestellt werden, Planungen der Bezirksämter werden erleichtert und eine gesamtstädtische ressortübergreifende Rahmenstrategie wird ermöglicht (Bömermann et al. 2006).

2.2 Methodischer Ansatz

Die Chancen nachhaltig zu konsumieren, werden durch Indikatoren beschrieben, die auf kleinräumiger Ebene durch die Erreichbarkeit der nachhaltigen Konsumgüter und Infrastruktur-Einrichtungen für die Einwohner definiert werden. Um die Indikatoren für Berlin zu ermitteln, wird die durchschnittlich erforderliche Zeit errechnet, die notwendig ist, ausgewählte Einrichtungen zu Fuß zu erreichen. Dazu wird im Geoinformationssystem (GIS) ein Infrastruktur-Analysenetzwerk verwendet. Das Modell folgt der Annahme, dass für Konsumenten der Zeit-Vorteil das einzige Entscheidungskriterium ist und darum die nächstliegende Einrichtung gewählt wird. Deshalb wurde die Zeit-Distanz-Methode als Analyseansatz gewählt. Umgekehrt kann, ausgehend von einem

Startpunkt, über eine definierte Distanz auf dem Netzwerk ein Einzugsbereich um eine Infrastruktureinrichtung aufgespannt und so die darin lebenden Individuen geschätzt werden.

Alle Infrastruktureinrichtungen werden georeferenziert und die Bevölkerung auf der Aggregations-ebene der Blöcke wird den Blockzentroiden zugeordnet. Von diesen ausgehend werden auf dem Netzwerk metrische Distanzen berechnet und in Zeiteinheiten transformiert. Zu Fuß liegt die durchschnittliche Geschwindigkeit eines Erwachsenen bei 4,5 km/h (Rodewald & Schlichting 2007, S. 2) bzw. nach Jermann (2004) bei 5 km/h, wenn ein konkretes Ziel angesteuert wird. Bienert (1996, S. 126) hingegen geht nach empirischen Untersuchungen von 4,8 km/h aus, die in einer Stunde zurückgelegt werden können. Es ist davon auszugehen, dass immer konkrete Ziele angesteuert werden, gleichzeitig können Verzögerungen wie rote Ampeln auftreten. Deshalb wird für die Analyse der Wert von 4,8 km/h nach Bienert (1996) gewählt.

Abb. 1 **Ergebnis der Isochronen-Einzugsbereiche für Bio-Fachgeschäfte auf Planungsraumebene**

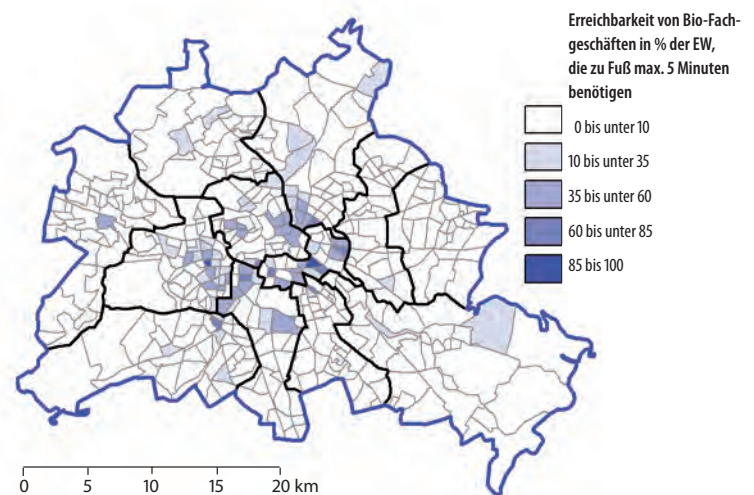


Abb. 2 **Durchschnittliche Erreichbarkeit der Bio-Fachgeschäfte auf Planungsraumebene**

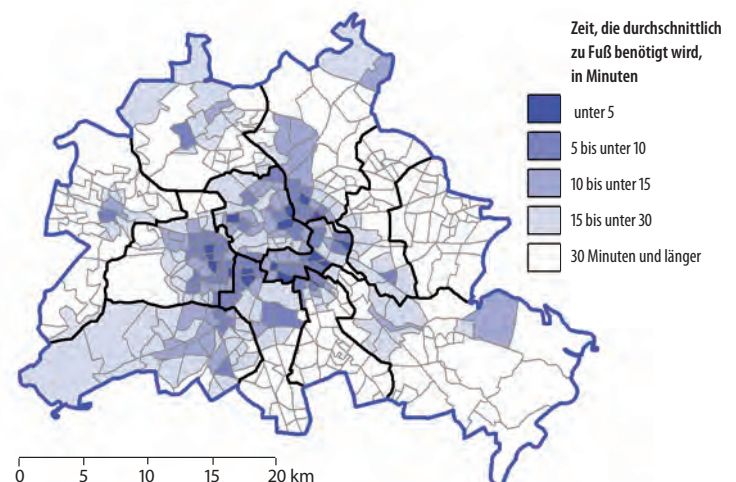
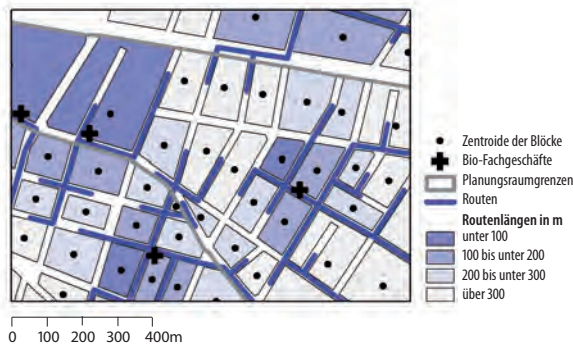


Abb. 3 Analyse der durchschnittlichen Erreichbarkeit mittels Netzwerkanalyse



Jedem Einzugsbereich eines Standorts wird im Modell eine nachfragende Bevölkerung zugeordnet. Um diese zu ermitteln, werden mit Hilfe von Isochronen drei Entfernungsklassen modelliert: fünf, acht und zehn Gehminuten. Dabei werden alle diejenigen Wohnblöcke mit ihrer dazugehörigen Bevölkerungszahl berücksichtigt, deren Zentroide sich innerhalb der Isochronen befinden.

Die Isochroneneinzugsbereiche fokussieren jedoch einzig auf Gebiete, in denen der Indikator positive Einflüsse auf das Potenzial ausübt. Ein vergleichbares Gesamtbild für alle Planungsräume kann so in der Darstellung nicht herbeigeführt werden (vgl. Abb. 1 und 2). Es war daher im Interesse der Ermittlung des Potenzials für die ganze Stadt sinnvoller, keine Isochronen-Einzugsbereiche zu verwenden, sondern den kürzesten Weg für jeden Block zum Zielort und dadurch die durchschnittliche Erreichbarkeit für alle Einwohner eines Planungsraums zu ermitteln (Abb. 3).

Um die Qualität des Modells zu erhöhen, wurde auch die Variation der Anzahl der Einwohner auf der Ebene der Blöcke innerhalb eines Planungsraums berücksichtigt. Die Bevölkerungsverteilung wurde in Form der, nach Einwohnerzahlen gewichteten-, arithmetischen mittleren Netzwerkdistanz pro Einwohner in die Analyse einbezogen.

Die Distanz (d_{nn_i}) eines Zentroiden im Block i zum nächstliegenden Standort wird multipliziert mit den Einwohnern (p_i) des zugehörigen Blocks. Es folgt die Summierung dieser gewichteten Distanz für den Planungsraum, und diese wird durch die Summe

der Einwohner aller Blöcke ($\sum_{i=1}^b p_i$) des Planungsraums (j) dividiert:

$$\bar{d}_j = \frac{\sum_{i=1}^b d_{nn_i} \cdot p_i}{\sum_{i=1}^b p_i}$$

Auch unter Berücksichtigung möglichst vieler Parameter bleibt jede analytische Methode nur ein abstraktes, errechnetes Modell der Realität, das diese aber nur näherungsweise in ihrer Komplexität erfassen kann (Schüssler 2006, S. 49).

Durch das Anwenden einer netzwerkbasierten Raumanalyse kommt es zum Teil zu unvorhergesehenen Ergebnissen. So können Erreichbarkeiten unerwartet besser oder schlechter sein, wo ein eindeutiges Ergebnis zu erwarten gewesen wäre. Beispielsweise ist in Abbildung 4 (links) zu sehen, dass sich ein Bio-Fachgeschäft im Bezirk Spandau zwischen dem Planungsraum 200 und 201 befindet. Jedoch weisen genau diese Planungsräume eine schlechtere Erreichbarkeit auf als der weiter vom Standort entfernte Planungsraum 202. Zu erklären sind diese Ergebnisse mit der Lage der Blöcke und der Infrastruktur. Diese jedoch werden im Analyseergebnis nicht visualisiert, sodass eine Erklärung des Ergebnisses für den Benutzer teilweise schwer nachzuvollziehen ist. Abbildung 4 (rechts) zeigt die plausible Erklärung für das Ergebnis. Da die Mehrzahl der Blöcke (schwarze Quadrate) sich in den am weitesten vom Standort entfernten Bereichen von 200 und 201 befindet und auch die Infrastrukturverbindungen (blaue Linien) für 201 immer erst durch 202 führen, ist die Erreichbarkeit in 202 durchschnittlich besser als in den anderen beiden Planungsräumen.

3 Datengrundlagen

Die Daten wurden vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, den Berliner Verkehrsbetrieben und der Technischen Universität Berlin bereitgestellt.

Mit dem Stand August 2008 stellte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die Daten der 15 412 Berliner Blöcke, das Verkehrsnetz und die statistischen Daten der melderechtlich registrierten Einwohner zur Verfügung. Das Verkehrsnetz ist das Fundament der Netzwerkanalyse. Die Berliner Verkehrsbetriebe stellten die Koordinaten ihrer 2 941 Haltestellen zur Verfügung. Die Daten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung beinhalteten Carsharing-Standorte, barrierefreie Bahnhöfe, ein Straßennetz mit Geschwindigkeiten, ein Straßennetz mit Radwegen und die Geometrie der Planungsräume. Das Straßennetz der Senatsverwaltung mit Geschwindigkeitsangaben für die einzelnen Kanten bestand jedoch statt aus 43 611 (Amt für Statistik) nur aus 8 221 Kanten. Damit lagen Geschwindigkeitsdaten nur für 19 % des gesamten Straßennetzes in Berlin vor, was zwangsläufig zumindest für Analysen bezüglich Geschwindigkeiten zu einem unrealistischen Ergebnis führt. Das Netzwerk der Radwege bestand aus 35 675 Kanten. Die TU Berlin stellte adressencodierte Daten über Bio-Fachgeschäfte und andere Einrichtungen aus dem Bio-Einkaufsführer für Berlin-Brandenburg 2008/2009 der Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin Brandenburg e. V. zur Verfügung. Der Eintrag ist seit 2005

Abb. 4 Unerwartete Ergebnisse der Netzwerkanalyse

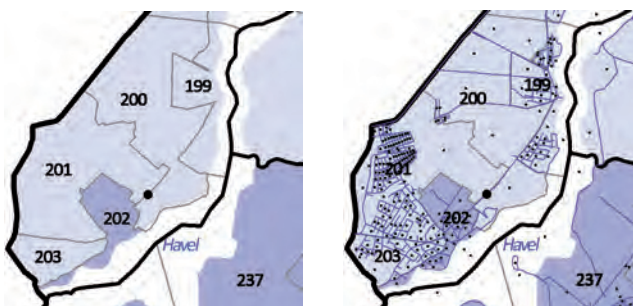
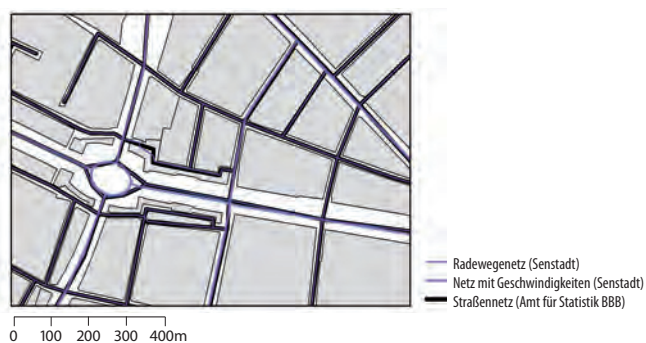


Abb. 5 Abweichende Geometrie der Infrastrukturnetze

freiwillig und kostenpflichtig. Deshalb war mit einem unvollständigen Datensatz zu rechnen. Mangels Alternativen fand er dennoch Anwendung.

Die Geodaten waren häufig nicht kompatibel. Besonders die Infrastrukturnetze wiesen weder übereinstimmende Geometrien noch Attribute auf, sodass die Verschneidung untereinander nicht möglich war (Abb. 5).

4 Ergebnisse

4.1 Auswertung der räumlichen Verteilung des Potenzials

Die Indikatoren variieren in ihrer räumlichen Verteilung. Während die Haltestellen des ÖPNV (Abb. 6) relativ gleich verteilt sind, sind die Bio-Fachgeschäfte (Abb. 3) fast ausschließlich in der Innenstadt konzentriert. Besonders innerhalb der Ringbahn existiert ein nach Nord-Westen (Wedding/Charlottenburg) geöffneter Ring, in dem Bio-Fachgeschäfte gut zu erreichen sind.

Die S- und U-Bahn ist aufgrund der Dichte von Stationen in der Innenstadt am besten zu erreichen (Abb. 7). Dort laufen die Linien zusammen, die die Funktion haben, das Zentrum mit der Peripherie zu verbinden. Gute Erreichbarkeit der Stationen besteht entlang der Trassen für S- und U-Bahn. Die Dichte der Trassen nimmt mit wachsender Entfernung vom Zentrum ab und wird in ihrer Funktion durch die flächig verteilten Bus-, Tram- und Fährnhaltstellen ergänzt (Abb. 6).

Da nur ein Teil der S- und U-Bahnhöfe barrierefrei sind, ergibt sich daraus eine schlechtere Erreichbarkeit (Abb. 8). Nur die Regionalbahnstation in Staaken im Westen Berlins führt zu einer Ausnahme da sie barrierefrei aber keine S-Bahnstation ist.

Die Carsharing-Stationen (Abb. 9) sind ähnlich wie die Bio-Fachgeschäfte verteilt. Es ist jedoch eine stärkere Konzentration im Süden und über die Ringbahn hinaus zu beobachten.

Radwege (Abb. 10) sind nur in Bereichen zu finden, deren Erschließung in der jüngeren Vergangenheit liegt oder bei denen es möglich war, sie bei Sanierungen zu integrieren. Ihr Anteil ist in den historischen Innenstadtgebieten geringer, da aufgrund der Baustruktur eine nachträgliche Integration aufwändig ist oder gegen Straßenbaurichtlinien betreffend die Mindestseitenraumbreite von Gehwegen verstoßen würde.

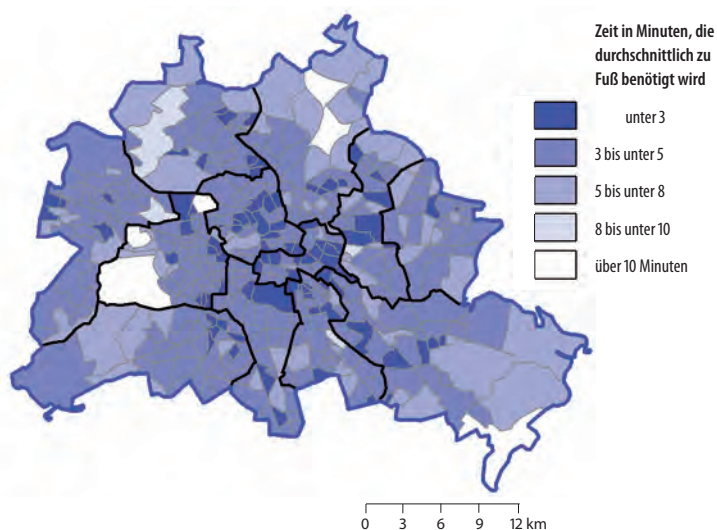
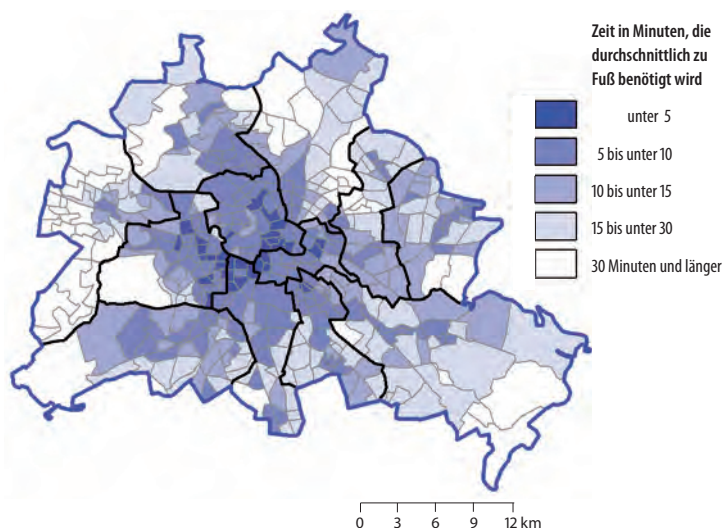
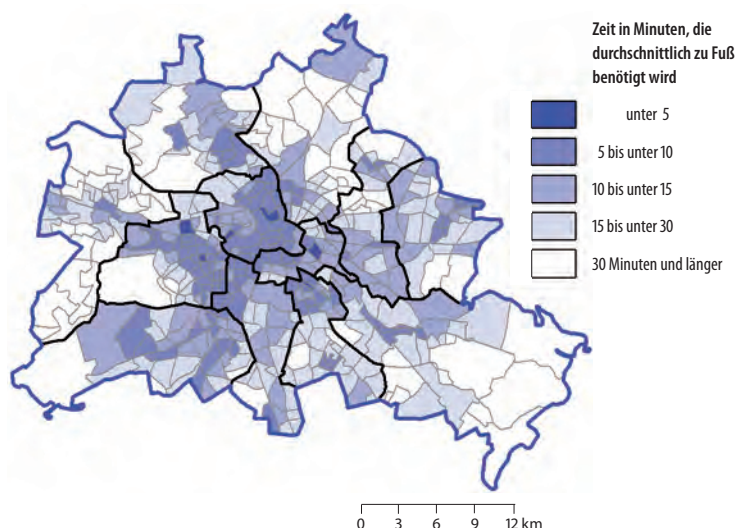
Abb. 6 Erreichbarkeit von Bus, Tram und Fähre in Berlin**Abb. 7 Erreichbarkeit von S- und U-Bahn-Stationen in Berlin****Abb. 8 Erreichbarkeit von barrierefreien Bahnhöfen in Berlin**

Abb. 9 Erreichbarkeit von Carsharing-Stationen in Berlin

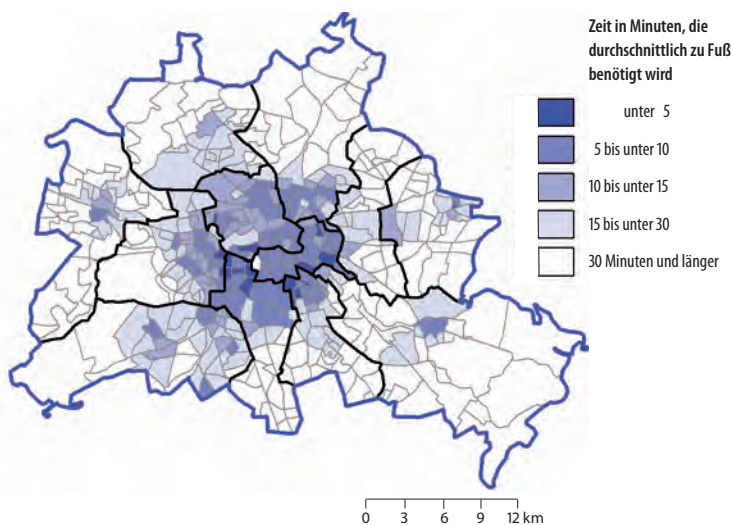


Abb. 10 Anteil der Straßen mit Radwegen in Berlin

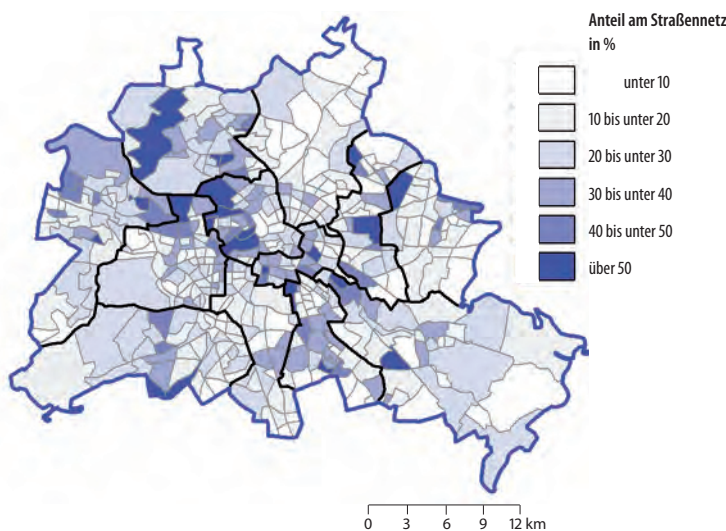
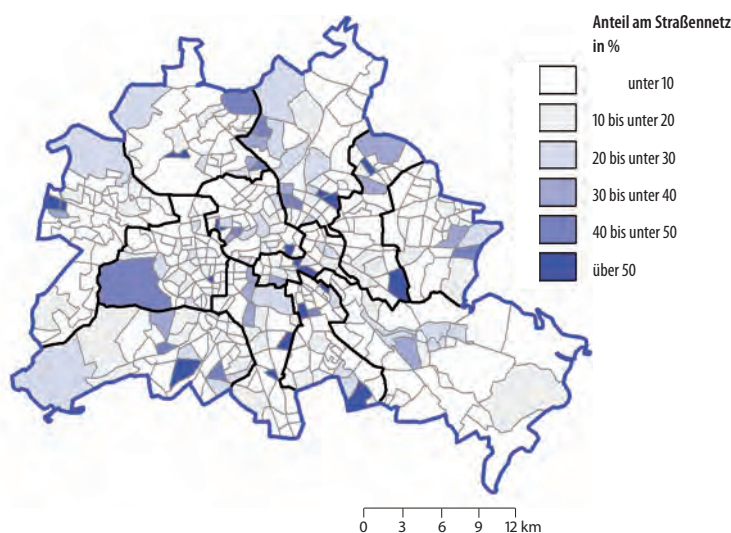


Abb. 11 Anteil der Tempo-30-Straßen in Berlin



Tempo-30-Straßen sollten besonders in Gebieten mit ausschließlicher Wohnfunktion zu finden sein. Abbildung 11 zeigt, dass diese Erwartung nicht in allen Teilen Berlins erfüllt wird, was durch die angesprochene Unvollständigkeit der Daten zu erklären ist.

4.2 Berliner Infrastrukturatlas für nachhaltigen Konsum

Der Atlas ist an den „Sozialstrukturatlas Berlin“ angelehnt. Er dient zum einen den Sozialwissenschaftlern des Projekts "Life Events" der TU Berlin als Datengrundlage, zum anderen zur Information für die interessierte Öffentlichkeit. Als Zielgruppe wurden sowohl Laien als auch fachspezifisch interessiertes Publikum definiert. Deshalb wurde auf eine klare Darstellung und Verständlichkeit Wert gelegt. Der Atlas ist als erweiterbare Blattsammlung angelegt und auf die digitale Darstellung optimiert. Alle Karten des Atlas sind Inselkarten im Maßstab 1 : 215 000. Die Inhalte wurden in Choroplethenkarten bzw. Flächenkartogrammen umgesetzt.

Um den Nutzer zu führen, wurden grafische Dekorbalken verwendet. Dabei sind die Informationen, die der Nutzer zuerst wahrnehmen soll, in den satter gefärbten Balken untergebracht, damit die Balken durch ihre Farbe Informationen separieren. Bedeutend ist die verbindende Funktion der Balken. So führt der Titel über die Karte zum Maßstab und ein anderer Balken von der Karte zur Legende. Damit werden alle Elemente mit der Karte im Zentrum verbunden. Einzige Ausnahme ist das Impressum. Als Layoutfarbe für die Dekorbalken dienen zwei ungesättigte Grüntöne als Symbolfarben für die Natur (siehe 3. Umschlagseite).

5 Fazit

Der Einsatz von GIS-gestützten Methoden liefert für die Analyse des Potenzials, nachhaltig zu konsumieren, einen deutlichen Mehrwert. Es ist möglich, das Potenzial raumbezogen zu quantifizieren und Disparitäten aufzuzeigen. Damit das GIS in ein laufendes Beobachtungssystem überführt werden kann, ist die Automatisierung von Analysevorgängen wichtig. Es konnten Methoden entwickelt werden, um die Analyse von Indikatoren zur Erreichbarkeit effektiver anzuwenden und zu automatisieren. Ein hoher Aufwand ist es nach wie vor, valide Daten zu erheben. Falls die Daten fortgeschrieben werden, kann die Analyse und Visualisierung effektiver durchgeführt werden. Die Erreichbarkeit auf der Grundlage eines Straßengraphen zu analysieren, hat sich als zeit- und datenintensiv erwiesen, steigert jedoch die Güte des Modells.

In Bezug auf Berlin zeigt die Analyse, dass das Potenzial zu nachhaltigem Konsum innerhalb des S-Bahn-rings besonders groß ist. Dort finden sich bei allen Indikatoren besonders positive Werte, die sich auf eine hohe Bevölkerungsdichte, das erhöhte Vorhandensein nachhaltiger Lebensweisen präferierender Bevölkerungsteile und der daraus resultierenden Kundendichte sowie auf die Existenz von verfügbaren Ladenflächen zurückführen lassen.

Mit der vorliegenden Studie wurde die Basis für den ersten „Berliner Infrastrukturatlas für nachhaltigen Konsum“ geschaffen. Es wäre wünschenswert, diesen durch weitere Themen und Analysen zu ergänzen und zu einer laufenden Raumbbeobachtung weiterzuentwickeln. Bei der Definition der Indikatoren ist Forschungsbedarf zu erkennen. Es sollten Möglichkeiten geprüft werden, weitere valide Daten zu integrieren, um die Potenziale nachhaltigen innerstädtischen Konsums vollständig zu modellieren. Die entwickelten Verfahren sind auf andere Großstädte übertragbar.

Autoren: *Bennet Schulte, Jürgen Schweikart*

Prof. Dr. rer. nat. Jürgen Schweikart ist Professor im Fachbereich III Bauingenieur- und Geoinformationswesen sowie Leiter des Labors für Geodatenanalyse und Visualisierung. Bennet Schulte, M.Sc. Dipl.-Ing. (FH), arbeitet als Forschungsassistent im selben Labor an der Beuth Hochschule für Technik Berlin

Literatur

- Becker, M. & Müller, S. (2006), Umweltdeterminanten des Konsumenten. Powerpoint-Präsentation. – Nach: Kroeberriell, W. & Weinberg, P. (1996), Konsumentenverhalten. 6. Auflage. Franz Vahlen, München. – Web: http://www.geekness.de/studium/vorlesungen/design_argumentieren/061_Referat_Konsumentenverhalten_Praesentation.pdf (20.12.2008).
- Bienert, M. L. (1996), Standortmanagement: Methoden und Konzepte für Handels- und Dienstleistungsunternehmen. In: Neue Betriebswirtschaftliche Forschung (nbf). Band 194. Gabler, Wiesbaden.
- Bömermann, H.; Jahn, S.; Nelius, K. (2006), Lebensweltlich orientierte Räume im Regionalen Bezugssystem (Teil 1) – Werkstattbericht zum Projekt „Vereinheitlichung von Planungsräumen“. In: Berliner Statistik. Monatsschrift 8/06, Berlin. S. 366–372.
- Born, M. & De Haan, G. (2002), Methodik, Entwicklung und Anwendung von Nachhaltigkeitsindikatoren. – Web: http://www.umweltschulen.de/download/nachhaltigkeitsindikatoren_born_deHaan.pdf (17.5.2008).
- Herde, A. & Schäfer, M. (2006), Nachhaltige Ernährung und Elternschaft. In: Ernährung im Fokus 04/06. aid e.V., Bonn. S. 98–104.
- Herde, A. (2007), Nachhaltige Ernährung im Übergang zur Elternschaft. Dissertation an der Technischen Universität Berlin. – Web: http://www.lifeevents.de/media/pdf/publik/herde/Herde_Adi-na_Diss.pdf (04.02.2009)
- Jermann, J. (2004), GIS-basiertes Konzept zur Modellierung von Einzugsbereichen auf Bahn-Haltestellen. Dissertation an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. – Web: <http://e-collection.ethbib.ethz.ch/show?type=diss&nr=15721> (06.12.2008).
- Lorek, S. & Spangenberg, J. H. (2001), Sozio-ökonomische Aspekte nachhaltigkeitsorientierten Konsumwandels. – In: Politik und Zeitgeschichte Nr. 24. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. S. 23–29. – Web: <http://www.bpb.de/files/212QVW.pdf> (10.01.2009).
- Meadows, D. H.; Meadows D. L.; Randers, J.; Behrens III, W. W. (1972), The Limits to growth: A report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind. 2. Auflage. Universe Books.
- Rodewald, B. & Schlichting, H. J. (2007), Springen, Gehen, Laufen. – Web: http://www.unimuenster.de/imperia/md/content/fachbereich_physik/didaktik_physik/publikationen/springen_gehen_laufen.pdf (10.01.2009).
- Schäfer, M. (o.J.), Lebensereignisse als Gelegenheitsfenster für eine Umstellung auf nachhaltige Konsummuster. Berlin (unveröffentlicht).
- Schüssler, F. (2006), Geomarketing – Anwendung Geographischer Informationssysteme im Einzelhandel. 2. Auflage. Tectum, Marburg.

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Landtagswahl 2009 in Brandenburg

Am 27. September 2009 wurde der 5. Brandenburger Landtag gewählt. Neben den Ergebnissen zum Abschneiden der Parteien und zur Sitzverteilung im neuen Landtag ist auch die Auswertung des Wahlverhaltens von großem Interesse. Die repräsentative Wahlstatistik, die das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg durchgeführt hat, gibt zuverlässige Informationen über die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenzen von jüngeren und älteren Wählern und von Männern und Frauen. Die repräsentative Wahlstatistik ist in § 49 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes geregelt. Die Datenbasis der repräsentativen Wahlstatistik ist wesentlich breiter als die bei repräsentativen Wahlnachbe-

fragungen von Wählerinnen und Wählern am Wahltag durch die Wahlforschungsinstitute, die sich in der Regel auf eine wesentlich kleinere Datenbasis stützen. Anders als die Analysen der Forschungsinstitute spiegelt sie nicht das erfragte, sondern das tatsächliche Wahlverhalten wider. Bei Befragungen der Wählerinnen und Wähler beim Verlassen des Wahllokals kann nicht garantiert werden, dass stets korrekte Angaben über das Wahlverhalten gemacht werden. Die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht keine Analyse der Wahlmotive. Sie liefert aber der Wahlforschung Basisinformationen sowie Ansatzpunkte für weitere Forschungen.

Insgesamt umfasst die Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik 127 der 3 363 Brandenburger Urnenwahlbezirke. Briefwahlbezirke wurden aufgrund der fehlenden gesetzlichen Grundlage im Land Brandenburg nicht in die Statistik einbezogen. Der Auswahlatz lag, bezogen auf die Wahlberechtigten und Urnenwähler, bei rund 5 %.

Die Zusammenfassung der Wählerinnen und Wähler zu zehn bzw. fünf Altersgruppen stellt sicher, dass Rückschlüsse auf das Wahlverhalten einzelner Wählerinnen und Wähler ausgeschlossen sind und das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt. Die Wahlberechtigten wurden im Wahllokal bzw. mit der Zusendung der Briefwahlunterlagen über die Teilnahme an der repräsentativen Wahlstatistik informiert. Den Wählerinnen und Wählern in den ausgewählten Stichprobenwahlbezirken wurde zur Durchführung der Statistik ein Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck (Geschlecht und Altersgruppe) ausgehändigt.

Da es sich um Ergebnisse einer Stichprobe handelt, weisen die Ergebnisse mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit einen Zufallsfehler auf. Dieser Zufallsfehler wird umso größer, desto kleiner die Zahl der in der Stichprobe erfassten Merkmalsträger ist. Die

Größe des Fehlerbereiches jedes einzelnen Stichprobenergebnisses hängt dabei nicht nur von der Zahl der Erhebungseinheiten und dem Auswahlatz ab, sondern auch von der Merkmalshäufigkeit. Deshalb hat jedes einzelne Merkmal seinen eigenen Fehlerbereich.

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe Gegenstand der repräsentativen Wahlstatistik

In die Analyse werden zwei verschiedene Sachverhalte einbezogen, die sich in ihrer Grundgesamtheit unterscheiden:

1. Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht:
Ausgezählt werden die Wahlberechtigten mit Stimmabgabevermerk (Wähler im Wahllokal), die Wahlberechtigten mit Wahlschein (Wahlscheinempfänger) und die Nichtwähler anhand der Wählerverzeichnisse in den ausgewählten Wahlbezirken. Nach dem vom Statistischen Bundesamt festgelegten Verfahren werden alle Wahlscheinempfänger als Wähler gezählt, unabhängig davon, ob sie durch Briefwahl oder durch Stimmabgabe im Wahllokal oder überhaupt nicht an der Wahl teilgenommen haben.
2. Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht der Wähler in den ausgewählten Wahlbezirken:
Die Auszählung erfolgt anhand von gekennzeichneten Stimmzetteln, aus denen Geschlecht und Zugehörigkeit zu einer Geburtsjahrgruppe hervorgehen. Die Grundgesamtheit dieser Stichprobe bilden die Wähler in den Wahllokalen.

Wahlbeteiligung mit dem Alter ansteigend?

Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung bei den 25 bis 29-Jährigen mit 53,4 %. Von dieser Altersgruppe an nahm die Wahlbeteiligung bis zu den 60 bis 69-Jährigen kontinuierlich zu und erreichte dort das Maximum mit 75,1 %. Bei den Wahlberechtigten die 70 Jahre oder älter waren sank die Wahlbeteiligung auf 65,5 %.

Gegenüber der Landtagswahl 2004 ist die Wahlbeteiligung in der Stichprobe um 10,2 % gestiegen. Dies hängt sehr wahrscheinlich mit der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl zusammen. Am stärksten stieg die Wahlbeteiligung bei den jüngeren Wählern. Die geringste Zunahme der Wahlbeteiligung gab es bei den 50 bis 59-Jährigen. Dies kann aber kaum verwundern, schließlich hatte diese Altersgruppe 2004 und 2009 jeweils die zweithöchste Wahlbeteiligung.

Tab.1 **Wahlberechtigte bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 und am 19. September 2004 nach dem Alter**

Alter in Jahren	Wahlberechtigte		Veränderung zu 2004
	2009	2004	
	%	%	%-Punkte
18 bis 20	3,7	4,5	- 0,8
21 bis 24	5,9	5,8	0,1
25 bis 29	6,5	5,7	0,8
30 bis 34	6,1	6,0	0,1
35 bis 39	6,5	9,3	- 2,8
40 bis 44	9,5	11,5	- 2,0
45 bis 49	11,1	10,1	1,0
50 bis 59	18,9	15,2	3,7
60 bis 69	14,0	17,6	- 3,6
70 und älter	17,8	14,2	3,6
Insgesamt	100	100	x

Insgesamt ist die Wahlbeteiligung bei den Frauen mit 66,8 % nur um unwesentliche 0,5 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Differenziert nach dem Alter war bei den 25 bis 69-Jährigen die Wahlbeteiligung der Frauen höher als bei den Männern. Bei den unter 25-Jährigen und bei den über 70-Jährigen hingegen war die Wahlbeteiligung bei den Männern höher, bei den über 70-Jährigen Männern sogar 11,7 Prozentpunkte über den Frauen. Dieser Umstand war auch bei der Landtagswahl 2004 zu verzeichnen.

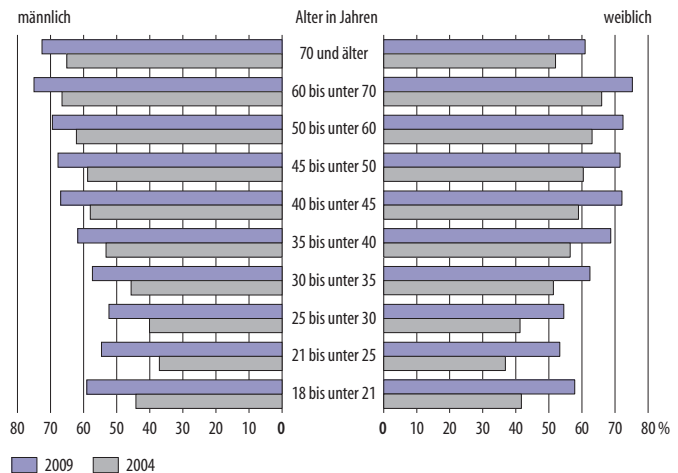
Wahlverhalten

Die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht aber nicht nur einen Einblick in die alters- und geschlechtsspezifische Wahlbeteiligung, sondern auch eine Analyse des Abstimmungsverhaltens nach Altersgruppen und Geschlecht.

Die SPD erzielte ihr bestes Zweitstimmenergebnis mit 40,6 % bei den ältesten Wählern (60 und älter). Dies ist überhaupt der höchste Wert, den eine Partei in einer Altersklasse erreichte. Trotzdem war dies die einzige Altersklasse, in der sich die SPD gegenüber 2004 verschlechterte (-2,7 Prozentpunkte). In allen anderen Altersklassen konnte die SPD ihren Stimmenanteil erhöhen. Generell ist der Stimmenanteil der SPD bei den Frauen höher als bei den Männern.

DIE LINKE erzielte ebenfalls ihr bestes Zweitstimmenergebnis in der Altersgruppe der Wähler über 60 Jahre. Dies sind aber 11,3 Prozentpunkte weniger, als sie die SPD in dieser Altersklasse erzielte. Verglichen mit 2004 waren die Veränderungen bei der Partei DIE LINKE relativ gering. Nennenswerte Verschiebungen gab es nur in den Altersklassen 35 bis 44 (- 2,4 Prozentpunkte) und 60 und älter (+ 2,2 Prozentpunkte). In den Altersgruppen bis 44 Jahre lag der Stimmenanteil der Frauen über dem der Männer. In den Altersklassen über 45 Jahre war der Zweitstimmenanteil der Männer höher als der der Frauen. Bemerkenswert ist, dass der Zweitstimmenanteil der DIE LINKE bei den Männern in fast allen Altersgruppen gesunken ist. Lediglich in der Altersgruppe über 60 Jahre konnte Die LINKE bei den Männern Stimmenanteile hinzugewinnen. Insgesamt konnte Die LINKE bei Männern

Abb. 1 **Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 und am 19. September 2004 nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten**



und Frauen ihren Stimmenanteil gegenüber 2004 um jeweils 0,4 Prozentpunkte erhöhen.

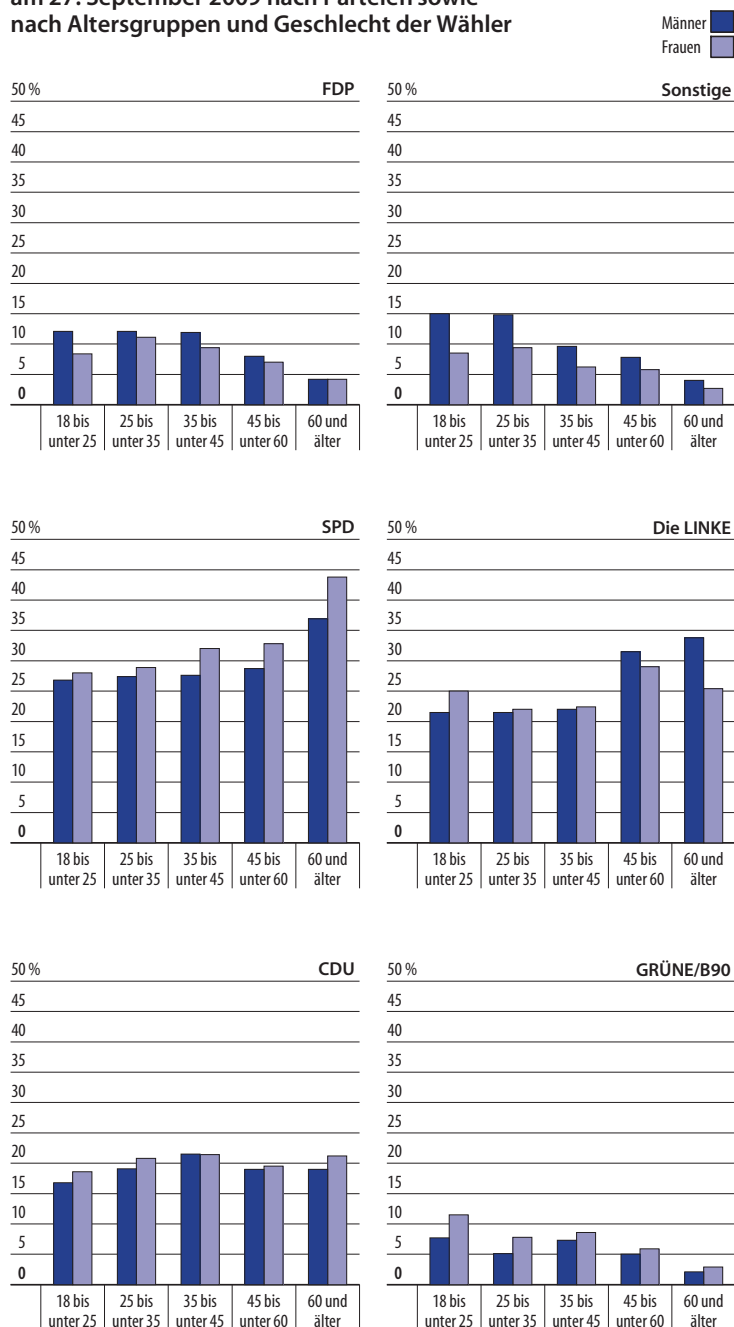
Die CDU erzielte ihr höchstes Zweitstimmenergebnis in der Gruppe der 35 bis 44-Jährigen. Zwischen den einzelnen Altersgruppen sind die Unterschiede bei der CDU deutlich geringer als bei SPD und DIE LINKE. Im Allgemeinen war der Stimmenanteil, den die CDU von Frauen erhielt etwas höher als der bei den Männern. Verglichen mit 2004 ist das Ergebnis der CDU insgesamt identisch. Veränderungen gab es jedoch beim Vergleich der Geschlechter. Bis auf die Wähler unter 25 Jahre verlor die CDU bei den Männern in allen Altersgruppen. Bei den Frauen hingegen konnte die CDU in allen Altersgruppen zulegen.

GRÜNE/B 90 erzielten ihr bestes Ergebnis bei den jungen Wählern. Der Stimmenanteil der Frauen war in allen Altersgruppen höher, als bei den Männern. Gegenüber 2004 konnten GRÜNE/B 90 in allen Altersgruppen zulegen, bei Männern und Frauen.

Tab. 2 **Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 und am 19. September 2004 nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten**

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung						Veränderung zu 2004
	2009			2004			
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
	%						
18 bis 20	58,4	59,0	57,8	43,0	44,2	41,7	15,4
21 bis 24	54,0	54,6	53,3	37,0	37,1	36,8	17,0
25 bis 29	53,4	52,3	54,5	40,6	40,1	41,3	12,8
30 bis 34	59,8	57,3	62,4	48,4	45,6	51,3	11,4
35 bis 39	65,1	61,8	68,7	54,8	53,2	56,4	10,3
40 bis 44	69,5	66,9	72,1	58,4	58,0	58,9	11,1
45 bis 49	69,5	67,7	71,5	59,6	58,8	60,4	9,9
50 bis 59	70,9	69,4	72,4	62,6	62,2	63,0	8,3
60 bis 69	75,1	75,0	75,2	66,2	66,5	65,9	8,9
70 und älter	65,5	72,6	60,9	57,0	65,1	52,0	8,5
Insgesamt	66,6	66,3	66,8	56,4	56,6	56,3	10,2

Abb. 2 Gültige Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 nach Parteien sowie nach Altersgruppen und Geschlecht der Wähler



Die FDP erzielte ihre besten Zweitstimmenergebnisse bei den jüngeren Wählern. In den Altersgruppen bis 44 Jahre erreichte sie zweistellige Ergebnisse. Der Anteil bei den Männern war in allen Altersgruppen höher als bei den Frauen. Gegenüber 2004 konnte die FDP ihr Ergebnis in allen Altersgruppen, bei Männern und Frauen deutlich verbessern.

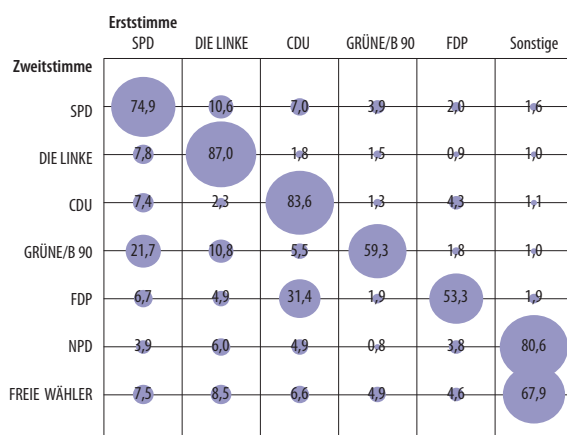
Im Gegensatz zur Landtagswahl 2004 bei der die DVU 6,1% der Stimmen errang stürzte sie 2009 auf 1,1% ab.

Die NPD, die 2004 nicht antrat, konnte von den Stimmenverlusten der DVU nicht wie erhofft profitieren. Sie kam insgesamt auf 2,8% der Stimmen. In den jüngeren Altersgruppen war ihr Stimmenanteil deutlich höher, als bei den älteren Wählern. Der Stimmenanteil der NPD war bei den Männern deutlich höher als bei den Frauen.

Stimmensplitting

Bei der Landtagswahl in Brandenburg konnten die Wählerinnen und Wähler 2 Stimmen abgeben und hatten somit die Möglichkeit, Wahlvorschläge unterschiedlicher Parteien zu unterstützen. Motive für ein solches Stimmensplitting – Erst- und Zweitstimme werden verschiedenen Parteien gegeben – können sehr unterschiedlich sein. So stellen häufig kleinere Parteien, die in der Wahlberichterstattung unter „Sonstige“ zusammengefasst werden, keine Direktkandidaten auf. Die Wähler dieser Parteien geben dann in der Regel ihre Erststimme einer anderen Partei. Zum anderen gibt es auch eine Reihe von Parteien, die zwar Wahlkreiskandidaten aufstellen, deren Kandidaten aber kaum eine Chance haben, ein Direktmandat zu erringen. Auch hier kommt es vor, dass die Anhänger dieser Parteien ihre Erststimmen aus wahltaktischen Gründen den Kandidaten anderer Parteien geben. Des weiteren gibt es noch Einzelbewerber, die nur in einem Wahlkreis antreten, und dadurch auch keine Zweitstimmen erhalten können. Hier ist es sehr wahrscheinlich, dass die Wähler dieser Einzelbewerber ihre Zweitstimme einer anderen Partei geben.

Abb. 3 Von 100 Wählern, die ihre Zweitstimme der vorstehenden Partei gaben, wählten mit der Erststimme den Kandidaten der ...



In welchem Ausmaße die Brandenburger Wähler von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch machen, zeigt die repräsentative Wahlstatistik.

Insgesamt ist bei den meisten Parteien eine recht große „Wählertreue“ zu verzeichnen. Bei SPD, DIE LINKE, CDU und NPD lag sie über 70 %. Bei den Parteien GRÜNE/B 90, FDP und FREIE WÄHLER hingegen war sie deutlich geringer. Bei den Männern ist eine höhere „Parteientreue“ zu verzeichnen, als bei den Frauen. Mit steigendem Alter der Wähler nimmt die „Parteientreue“ zu. Den Spitzenwert erreichte DIE LINKE. In der Altersgruppe der Wähler mit 60 und mehr Jahren gaben 90 % der Wähler, die der LINKEN ihre Zweitstimme gaben, auch dem Direktkandidaten der LINKEN ihre Erststimme.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse fallen aber eine Reihe von Besonderheiten auf, die Rückschlüsse auf bevorzugte Koalitionen vermuten lassen. 31,4 % der Wähler, die ihre Zweitstimme der FDP gaben, wählten mit ihrer Erststimme den Direktkandidaten der CDU. Auch bei den Wählern, die ihre Zweitstimme GRÜNE/B 90 gaben, war ein solches wahltaktisches Verhalten erkennbar; 21,7 % wählten den Direktkandidaten der SPD und 10,8 % den Direktkandidaten der LINKEN. Von den Wählern, die ihre Zweitstimme der SPD gaben, wählten 10,6 % einen Direktkandidaten der LINKEN, aber nur 7,0 % einen Direktkandidaten der CDU.

Autor: Torsten Haseloff

Tab. 3 Gültige Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 nach Parteien sowie nach Altersgruppen und Geschlecht der Wähler

Alter in Jahren	Ins- gesamt	SPD	DIE LINKE	CDU	GRÜNE/ B 90	FDP	Sonstige	Darunter	
								NPD	FREIE WÄHLER
	%								
insgesamt									
18 bis 24	100	27,4	23,1	17,6	9,5	10,4	12,0	6,5	1,7
25 bis 34	100	28,1	21,7	19,9	6,5	11,6	12,2	6,4	2,6
35 bis 44	100	29,9	22,2	21,5	8,0	10,6	7,8	3,5	2,3
45 bis 59	100	30,8	30,2	19,2	5,5	7,5	6,8	2,1	1,6
60 und älter	100	40,6	29,3	20,1	2,5	4,2	3,3	0,9	0,6
Insgesamt	100	33,2	27,0	19,8	5,4	7,7	6,9	2,8	1,5
männlich									
18 bis 24	100	26,8	21,5	16,8	7,7	12,1	15,0	8,8	1,6
25 bis 34	100	27,4	21,5	19,1	5,1	12,1	14,8	9,0	2,1
35 bis 44	100	27,6	22,0	21,5	7,3	11,9	9,6	5,1	2,0
45 bis 59	100	28,7	31,5	19,0	5,0	8,0	7,8	3,1	1,5
60 und älter	100	36,9	33,8	19,0	2,1	4,2	4,0	1,4	0,6
Insgesamt	100	30,7	28,5	19,2	4,8	8,4	8,4	4,1	1,4
weiblich									
18 bis 24	100	28,0	25,0	18,6	11,5	8,4	8,5	3,9	1,8
25 bis 34	100	28,9	22,0	20,8	7,8	11,1	9,4	3,7	3,2
35 bis 44	100	32,0	22,4	21,4	8,6	9,4	6,2	1,9	2,5
45 bis 59	100	32,8	29,0	19,5	5,9	7,0	5,8	1,1	1,7
60 und älter	100	43,8	25,4	21,2	2,9	4,2	2,7	0,4	0,5
Insgesamt	100	35,5	25,6	20,5	6,0	7,0	5,4	1,5	1,6

Tab. 4 Stimmensplitting bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 nach Geschlecht

Zweit- stimme ¹	Von 100 Wählern, die ihre Zweitstimme der vorstehenden Partei gaben, wählten mit der Erststimme den Kandidaten der ...						
	Ins- gesamt	SPD	DIE LINKE	CDU	GRÜNE/ B 90	FDP	Sonstige
	%						
insgesamt							
SPD	100	74,9	10,6	7,0	3,9	2,0	1,6
DIE LINKE	100	7,8	87,0	1,8	1,5	0,9	1,0
CDU	100	7,4	2,3	83,6	1,3	4,3	1,1
GRÜNE/B 90	100	21,7	10,8	5,5	59,3	1,8	1,0
FDP	100	6,7	4,9	31,4	1,9	53,3	1,9
NPD	100	3,9	6,0	4,9	0,8	3,8	80,6
FREIE WÄHLER ...	100	7,5	8,5	6,6	4,9	4,6	67,9
männlich							
SPD	100	76,7	9,7	6,0	3,6	2,0	1,9
DIE LINKE	100	7,4	87,7	1,5	1,3	0,8	1,2
CDU	100	6,5	1,8	85,5	1,0	4,0	1,2
GRÜNE/B 90	100	23,1	9,9	4,3	59,3	2,1	1,3
FDP	100	6,7	4,1	30,9	1,5	54,8	2,1
NPD	100	3,4	5,7	4,8	0,7	3,9	81,5
FREIE WÄHLER ...	100	7,1	6,0	6,0	5,0	3,8	72,1
weiblich							
SPD	100	73,5	11,2	7,8	4,2	1,9	1,3
DIE LINKE	100	8,3	86,2	2,1	1,7	0,9	0,8
CDU	100	8,2	2,8	81,9	1,5	4,6	1,0
GRÜNE/B 90	100	20,5	11,4	6,5	59,2	1,6	0,8
FDP	100	6,6	5,8	32,1	2,4	51,6	1,6
NPD	100	5,0	7,0	5,2	1,1	3,5	78,2
FREIE WÄHLER ...	100	7,8	10,6	7,2	4,8	5,2	64,4

¹ Tabelle ist zeilenweise zu lesen.
Beispiel: Von 100 Wählern (Insgesamt), die ihre Zweitstimme der SPD gaben, wählten mit der Erststimme 74,9 % den Kandidaten der SPD, 10,6 % den Kandidaten der Partei DIE LINKE usw.

Modernisierung der Produktpalette in der Berliner Industrie

Berlin im Vergleich mit anderen Agglomerationsräumen

Fragestellung

Unternehmen sind aufgefordert, im Rahmen globalisierter Märkte flexible Strategien zu entwickeln, um sich den ständig verändernden Nachfrage- und Produktionsbedingungen mit ihrem Produktsortiment anzupassen. Dabei können zum einen durch das Angebot neuer Produkte und der damit verbundenen Erschließung neuer Märkte quasimonopolistische Gewinne erzielt werden. Auf der anderen Seite ist es möglicherweise sinnvoll, Produkte aus der Angebotspalette zu entfernen, wenn sie nur noch unterdurchschnittlich zum Unternehmensgewinn beitragen.

Für die Berliner Industrie gilt, dass durch die besonderen Ausgangsbedingungen im ökonomischen Transformationsprozess der Modernisierungsbedarf der Produktpalette besonders hoch war. Entsprechend sind eine ganze Reihe von Studien zum Modernisierungsprozess der Industrie für den West- und Ostteil der Stadt durchgeführt worden (Fischer et al 2004, Pfeiffer/Ring 2002, Eickelpasch/Pfeiffer 1997). Sie kommen zu der weitgehend durchgängigen Einschätzung, dass das Modernisierungstempo in Berlin hoch ist. Allerdings fehlt es den Studien an regionalen Vergleichsmöglichkeiten. Es bleibt daher offen, ob die Produktpassung der Industrie in Berlin tatsächlich besonders stark ausgeprägt ist.

Empirisch vergleichende Untersuchungen zur Veränderung der Produktionsstrukturen werden dadurch erschwert, dass es keine allgemein akzeptierte statistische Definition neuer Produkte gibt. Da diese vor ihrer Entstehung zwangsläufig unbekannt sind, kann eine inhaltliche, in eine Klassifikation umsetzbare ex ante Abgrenzung meist nicht vorgenommen werden. Die Abgrenzung neuer Produkte über Patentanmeldungen ist sicherlich viel zu eng oder zu spezifisch und lässt unmittelbar keine Zuordnung von konkreten Markturnsätzen zu.

Weiterhelfen können hier Umfragen, die auf der Basis der Selbsteinschätzung von Unternehmen den Umfang neuer Produkte bestimmen. Umfangreiche Erhebungen für Deutschland führt hier das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim durch (Rammer/Czarnitzky 2003). Die Ergebnisse der Befragung von Unternehmen zur Bedeutung neuer Produkte können allerdings problematisch sein, da der Tatbestand „neu“ vielfältige Möglichkei-

ten der Interpretation bietet. Die „Wachstumsimpulse“ von Scheininnovationen in Ökonomien der zentralen Planwirtschaft sind hinreichend bekannt (Lippe 1996). Zudem muss die Erschließung neuer Märkte durch ein Unternehmen nicht ausschließlich darin bestehen, Produkte mit völlig neuen Eigenschaften zu erstellen.

Eine alternative Grundlage für repräsentative statistische Auswertungen der unternehmerischen Anpassungsprozesse auf der Absatzseite ergibt sich durch die Nutzung von Mikrodaten der amtlichen Statistik (Wagner 2005). Informationen zur Absatzseite enthält insbesondere die vierteljährliche Produktionserhebung für das Verarbeitende Gewerbe¹. Die auf der europäischen PRODCOM-Liste² beruhende deutsche Produktionserhebung erlaubt es, gut 6 000 verschiedene Güter zu unterscheiden.

Im Projekt „Amtliche Firmendaten für Deutschland (AFiD)“ wurde über die Verknüpfung der Betriebs- und Unternehmensdaten miteinander als auch im Längsschnitt das Analysepotenzial der Daten erhöht (Malchin/Voshage 2009). Für die Studie konnte ein verbundener Mikrodatensatz des Monatsberichtes und der Produktionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe für die Jahre 1995 bis 2004 ausgewertet werden. Ziel war es, das Tempo der Modernisierung der Produktpalette durch die Aufnahme neuer Produkte in Berlin mit dem in anderen deutschen Ballungsräumen zu vergleichen.

Industrieökonomischer Hintergrund

In historischer Perspektive sind sich die Ökonomen darüber einig, dass arbeitsteilige Spezialisierung aufgrund der verschiedenen Formen der Fixkostendegression effizienz- und produktivitätssteigernd wirkt und somit den Gesamtwohlstand vergrößert (Marshall 1920). Dennoch kann beobachtet werden, dass Unternehmen Produktdiversifizierung in verschiedenen Ausprägungen betreiben. Insbesondere in der industrieökonomischen Literatur wird daher diskutiert, warum trotz der grundsätzlichen Vorteile der Spezialisierung eine stärkere Produktdiversifizierung auf Unternehmensebene sinnvoll sein kann (Jovanovic/Gilbert (1993).

¹ Es handelt sich um das Verarbeitende Gewerbe einschließlich des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, wobei der Einfachheit halber und entsprechend der in der Regel

nur geringen Relevanz des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nachfolgend nur vom Verarbeitenden Gewerbe oder der Industrie gesprochen wird, jedoch ist der gesam-

te Bereich in der Analyse mit berücksichtigt.

² „PRODUCTION COMMUNAUTAIRE“ (Gemeinschaftliche Produktion) für Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Herstellung von

Waren: Sektionen B und C der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1.1).

Überwiegend der Absatzseite zuzurechnen sind danach die Motive Gewinnung zusätzlicher Marktmacht, Risikoausgleich und Erhöhung der Produktkompatibilität. Als kostenseitige Erklärungen werden verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten und Effizienzgewinne durch Economies of Scope angeführt. Stigler (1951) verweist zudem darauf, dass durch begrenzte Absatzpotenziale für einzelne Produkte die Wachstumschancen eines Unternehmens ungenutzt bleiben können.

Insbesondere das Ziel der Gewinnung zusätzlicher Marktmacht durch Erschließung neuer Märkte wird häufig als Begründung für unternehmerische Innovationsaktivitäten herangezogen. Unternehmen, die stark in Forschung und Entwicklung investiert haben, werden zur Diversifizierung in neue Märkte gezwungen, wenn auf den alten Märkten die innovativen Erkenntnisse nicht mehr zu vermarkten sind (Penrose 1959; Chandler 1978).

Die Vielfältigkeit der Diversifizierungsmotive macht deutlich, dass der Begriff Diversifizierung unterschiedlich weit ausgelegt werden kann. Entsprechend breit angelegt sind auch die Versuche, Spezialisierungs- bzw. Diversifizierungsstrategien empirisch zu belegen. In der weitesten Abgrenzung beziehen sie sich auf die Strategie von Konzernen, durch Unternehmenszukäufe und Unternehmensfusionen die Gesamtstruktur des Konzerns zu verändern. Dabei hat die Frage der Risikominderung eine große Bedeutung.

Auch wenn man sich auf Analysen beschränkt, die die Veränderung der Produktdiversifizierung innerhalb von Unternehmen als kleinste Entscheidungseinheit betrachten, sind die empirischen Ergebnisse nicht eindeutig (Jovanovic/Gilbert 1993). Dies liegt vor allem daran, dass viele der vorliegenden Studien auf eine relativ geringe Anzahl von Unternehmen zurückgreifen. Dabei handelt es sich in der Regel um Großunternehmen. Insoweit hängt das erzielte Ergebnis wesentlich von den jeweiligen spezifischen Bedingungen der Unternehmensstichprobe ab.

Repräsentative empirische Studien zur Produktdiversifizierung von Unternehmen gibt es nur wenige. Auf der Basis eines umfassenden Datensatzes haben Gollop/Mohanan (1991) Diversifizierungsprozesse in den USA zwischen 1963 und 1982 untersucht. Für Kanada gibt es eine neuere Untersuchung, die auf dem „census of manufacturing“ für Kanada beruht (Baldwin u. a. 2001). In jüngster Zeit sind durch die verfügbaren Mikrodaten in den Forschungsdatenzentren (FDZ) auch für Deutschland erste Studien zur Produktdiversifizierung vorgelegt worden (Görzig u. a. 2007a, Wagner 2008). Sie konzentrieren sich allerdings auf die Beobachtung der Entwicklung in Deutschland insgesamt. Görzig u. a. (2007b) haben lediglich unterschiedliche Diversifizierungsgrade in Ost- und Westdeutschland berücksichtigt. Hinsichtlich einer auf räumliche Einflüsse fokussierten Analyse betritt die vorliegende Untersuchung somit Neuland.

Datengrundlagen

Beim Datenzugang haben sich die institutionellen Rahmenbedingungen durch die Einrichtung der FDZ und die damit mögliche Auswertung von Mikrodaten der amtlichen Statistik grundlegend verbessert. Der Zugang zu den Einzeldaten der amtlichen Statistik kann auch für differenzierte Informationen unter Berücksichtigung der statistischen Geheimhaltung gewährleistet werden (Zühlke et al. 2004).

Die amtliche Statistik des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland ist vergleichsweise gut ausgebaut und für viele Tatbestände eine Vollerhebung. Das Erhebungssystem besteht aus mehreren konsistent verbundenen Einzelbefragungen zu unterschiedlichen Themenbereichen. Die in Deutschland ansässigen Industrie- und Handwerksbetriebe sind gesetzlich verpflichtet, den Statistischen Ämtern zu unterschiedlichen Statistiken Auskünfte zu erteilen. Im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes werden monatliche, vierteljährliche und jährliche Erhebungen bzw. Berichtszeiträume unterschieden. Grundlage der folgenden Analyse bilden die Mikrodaten des „Monatsberichts für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden“ und die „Vierteljährliche Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“. Berichtspflichtig sind „Betriebe“³ des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten⁴ sowie Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes, einschließlich des Produzierenden Handwerks⁵.

Für diese Untersuchung wurden die Mikrodaten über die entsprechende Betriebsnummer miteinander verbunden. Verwendet wird ein Longitudinaldatensatz für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes im Zeitraum 1995 bis 2004. Für diesen Zeitraum stehen in der amtlichen Statistik nach der umfassenden Revision der Wirtschaftszweigklassifikation von 1995 nach einem einheitlichen Schema erhobene Mikrodaten für Betriebe und Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zur Verfügung. Die Güterklassifizierung wurde allerdings 2002 leicht überarbeitet.

Zur Bestimmung der Produktvielfalt werden hier Angaben aus der Produktionserhebung verwendet. In der Produktionserhebung wird nach Menge und Wert der erzeugten Produkte gefragt. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht die zum Absatz bestimmte Produktion. Zwischenprodukte und vergebene Lohnarbeiten sind nicht einbezogen. Die Befragung richtet sich an die jeweiligen Betriebsstätten der Unternehmen, also an die örtlichen Einheiten. Von der hier verwendeten vierteljährlichen Befragung werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Angaben über Menge und Wert aller 6 600 erfassten

3 Als Betrieb des genannten Wirtschaftsbereichs gilt jede örtlich abgegrenzte Produktionseinheit einschließlich der in ihrer unmittelbaren Umgebung liegenden und von ihr abhängigen Einheiten (vgl. Statistisches Bundesamt 2009).

4 Zu den Beschäftigten zählen auch die Inhaberinnen und Inhaber sowie mithelfende Familienangehörige, selbst unbezahlt Beschäftigte, soweit ihre Arbeitszeit ein Drittel der üblichen Arbeitszeit überschreitet (vgl. Statistisches Bundesamt 2009).

5 Abweichend hiervon ist aus Gründen der besseren Repräsentation die Erfassungsgrenze für einige Wirtschaftsklassen, insbesondere des Ernährungsgewerbes, auf 10 oder mehr Beschäftigte festgelegt. In den Berichts-

eingeschlossen sind auch in der Handwerksrolle eingetragene produzierende Betriebe, sofern sie 20 oder mehr tätige Personen beschäftigen (vgl. Statistisches Bundesamt 2005).

Tab. 1 **Produktstrategien bestehender Betriebe in Berlin und den anderen großen deutschen Agglomerationen 1995 bis 2004**
(Betrieb 2004 >20 Beschäftigte)

Merkmal	Berlin	Andere Agglomerationen ¹	Berlin	Andere Agglomerationen ¹
	Anzahl der Betriebe		Anteile in %	
Seit 1995 bestehende Betriebe	379	5 800	100	100
Ohne Sortimentsänderung ...	251	3 533	66,2	60,9
Sortimentsreduzierung	73	1 306	19,3	22,5
Sortimentswechsel	24	423	6,3	7,3
Sortimentsauweitung	31	538	8,2	9,3
Bis 2004 geschlossene Betriebe	339	2 297	47,2 ²	28,4 ²

¹ Hamburg, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Stuttgart und München
² in % des Bestandes 1995

Quellen: FDZ der Statistischen Landesämter; Monatsbericht und Produktionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe; eigene Berechnungen.

Produkte, entsprechend dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP), verwendet. Der vorliegenden Untersuchung liegen die GP 95 und GP 02 zugrunde. Die Quartalergebnisse wurden zu Jahresergebnissen zusammengefasst. Basis der Untersuchung sind Angaben der Produktionserhebung von jährlich rund 34 000 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes. Als grundlegende Analyseeinheit bzw. als Merkmalsträger wird hier ein Betrieb definiert, d. h. die örtliche Einheit. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle sind die Industriebetriebe Einbetriebsunternehmen, sodass eine Unterscheidung nach den Betriebstypen entfallen kann.

Die Analyse zu den Veränderungen der Produktvielfalt beschränkt sich jedoch ausschließlich auf jene Betriebe, für die Informationen sowohl am Beginn (1995) wie am Ende (2004) der Beobachtungsperiode vorliegen. So ist eindeutig nachzuweisen, ob ein Betrieb seine Palette im Zeitablauf verändert hat. Dieser Unterdatensatz enthält Angaben zu den Produkten von über 14 800 Betrieben.

Messung der Produkterneuerung

Mit der Verwendung der Produktionsstatistik ist eine eher enge Abgrenzung des Begriffs der Produktvielfalt verbunden. Die Analyse bezieht sich wegen des Ziels der Abbildung regionaler Unterschiede auf den Betrieb als örtliche Produktionseinheit. Unbeobachtet bleiben daher Spezialisierungs- bzw. Diversifizierungstendenzen von Mehrbetriebsunternehmen⁶ oder Konzernstrukturen durch Unternehmenszu- und Unternehmensverkäufe.

Für die Interpretation des Diversifizierungsgrades ist es zudem nicht unerheblich, wie Produkte abgegrenzt werden. Wird wie hier die Produktabgrenzung der Statistik verwendet, so wird in der Regel auf physische Abgrenzungskriterien zur Unterscheidung der Produkte abgestellt. Nachfrageorientierte Anpassung der Produkte durch geringfügige Veränderungen von Ausstattungsdetails oder kognitive, beispielsweise durch Werbung vermittelte, Produkteigenschaften werden nicht abgebildet. Nur ein Teil

der ökonomisch relevanten Produktdiversifizierung kann somit durch die Produktabgrenzung der Statistik erfasst werden.

Zur Quantifizierung der Veränderung der Produktvielfalt (Produktdiversifizierung) auf Betriebsebene werden vier Fälle von Produktstrategien unterschieden:

- Die Zahl der produzierten Güter gemäß der Güterklassifikation bleibt im Vergleich 2004 im Vergleich zu 1995 unverändert (Ohne Sortimentsänderung).
- Die Zahl der produzierten Güter eines Unternehmens liegt 2004 unter der von 1995 (Sortimentsreduzierung).
- Die Zahl der Produkte bleibt unverändert oder verringert sich gegenüber 1995, aber es werden 2004 andere Güter erstellt (Sortimentswechsler).
- Die Zahl der produzierten Güter eines Unternehmens liegt 2004 über der von 1995 (Sortimentsauweitung).

Für die zu analysierenden Jahre stehen jeweils Angaben von etwa 34 000 Betrieben für die Auswertung zur Verfügung. Als Vergleichsregionen zu Berlin wurden die großen westdeutschen Agglomerationen Hamburg, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Stuttgart und München ausgewählt, um grundsätzlich ähnliche raumstrukturelle Produktionsbedingungen zu berücksichtigen. Die räumliche Abgrenzung der Agglomerationen erfolgte anhand der jeweiligen Raumordnungsregionen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Im Fall von Hamburg wurden auch die angrenzenden Raumordnungsregionen mit einbezogen.

Ergebnisse

Die Entwicklung der Berliner Industrie ist in den Jahren nach der Vereinigung durch starke Schrumpfungsprozesse geprägt. Der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung ist stark zurückgegangen und vor allem die Zahl der Menschen, die in der Industrie Beschäftigung finden, ist dramatisch kleiner geworden.

Auch viele der früher in Berlin tätigen Industriebetriebe existieren nicht mehr oder sind so klein geworden, dass sie von der Statistik nicht mehr erfasst werden (Tabelle 1). Von den 1995 in Berlin ansässigen knapp 720 Betrieben sind nur noch rund 380 übrig geblieben, fast 340 sind aus der Statistik verschwunden. Der industrielle Schrumpfungsprozess hat also nahezu jeden zweiten Betrieb die Existenz gekostet. Allerdings sind auch in den westdeutschen Agglomerationen viele Betriebe auf der Strecke geblieben. Hier liegt der Anteil der aufgegebenen Industriebetriebe am Bestand 1995 bei gut 28 %. Also auch im Kontext einer durchschnittlich besseren Gesamtentwicklung der Industrie scheiden doch relativ viele Betriebe aus dem Markt aus.

Was aber haben die überlebenden Betriebe gemacht? Gut 250 von den ca. 380 seit 1995 bestehenden Industriebetrieben in Berlin produzierten 2004 noch das gleiche Produkt bzw. die gleiche Produkt-

⁶ Als Mehrbetriebsunternehmen (MBU) werden in der amtlichen Statistik diejenigen Unternehmen bezeichnet, die mindestens zwei örtliche Einheiten besitzen.

Befinden sich örtliche Einheiten eines Unternehmens in mindestens zwei Bundesländern, so wird von einem Mehrländerunternehmen (MLU) gesprochen.

palette wie 1995. Dies deutet darauf hin, dass die Produkte am Markt hinreichend erfolgreich waren. Sie sicherten den Betrieben auf jeden Fall ihre Existenz. Gut 70 Berliner Betriebe warfen offensichtlich weniger ertragreiche Produkte aus ihrem Sortiment und reduzierten ihr Produktsortiment. Fasst man diese beiden Gruppen zusammen, produzierten in Berlin demnach 2004 mehr als 85 % der Betriebe nur Produkte, die sie auch schon 1995 erstellt haben.

Die Industriebetriebe in Berlin weisen damit im Durchschnitt ein ähnliches Verhalten auf wie die Betriebe in den großen Agglomerationen Westdeutschlands. Der Anteil von Betrieben ohne Sortimentsveränderung liegt dort bei knapp 61 %, der der Spezialisierer (Sortimentsreduzierer) bei mehr als 22 %. Beide Gruppen zusammen kommen auf einen Anteil an allen Industriebetrieben der Region, der mit 83,5 % nur um gut 2 Prozentpunkte niedriger liegt als in Berlin.

Umgekehrt heißt dies, dass in Berlin wie in den anderen großen Agglomerationen im Durchschnitt nur sehr wenige Betriebe – knapp 15 % der Industriebetriebe – im Zeitraum 1995 bis 2004 mindestens ein bisher von ihnen nicht produziertes Gut in ihre Produktpalette aufgenommen haben. Der Gruppe der Sortimentsausweiter können in Berlin gut 8 % zugerechnet werden. Dieser Betriebstyp besitzt im Durchschnitt der anderen Agglomerationen einen Anteil von mehr als 9 %. Berliner Industriebetriebe, die zwar die gleiche Anzahl von Gütern erstellen wie 1995, diese aber einer anderen Güterklasse angehören, sind deutlich weniger vertreten. In Berlin beträgt der Anteil dieser Sortimentswechsler an allen über den Gesamtzeitraum existierenden Betrieben gut 6 %, in den anderen Agglomerationen 7 %.

Die Veränderung der Produktpalette der bestehenden Industriebetriebe ist aber nur ein Weg, wie neue Ideen und neue Produkte in die Produktionsstruktur Eingang finden können. Entscheidend für die Modernisierung in Berlin ist auch, dass neue Betriebe in die Stadt kommen bzw. aus Neugründungen respektable Industriebetriebe werden. Ein wesentlicher Indikator hierfür ist die Zahl neu in der Industriestatistik erfasster Betriebe, die in der Regel dann aufgenommen werden, wenn mindestens 20 Beschäftigte dem dazugehörigen Unternehmen zuzuordnen sind.

Die Tabelle 2 weist in Berlin für 2004 über 200 neue Industriebetriebe aus. Das entspricht einem Anteil an allen in Berlin tätigen Industriebetrieben von 36 %. Das heißt, mehr als jeder dritte Industriebetrieb, der heute in der Stadt produziert, ist erst nach 1995 in Berlin aktiv geworden. Dies ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass hinter dem sichtbaren Gesamtprozess der Schrumpfung in der Berliner Industrie auch Ansätze für eine neue industrielle Zukunft in der Stadt entstanden sind.

Der Erneuerungsprozess durch neue Betriebe ist dabei in Berlin weit stärker ausgeprägt als in den anderen großen deutschen Agglomerationen. Zwar sind im Durchschnitt auch dort viele neue Betriebe erfasst worden, in Relation zum Gesamtbestand an Betrieben 2004 ist ihr Anteil aber mit rund 27 % deutlich geringer. Ein Grund für die hohe Bedeutung neuer Betriebe in Berlin ist natürlich auch, dass in der Stadt relativ viele Betriebe seit 1995 ausgeschieden

Tab. 2 **Neue Produkte und neue Betriebe in Berlin und den anderen großen deutschen Agglomerationen 1995 bis 2004** (Betrieb 2004 >20 Beschäftigte)

Merkmal	Berlin	Andere Agglomerationen ¹	Berlin	Andere Agglomerationen ¹
	Anzahl der Betriebe		Anteile in %	
Alle Betriebe 2004.....	592	7 978	100	100
Seit 1995 bestehende Betriebe	379	5 800	64,0	72,7
Ohne Sortimentsänderung ...	251	3 533	42,4	44,3
Sortimentsreduzierung.....	73	1 306	12,3	16,4
Sortimentswechsel.....	24	423	4,1	5,3
Sortimentsauweitung	31	538	5,2	6,7
Seit 1995 errichtete Betriebe ...	213	2 178	36,0	27,3
Erneuerer ²	268	3 139	45,3	39,3

1 Hamburg, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Stuttgart und München

2 Bestehende Betriebe mit Sortimentswechsel und Sortimentsausweitung sowie neu errichtete Betriebe

Quellen: FDZ der Statistischen Landesämter; Monatsbericht und Produktionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe; eigene Berechnungen.

sind. Aber auch wenn man die Zahl neuer Betriebe auf die Ausgangsbasis 1995 bezieht, liegt der Anteil neuer Betriebe in Berlin um 3 Prozentpunkte höher als in den Vergleichsregionen.

Die Modernisierung der Produktstruktur in Berlin ist demnach wesentlich durch neu hinzukommende Betriebe voran getrieben worden. Neue Betriebe sind mit ihren Produkten hinzugekommen und ergänzen das in der Stadt erstellte Produktportfolio. Fasst man die Gruppen der neuen Betriebe und der bestehenden Betriebe mit neuen Produkteinführungen zusammen, kommt man in Berlin auf einen Anteil neuer Produktionsstrukturen von 45 %. Die Erneuererquote im Durchschnitt der anderen großen Agglomerationen liegt spürbar darunter bei 39 % (Tabelle 2).

Schlussfolgerungen

Die vorgestellten Ergebnisse bestätigen die in vorliegenden Studien zur Berliner Industrie (Fischer et al. 2004, Pfeiffer/Ring 2002, Eickelpasch/Pfeiffer 1997) genannten Einschätzungen des Schrumpfungsprozesses zum einen sowie die beschriebene Modernisierung der Absatzstrukturen zum anderen. Mehr noch, die Berechnungen zeigen, dass am Standort Berlin der industrielle Modernisierungsprozess ausgeprägter ist als in den anderen großen Agglomerationen. Dies ist womöglich auch als Folge des besonders hohen Umstellungsbedarfs nach der Wiedervereinigung zu sehen.

Das Modernisierungstempo hat aber bislang offensichtlich nicht ausgereicht, die Berliner Industrie auch im Durchschnitt besonders leistungsfähig und wachstumsstark werden zu lassen. Im Produktivitätsniveau und dem Produktionswachstum bestanden in den letzten Jahren gerade im regionalen Vergleich noch erhebliche Defizite. Aus der theoretischen Sicht der Industrieökonomie (Montgomery 1985) als auch der empirischen Forschung zur Erklärung des Firmenerfolges (Görzig u. a. 2008, Braakmann/Wagner 2009) ist dieses Ergebnis aber nicht überraschend. Modernisierungsprozesse sind häufig gerade mit besonderen Aufwendungen für die Markterschließung

und für das Erlernen neuer Prozesse verbunden. Die positiven Wirkungen sowohl auf die Produktivität als auch auf das Wachstum sind daher kurzfristig nicht immer eindeutig und dürften sich erst langfristig nachweisen lassen.

Autoren: Martin Gornig, Ramona Voshage, AfS

Prof. Dr. Martin Gornig ist Stellvertretender Leiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, sowie Honorarprofessor für Stadt- und Regionalökonomie an der Technischen Universität Berlin.

Literatur

- Baldwin, Jar., D. Beckstead, R. Caves (2001). Changes in the Diversification of Canadian Manufacturing Firms (1973-1997): A Move to Specialization. Statistics Canada. Analytical Studies Branch – Research Paper Series: 179.
- Braakmann, N., J. Wagner (2009). Product Differentiation and Profitability in German Manufacturing Firms. University of Lüneburg, Working Paper Series in Economics, no. 115.
- Chandler, A.D. (1978). The United States: Evolution of Enterprise. In: The Cambridge Economic History of Europe VII. Cambridge.
- Eickelpasch, A., I. Pfeiffer (1997). Zukunftssicherung durch Innovation. Profil, Potential und Strategien der Unternehmen in Berlin. Industrie- und Handelskammer zu Berlin (Hrsg.), Edition StadtWirtschaft, Regioverlag: Berlin.
- Fischer, J., R. Pohl, K. Semlinger (2004). Berlins Industrie nach der Wiedervereinigung. Was bringt die neue Gründerzeit? Investitionsbang Berlin (Hrsg.), Edition StadtWirtschaft, Regioverlag: Berlin.
- Gollop, F., J. Monahan (1991). A Generalized Index of Diversification Trends in U.S. Manufacturing. The Review of Economics and Statistics 73, S. 318–30.
- Görzig, B., M. Gornig, A. Werwatz (2007b). Produktdiversifizierung: Konvergenz zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen, Eine Dekomposition mit Mikrodaten der amtlichen Statistik, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 227, 2, S. 168–186
- Görzig, B., M. Gornig, A. Werwatz (2008). The Impact of Introducing New Products on Firm Productivity: Evidence from German Manufacturing. EUKLEMS working paper series, no. 32, Groningen.
- Görzig, B., M. Gornig, R. Pohl (2007a). Spezialisierung und Unternehmenserfolg im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 76, 3, S. 43–58.
- Jovanovic, B., R.J. Gilbert (1993). The Diversification of Production. Brookings Papers on Economic Activity. Microeconomics, S. 197–247.
- Lippe, Peter von der, (1996). Die politische Rolle der amtlichen Statistik in der ehemaligen DDR, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, S. 215–6, S. 641–73.
- Malchin, A., R. Voshage (2009): Official Firm Data for Germany. Schmollers Jahrbuch, Band 3–2009.
- Marshall, A. (1920). Principles of Economics. Eight Edition, London (McMillan).
- Montgomery, C. (1985). Product-Market Diversification and Market Power, The Academy of Management Journal 28, S. 789–98.
- Penrose, E.T. (1959). The Theory of Growth of the Firm. London.
- Pfeiffer, I., P. Ring (2002): Modernisierung der Industrie stärkt Wirtschaftsstandort Berlin. Wochenbericht des DIW Berlin, 69, S 36, S. 603–609.
- Pfeiffer, I., P. Ring (2002). Das Verarbeitende Gewerbe Berlins im Strukturwandel. Tätigkeitsprofil und Verflechtung. Regioverlag: Berlin.
- Rammer, C., D. Czarnitzki (2003). Innovationen und Gründungen in Ostdeutschland. Studien zum deutschen Innovationssystem, Nr. 15–2003, Mannheim. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Statistisches Bundesamt (2005). Produktionserhebungen. Qualitätsbericht. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009). Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Qualitätsbericht. Wiesbaden.
- Stigler, G. (1951). The Division of Labor is Limited by the Extent of the Market. Journal of Political Economy 49, S. 185–93.
- Wagner, J. (2008). Produktdifferenzierung in deutschen Industrieunternehmen 1995–2004: Ausmaß und Bestimmungsgründe. University of Lüneburg, Working Paper Series in Economics, no. 99.
- Wagner, J. (Hrsg.) (2005). Untersuchungen mit Mikrodaten aus der Amtlichen Wirtschafts- und Sozialstatistik. Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Science Studies 125, S. 449–595.
- Zühlke, Sylvia et al. (2004): The research data centres of the Federal Statistics Office and the statistical offices of the Länder. Schmollers Jahrbuch, S. 124, S. 567–578.

Veröffentlichungen **Januar und Februar 2010****Berlin****Bevölkerungsentwicklung
und Bevölkerungsstand**

3. Quartal 2009	vj 3/09
A I 1, A II 4	6,00 EUR

Melderechtlich registrierte Einwohner

am 31. Dezember 2009	hj 2/09
A I 5	8,00 EUR

Melderechtlich registrierte Ausländer

am 31. Dezember 2009	hj 2/09
A I 6	8,00 EUR

Ergebnisse des Mikrozensus

Jahr 2008 – Korrektur	j 08
A I 10, A I 11, A VI 2	8,00 EUR

Wanderungen

2. Quartal 2009	vj 2/09
A III 1	6,00 EUR

Erwerbstätigenrechnung

Jahres- und Vierteljahres- ergebnisse 1991 bis 2009	hj 2/09
A VI 9	7,00 EUR

Gewerbeanzeigen

Januar 2010	m 1/10
D I 1	7,00 EUR
Jahr 2009	j 09
D I 2	7,00 EUR

Insolvenzen

1.10. bis 31.12.2009	vj 4/09
D III 1	7,00 EUR
Jahr 2009	j 09
D III 2	7,00 EUR

**Verarbeitendes Gewerbe (sowie Berg-
bau und Gewinnung von Steinen und Erden)**

Januar 2010	m 1/10
E I 1	7,00 EUR

**Verarbeitendes Gewerbe
Auftragseingangsinde**

Januar 2010	m 1/10
E I 3	6,00 EUR

Baugewerbe

Dezember und Jahr 2009	m 12/09
E II 1/E III 1	7,00 EUR

Energie- und CO₂ Bilanz

Jahr 2007	j 07
E IV 4	7,00 EUR

Baugenehmigungen

Dezember und Jahr 2009	m 12/09
F II 1	6,00 EUR

**Umsatz und Beschäftigung im Handel,
Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe**

Januar 2010	m 1/10
G I 1/G IV 3	7,00 EUR

Aus- und Einfuhr – Vorläufiges Ergebnis –

Januar 2010	m 1/10
G III 1	8,00 EUR

Aus- und Einfuhr – Endgültiges Ergebnis –

Jahr 2008	j 08
G III 2	8,00 EUR

Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität

Dezember 2009	m 12/09
G IV 1/G IV 2	6,00 EUR

**Straßenverkehrsunfälle
Vorläufige Ergebnisse**

Januar 2010	m 1/10
H I 1	7,00 EUR

Umsätze und ihre Besteuerung

Jahr 2008	j 08
L IV 1	10,00 EUR

Verbraucherpreisindex

März 2010	m 3/10
M I 2	7,00 EUR

Preisindizes für Bauwerke

Februar 2010	vj 1/10
M I 4	7,00 EUR

**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowert-
schöpfung nach Wirtschaftsbereichen**

1991 bis 2009	j 09
P I 1	7,00 EUR

**Umweltökonomische Gesamtrechnungen
Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse**

Jahr 2009	j 09
P VI	10,00 EUR

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Jahr 2007	3j 07
Q I 1	10,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortstr. 46
14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418

Brandenburg

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand

3. Quartal 2009	vj 3/09
A I 1, A II 4	6,00 EUR

Wanderungen

3. Quartal 2009	vj 3/09
A III 1	6,00 EUR

Sterbefälle nach Todesursachen

Jahr 2008	j 08
A IV 10	7,00 EUR

Schwangerschaftskonflikt-, Schwangerschaftsberatung, Familienplanung und Sexualaufklärung

Jahr 2009	j 09
A IV 14	7,00 EUR

Arbeitsmarkt

März 2010	m 3/10
A VI 7	6,00 EUR

Erwerbstätigenrechnung

Jahresergebnis 1991 bis 2009	
Vierteljahresergebnis 2005 bis 4. Vj 2009	hj 2/09
A VI 9	7,00 EUR

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und deren Pendlerverhalten

30. Juni 2008	j 08
A VI 12	8,00 EUR

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort und deren Pendlerverhalten nach Gemeinden – Vorläufiges Ergebnis –

Stand: Dezember 2008	
30. Juni 2008	j 08
A VI 14	10,00 EUR

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort – Vorläufiges Ergebnis –

Stand: Dezember 2008	
31. Dezember 2008	vj 4/08
A VI 15	8,00 EUR

Allgemeinbildende Schulen

Schuljahr 2009/2010	j 09
B I 1	10,00 EUR

Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen

Schuljahr 2009/2010	j 09
B I 2; B II 2	7,00 EUR

Absolventen/Abgänger der allgemeinbildenden Schulen

Jahr 2009	j 09
B I 5	7,00 EUR

Fremdsprachenunterricht an allgemeinbildenden Schulen

Schuljahr 2009/2010	j 09
B I 8	7,00 EUR

Allgemeinbildende Schulen, Ergebnisse nach Verwaltungs- und Schulamtsbezirken

2009/2010	j 09
B I 9	10,00 EUR

Berufliche Schulen

2009/2010	j 09
B II 1	8,00 EUR

Berufliche Schulen Ergebnisse nach Verwaltungsbezirken

2009/2010	j 09
B II 3	10,00 EUR

Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens

Jahr 2009	j 09
B II 6	6,00 EUR

Schlachtungen und Fleischerzeugung

Februar 2010	m 2/10
C III 6	6,00 EUR

Legehennenhaltung, Eiererzeugung und Schlachtungen von Geflügel

4. Quartal 2009	vj 4/09
C III 8	6,00 EUR

Gewerbeanzeigen

Januar 2010	m 1/10
D I 1	7,00 EUR
Jahr 2009	j 09
D I 2	7,00 EUR

Insolvenzen

1. 10. bis 31.12.2009	vj 4/09
D III 1	7,00 EUR
Jahr 2009	j 09
D III 2	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Ergebnisse des Monats- und Jahresberichts für Betriebe

Januar 2010	m 1/10
E I 1	7,00 EUR

Auftragseingangindex

Februar 2010	m 2/10
E I 3	6,00 EUR

Baugewerbe

Ergebnisse des Bauhaupt- u. Ausbaugewerbes	
Februar 2010	m 2/10
E II 1, E III 1	7,00 EUR

Baugenehmigungen

Januar 2010	m 1/10
F II 1	6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

Januar 2010	m 1/10
G I 1, G IV 3	7,00 EUR

Aus- und Einfuhr – Vorläufige Ergebnisse –

Dezember 2009	m 12/09
G III 1	8,00 EUR

Aus- und Einfuhr – Endgültige Ergebnisse –

Jahr 2008	j 08
G III 2	8,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

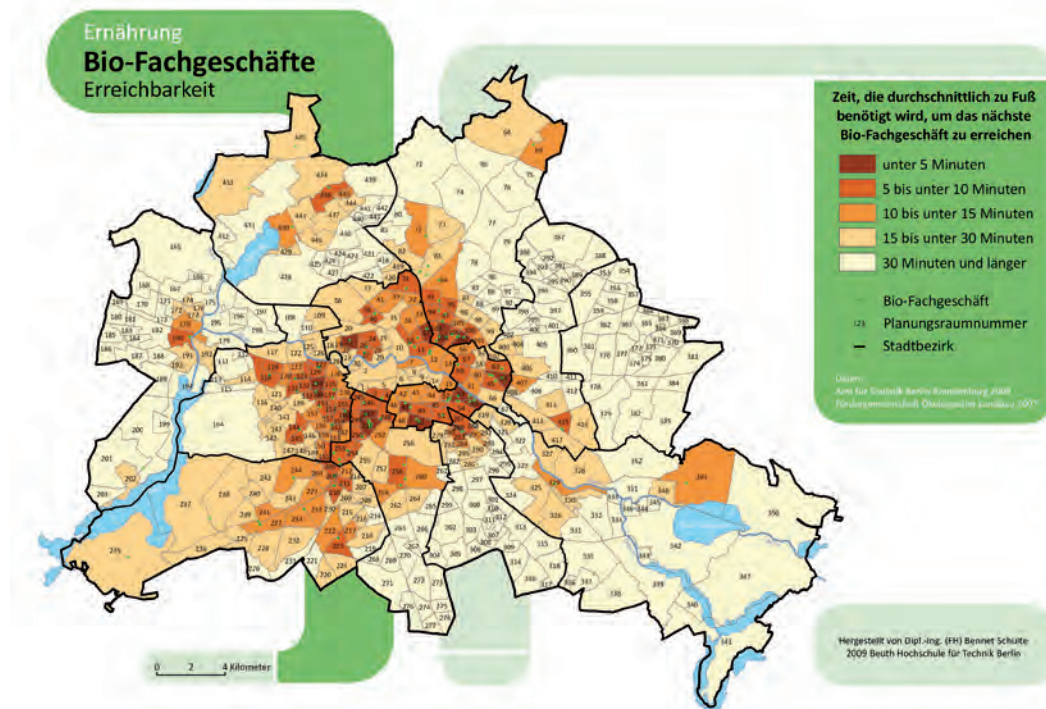
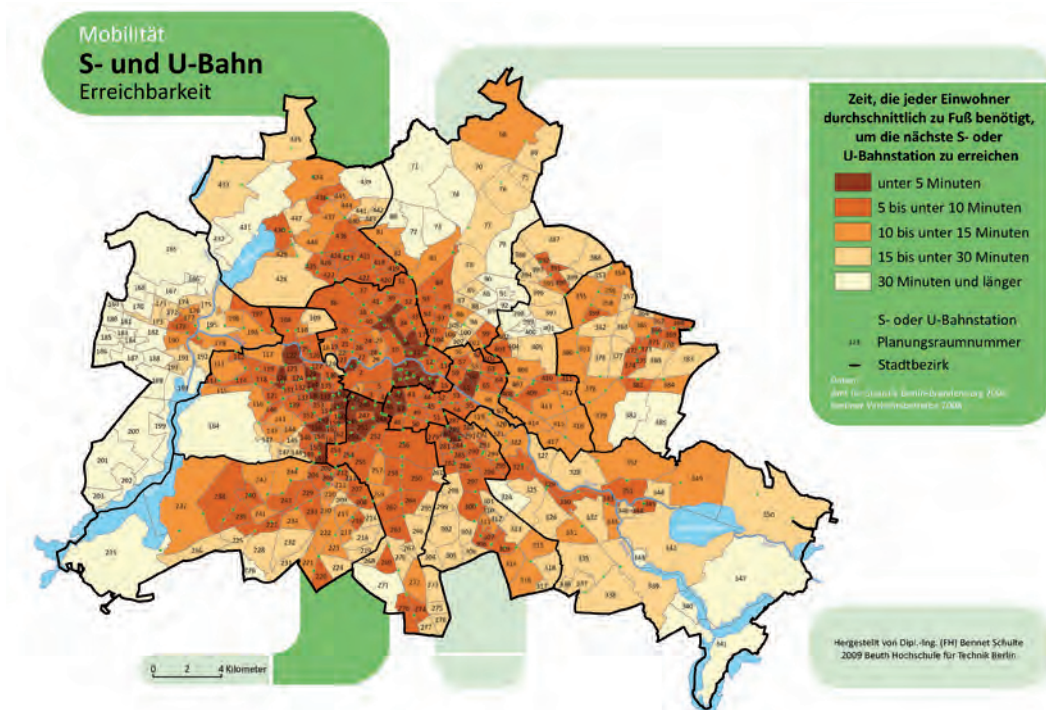
Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
 – Vertrieb –
 Dortustr. 46
 14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

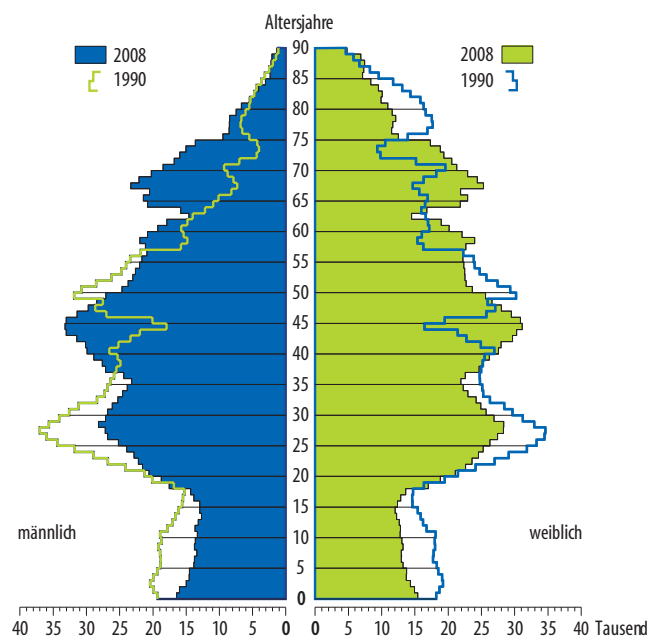
Tel.: 0331 39 - 444
 Fax: 0331 39 - 418

└ 2 Seiten aus dem Berliner Infrastrukturatlas
für nachhaltigen Konsum



▮ **Bevölkerung in Berlin**
1990 und 2008 nach Altersjahren und Geschlecht

Ergebnisse des Mikrozensus



▮ **Bevölkerung in Brandenburg**
1990 und 2008 nach Altersjahren und Geschlecht

Ergebnisse des Mikrozensus

